

# Vorwärts

## Berliner Volksblatt.

### Zentralorgan der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands.

**Abonnements-Bedingungen:**  
 Abonnements-Preis pränumerando:  
 Vierteljährlich 3,30 Mk., monatlich 1,10 Mk.,  
 wöchentlich 26 Pf. frei ins Haus.  
 Einzeln Nummer 5 Pf. Sonntags-  
 Nummer mit illustrierter Sonntags-  
 Beilage „Die Neue Welt“ 10 Pf. Post-  
 Abonnement: 3,30 Mark pro Quartal,  
 Eingetragen in der Post-Berlinungs-  
 Preisliste für 1897 unter Nr. 7497.  
 Unter Kreuzband für Deutschland und  
 Oesterreich-Ungarn 2 Mark, für das  
 übrige Ausland 3 Mark pro Monat.  
 Erscheint täglich außer Montags.

**Die Insertions-Gebühr**  
 beträgt für die sechsgepaltene Kolon-  
 nelle oder deren Raum 40 Pf., für  
 Vereins- und Veranlagungs-Anzeigen,  
 sowie Arbeitsmarkt 20 Pf. Inserate  
 für die nächste Nummer müssen bis  
 4 Uhr nachmittags in der Expedition  
 abgegeben werden. Die Expedition  
 ist an Wochentagen bis 7 Uhr abends,  
 an Sonn- und Festtagen bis 8 Uhr  
 vormittags geöffnet.  
 Kreisredakteur: Amt 1, Nr. 1508.  
 Telegramm-Adresse:  
 „Sozialdemokrat Berlin“.

Redaktion: SW. 19, Bentz-Strasse 2.

Sonntag, den 24. Juli 1897.

Expedition: SW. 19, Bentz-Strasse 3.

### Auf Kosten der Arbeiter.

Das Jahr 1896 stand im Zeichen des industriellen Aufschwungs; das bewiesen unter anderem die Kurssteigerungen und Dividendensteigerungen der Aktien industrieller Gesellschaften. Auch die Berichte der Gewerbe-Aufsichtsbeamten in Preußen konstataren diesen Aufschwung, gleichzeitig aber müssen sie zugeben, daß die Arbeiter dabei leer ausgingen. Wohl war die Arbeitslosigkeit eine geringere als früher, in vielen Gegenden war sogar Mangel an gelerntem und ungelerten Arbeitern. Anstatt daß aber, wie dies doch als Folge des erhöhten Unternehmerprofits erwartet werden könnte, die Löhne stiegen und die Ausbeutung der Arbeiter eine geringere wurde, zeigen die Berichte, daß in den allermeisten Fällen das Gegenteil der Fall war. Der industrielle Aufschwung führte zu einer Verlängerung der Arbeitsdauer, größerer Heranziehung der Arbeiterinnen und jugendlichen Arbeiter, höchst selten aber zu einer Steigerung des Stundenlohns oder gar etwa einer Verkürzung der Arbeitszeit.

Bedeutend wuchs die Zahl der Betriebe, in denen Arbeiterinnen beschäftigt wurden; 1896 betrug sie 17 124, 1895 15 549, also 1575 = 10 pCt. weniger, 1894 15 461, also 88 = 0,6 pCt. weniger. Die Zahl der über 16 Jahre alten Arbeiterinnen war seit 1894 ziemlich gleichmäßig gewachsen; sie betrug 318 485, 1895 15 857 = 5 pCt. weniger, 1894 14 804 = 4,9 pCt. weniger.

Jugendliche Arbeiter, männliche und weibliche, wurden 1896 in 21 955 Betrieben beschäftigt, 1895 in 12 008 = 5,4 pCt. weniger, 1894 in 11 700 = 5,3 pCt. weniger. Während also hier die Zahl der Betriebe ziemlich gleichmäßig seit 1894 gewachsen war, stieg die Zahl der beschäftigten jugendlichen Arbeiter von 1895 auf 1896 um 33 pCt. stärker, als sie von 1894 auf 1895 gestiegen war. 1896 betrug sie 121 266, davon 84 884 männliche, 36 382 weibliche; 1895 war sie um 10 291 kleiner, 1894 um 6089 kleiner gewesen.

Die Zahl der in Fabriken beschäftigten Kinder unter 14 Jahren hatte sich 1894 auf 827 belaufen, 1895 war sie auf 802 gesunken, 1896 auf 988 gestiegen. Aus einigen Bezirken weisen die Beamten nach, daß der ganze wirtschaftliche Aufschwung seinen Bedarf an Menschenmaterial weit mehr mit jugendlichen Arbeitern als mit erwachsenen Arbeitern gedeckt hat.

Vor allem aber war die Zahl der Ueberstunden eine ganz gewaltige. Die männlichen Arbeiter genießen in dieser Beziehung fast gar keinen gesetzlichen Schutz, insofern dessen fehlt der genaue statistische Nachweis. Die Ueberarbeit der Arbeiterinnen aber wird gesetzlich kontrolliert, und sie ist ganz unverantwortlich hoch. Nicht weniger als 1,6 Millionen Ueberstunden an den Wochentagen außer Sonnabend wurden 1896 bewilligt. Das ist allerdings weniger als 1895, wo gar 2,2 Millionen Ueberstunden bewilligt waren, aber weit mehr wie 1894, wo der Bewilligungsseifer der Behörden bei einer Million seine Grenze gefunden hatte. Daß 1896 weniger Ueberstunden bewilligt wurden, ist aber keineswegs ein Verdienst der Behörden. Im Gegenteil — diese waren nicht viel weniger bewilligungsfreudig wie im Vorjahre! Wenn trotzdem die Summe der Ueberarbeitsstunden zurückgegangen ist, so liegt das daran, daß die Unternehmer weniger gierig wie 1895 darnach gewesen waren und weniger Erlaubnisanträge gestellt hatten, wie es scheint, weil sie die Erfahrung gemacht, daß die Arbeitsleistung keineswegs durch die Arbeitszeitverlängerung entsprechend gesteigert würde, mithin letztere sich nicht bezahlt machte.

1894 waren im ganzen 278 Anträge gestellt, davon 107 = 43 pCt. zurückgewiesen worden. 1895 hatten aber die Behörden von 345 Anträgen nur 96 = 27,8 pCt. zurückgewiesen und 1896 von 360 Anträgen nur 97 = 27 pCt. Also — um ganz wenig größer war 1896 der Schutz, den die Behörden den Arbeiterinnen gegen die Schädigung durch Ueberstunden angeheihen ließen.

Daß es eine Schädigung ist, erkennt das Gesetz an, indem es den elfstündigen Maximalarbeitstag für Arbeiterinnen als notwendig erklärte. Wird die Ueberstundenarbeit nicht bewilligt, so wird die Gesundheit der Arbeiterinnen geschont, und insofern des größeren Bedarfs an Arbeitskräften bei verringertem Angebot der Stundenlohn erhöht. Die Ueberarbeit dagegen kann der Lohn noch verringern! Deshalb waren im Potsdamer Bezirk die Arbeiterinnen in einer Schraubenfabrik sehr klug, als sie sich weigerten, Ueberarbeit zu machen, welche die Behörde dem Unternehmer bewilligt hatte. Sie schätzten Ermüdung vor; in Wirklichkeit aber fürchteten sie, wie der Beamte mittheilt, daß der insofern der Ueberarbeit auszunehmende höhere Lohn den Fabrikanten veranlassen würde, eine weitere Herabsetzung des Akkords herbeizuführen. Eine sehr berechtigte Furcht!

Am meisten Ueberstunden wurden in Oppeln gemacht, dort kamen auf jede zur Ueberarbeit herangezogene Arbeiterin 49,5 Stunden, in Berlin-Charlottenburg 45,5, in Magdeburg 39,6, in Merseburg 37,3, in Schleswig 32,6.

Verständige Gewerbe-Aufsichtsbeamte protestiren auch gegen diesen Bewilligungsseifer, den hauptsächlich die untere Ver-

waltungsbehörde, das ist hierbei die Polizei, an den Tag legt, dieselbe Polizei, die, wenn es sich um Ueberwachung der Betriebe zum Schutz der Arbeiter handelt, meist so wenig leistet, daß sich die Gewerbe-Aufsichtsbeamten nachdrücklichst beschweren.

Die Unternehmer behaupten, daß sie jene Ueberstundenarbeit unbedingt haben müßten; wenn sie sie aber nicht bekommen, geht es auch so. Der Beamte für Liegnitz meldet hierüber: „Die von der Regierung für Liegnitz von Anfang an geübte sorgfältige Prüfung und Zurückhaltung in der Bewilligung von Ueberarbeit hat bewirkt, daß sie die Industrie allmählig daran gewöhnt, auch bei gesteigertem Absatz ihrer Erzeugnisse mit einer elfstündigen Arbeitszeit der Arbeiterinnen auszukommen.“ Was in Liegnitz möglich war, geht überall; Voraussetzung ist freilich, daß die untere Verwaltungsbehörde von der vorgesehnen oberen verpflichtet wird, die Genehmigungen ihr und auch dem Gewerbe-Aufsichtsbeamten zu melden. Letzteres geschieht fast nirgends. „Von den unteren Verwaltungsbehörden“, schreibt der Beamte für Westpreußen, „werden derartige Anträge ohne Befragung oder Benachrichtigung der Gewerbeinspektion erledigt.“ Der Polizeistaat kommt eben bei jeder Gelegenheit zum Vorschein!

Wo Ueberstunden allein nicht halfen, suchte das Unternehmertum andere ähnliche Hilfsmittel zur billigen Profitmacherei. So wurden russische und galizische Arbeiter herangezogen, Strafgefangene mehr wie je zuvor beschäftigt und schließlich das Goldland der Ausbeutung, der Hausindustrie, in Anspruch genommen. So hat eine Cigarettenfabrik in Posen „eine eigenartige Umgehung der Arbeitszeit“, wie es der Aufsichtsbeamte nennt, eingeführt. Die Arbeitszeit in der Fabrik beträgt nur 10 Stunden, dann aber müssen die Arbeiterinnen, um einen Tagelohn von 1 M. zu verdienen (!), abends zu Hause 1 1/2 bis 2 Stunden lang 1000 Cigarettenhüllen anfertigen! „Leider ist ein Verbot hiergegen nach Lage der Gesetzgebung ausgeschlossen“, fügt der Beamte hinzu. Ja, leider! Die Anträge unserer Fraktion finden kein Gehör: die Hausindustrie wird noch lange Zeit dem Unternehmertum helfen, auf die Arbeiter-Schutz-Gesetze zu pfeifen! Daher melden auch die Berichte der preussischen Aufsichtsbeamten Jahr für Jahr von deren Wachstum, zumal, wie der Erfurter Beamte richtig hervorhebt, die Unternehmer sich der Zahlung der Beiträge für die Versicherung der Arbeiter entziehen und die Ausgaben für Miete, Beleuchtung, Heizung einer Werkstatt ersparen wollen.“ Dabei ist in der Hausindustrie die Arbeitszeit eine weit längere, denn, wie derselbe Beamte anerkennt: „Je kleiner der Betrieb, desto ausgedehnter die Arbeitszeit; am ausgedehntesten bei Anlagen mit kleinen Wasserkraften, im Handwerksbetriebe und namentlich in der Hausindustrie. Wenn diese als Konkurrentin des Fabrikbetriebes auftritt, führt sie insofern der unbeschränkten Arbeitszeit eine Ueberproduktion und damit einen beklagenswerthen Preisdruck einer Reihe von Erzeugnissen herbei.“

Auch die schulpflichtigen Kinder können hier ungehindert ausgebeutet werden, selbst wenn dies scharenweise geschieht wie in Iserlohn, wo 616 mit dem Aufschwüngen von Nadeln beschäftigt sind, in der Hausweberei des Krefelder Bezirkes und zum Teil auch im Bergischen, wo 254 Kinder spulen, davon 74 pCt. bei den Eltern, 26 pCt. gegen Lohn, der bei einer 4 1/2, am Mittwoch und Sonnabend 6—7stündigen Arbeitszeit 0,55 bis 1,40 Mark wöchentlich beträgt. Der Beamte konstatiert ausdrücklich, wie diese Beschäftigung, die gebückte Körperhaltung und die stets gleichartige Bewegung der Arme die Gesundheit der Kinder schädigt.

Am ausgedehntesten ist die Beschäftigung von Schulkindern im frommen Bezirk Aachen. In der Stadt sind etwa 2000, in Stolberg und Umgebung 1001 Schulkinder im hausindustriellen Erwerb thätig, darunter viele im Alter von kaum sechs Jahren. Aufnahmen von Haken und Nadeln, Porzellanknäpfen, Einreihen der Näh- und Stopfnadeln, ist die miserabel bezahlte Arbeit dieser armen Geschöpfe. Natürlich sind sie, wie die Lehrer klagen, in der Schule unmerklich, träge, kraftlos.

Das hindert aber den Aufsichtsbeamten für Aachen, den Regierungs- und Gewerberath Storp, nicht, zu erklären, „es sei weder angängig noch wünschenswert, diese Hausindustrie zu unterbinden oder selbst wesentlich einzuschränken. Abgesehen davon, daß dazu eine gesetzliche Handhabe fehlt, würde dadurch der durchweg armen Industriebevölkerung großer Schaden zugefügt werden.“

Das heißt das Elend verewigen! Wenn die Kinder nicht mehr zum Unterhalt der Familie beitragen dürfen, werden die Väter gezwungen werden, energischer als bisher um bessere Lohnbedingungen zu kämpfen. Und wenn sie erst zum Bewußtsein ihres Rechts aus Dasein gelangt sind, werden sie sich auch von der ultramontanen Bevormundung freimachen, die sie zu dumpfer Ergebung in das „gottgewollte“ Elend anhängt, das den Unternehmern Paläste baut.

Auch im ultramontanen Oppelner Bezirk wächst die Hausindustrie; seit 1893 ist die Zahl der in ihr beschäftigten Personen von 13 980 auf 15 150, das ist um 8,5 pCt. gestiegen.

So kennzeichnet sich der Aufschwung der Industrie für die Arbeiter! Mehr ausgenutzt als sonst noch, mit Ueberarbeit belastet, erworben sie hier und da etwas mehr wie sonst, meist aber sinkt auch noch der Akkordlohn gerade insofern des durch die Ueberarbeit erzielten Mehrverdienstes. Und so sinkt die Lebenskraft der Arbeiter, wenn die Kurse und Dividenden steigen!

Das ist die „Harmonie“ zwischen Kapital und Arbeit!

### Politische Ueberblick.

Berlin, 23. Juli.

Das preussische Abgeordnetenhaus trat heute in die nochmalige Beratung des vom Herrenhause in einigen Punkten abgeänderten Handelskammer-Gesetzes ein. Die Abänderungen des Herrenhauses betreffen hauptsächlich den § 3, worin es die Bestimmung aufgenommen wissen will, daß die Inhaber der mit einem land- und forstwirtschaftlichen Betriebe verbundenen Nebengewerbe auf Antrag zum Wahlrecht und zur Beitragspflicht für die Handelskammern zugelassen werden müssen. Ferner hat das Herrenhaus die vom Abgeordnetenhaus angenommene Bestimmung des § 12 gestrichen, wonach für den Fall der Abänderung des Wahlverfahrens durch Beschluß der Handelskammer die geheime Wahl beizubehalten ist.

Die Generaldebatte gestaltete sich wider Erwarten heftig, da Abg. Ricker (fr. Vg.) die bekannte Eingabe des Bundes der Landwirthe an den Reichskanzler beizubringen, das Verbot der ausländischen Getreideeinfuhr einer scharfen Kritik unterzog. Er bezeichnete dies Vorgehen als revolutionär, nannte die Haltung der Regierung gegenüber der neuen agrarischen Forderung schwächlich und gab dadurch dem Minister Dr. v. Miquel Gelegenheit, zum ersten Male in seiner Eigenschaft als Vizepräsident des Staatsministeriums sich zu äußern. Die Antwort Miquels lautete, er wisse nicht, ob der Reichskanzler überhaupt etwas entgegen werde, da es nicht üblich sei, einzelne Eingaben von Privaten zu beantworten, die sich auf Abänderungen von Gesetzen bezögen. Die preussische Regierung habe sich auch nicht schlüssig gemacht, doch schlossen die bestehenden Handelsverträge die Annahme des Vorschlags des Bundes der Landwirthe völlig aus. Trotz dieser ablehnenden Haltung verstand es der vielgewandte Minister doch, den Agrariern so zu Munde zu reden, daß er auf der Rechten den gewohnten Beifall erzielte.

In der Eingabe des Bundes äußerten sich noch im gegnerischen Sinne Abg. Reichard (natl.), der die Forderung als maßlos bezeichnete und im agrarischen Sinne der Abg. Camp (st.) und Dr. Sahn als Mitunterzeichner der Eingabe, der den Nachweis zu liefern sich bemühte, daß das Einfuhrverbot nicht gegen die Handelsverträge verstoße. Daß Herr Sahn bei dieser Gelegenheit auch wieder seine bekannte Vörsenrede hielt, ist bei dem beschränkten Ideenkreis, in dem sich dieser Redner bewegt, nicht zu verwundern.

Was den zur Beratung stehenden Gesetzentwurf betrifft, so verharren das Zentrum und die beiden freisinnigen Parteien auf ihrem ablehnenden Standpunkt gegenüber den Beschlüssen des Herrenhauses. Da jedoch die ausschlaggebende national-liberale Partei mit Ausnahme weniger Mitglieder zur Abwechslung wieder einmal umfiel, so wurde der Entwurf mit großer Mehrheit in der Herrenhaus-Fassung angenommen.

Wir werden sehen, ob die Nationalliberalen bei der entscheidenden Abstimmung über das Vereinsgesetz, die morgen stattfindet, ebenso standhaft sein werden wie heute.

Der Rest der Petitionen wurde heute in einer besonderen Abend Sitzung erledigt.

Morgen steht auf der Tagesordnung die dritte Lesung des Bullenhaltungs-Gesetzes und die Vereinsgesetz-Novelle.

In der Nachsitzung des Abgeordnetenhauses wurden nur Petitionen von nicht allgemeinem Interesse erörtert.

**Die Unermüdlichkeit der Agrarier.** Nachdem in der Vormittagsitzung des Abgeordnetenhauses der Vizepräsident des Staatsministeriums erklärt hatte, daß die Regierung auf ein Getreideeinfuhrverbot nicht eingehen könne, haben die Agrarier in der Nachsitzung die schon so oft behandelte Interpellation betr. die Aufhebung von Zollkrediten wieder eingebracht. Den Agrariern gelistet wohl kaum nach einer Verhandlung der Interpellation, die doch selbstverständlich zu einer Verurteilung der „verfälschten“ Politik des Bundes der Landwirthe führen müßte. Die Interpellation soll wohl nicht mehr als eine Demonstration sein. Sie hoffen, daß morgen der Landtag geschlossen wird und damit ihre Interpellation erledigt werde. Im Lande würden sie dann damit prahlen, daß das Abgeordnetenhaus und die Regierung die Beratung der Interpellation so sehr gescheut haben, daß sie deshalb die Session geschlossen hätten.

**Niemals ist das Werk der Staatsrettung und der Sozialisierungsrichtung trauriger betrieben worden als in der jüngsten Zeit durch das Stimm-Zwangsliche Ausnahmegesetz, daß auch die Regierung sich von diesen Herren hat austrängen lassen. Als das Sozialistengesetz verhängt wurde, da hatte man wenigstens noch einen Vorwand, wenn er auch noch so verlogen war. Heute mußte Herr v. B. Rede auch nicht einmal irgend welche Scheingründe anzuführen für die ange-**

liche Nothwendigkeit, die staatlichen Machtmittel gegenüber der Unsturzpartei zu vermehren". Seit sind es nur zwei Momente, welche eine solche Aktion erklären: Einestheils der blinde Haß gewisser Kreise darüber, daß überhaupt eine Partei in Deutschland besteht, die vor der Monarchie und dem Militarismus nicht auf den Knien liegt, und andererseits sind es die Hoffnungen des Junkerthums, daß es ihm gelingen könne, nach der Niederknüttelung der Arbeiterklasse sein unerfülltes Verlangen nach Füllung seiner Taschen auf Kosten der arbeitenden Klassen zu stillen. Jede selbständige Bethätigung der Arbeiterklasse ist denen um Püttkamer und Stumm zuwider, deren "Ideal" das "patriarchalische Regiment" ist, unter dem die dienende Masse nicht mitzurechnen hat, sondern demüthiglich anzunehmen und auszuführen hat, was die gebietenden Herren darbieten und beschließen.

Solches durchzuführen, die freiheitliche Entfaltung der Arbeiterklasse und des Volkslebens dauernd zu unterbinden, ist jedoch ein völlig unmögliches Unternehmen. Man mag den Geist der Zeit mit zehnfachen Fesseln binden und er wird die Bande abwerfen und sich umso lebendiger und freier bewegen. Man mag vermeinen, den "Gedanken der Zeit" begraben zu können, aber, wie es in der Ring'schen Dichtung heißt, während die Häcker noch das Grab umstehen, ist er längst wieder auf-erstanden.

Morgens die Entscheidung über das neue preussische Sozialistengesetz ausfallen wie sie wolle. Die Arbeiterklasse und die Sozialdemokratie werden gestroht ihren großen Kampf weiter kämpfen wie bisher und aus dieser Aktion der herrschenden Klasse neue Kräfte gewinnen zu neuen Siegesthaten!

Zum Kampf um das Vereinsgesetz sprechen sich vor Thoreschluß die Blätter noch einmal lebhafter aus als in den letzten Tagen zuvor; neues wird dabei kaum zu Tage gebracht. Die führenden nationalliberalen Blätter wiederholen ihre Erklärungen, daß ihre Fraktion standhaft bleiben werde und daß das Gesetz fallen müsse. Andererseits ist nicht zu vergessen, daß die Zahl der Stimmen, auf die alles ankommt, eine minimale ist. Es ist, wie wir schon oft gesagt haben, gar nicht ausgeschlossen, daß einige nationalliberale Abgeordnete nicht erscheinen und damit die Freunde der Vorlage die Mehrheit erlangen.

Im preussischen Staatsministerium ist, wie mitgeteilt wird, die Entscheidung dahin getroffen worden, daß, falls die Novelle zum Vereinsgesetz in der Fassung des Herrenhauses nicht die Mehrheit des Hauses auf sich vereinigen sollte, der Schluß in der gemeinschaftlichen Schlussförmung am Sonnabend 7 Uhr abends erfolgen soll. In eine Auflösung werde nicht gedacht.

Ueber die Friedensverhandlungen liegen wichtige Mittheilungen nicht vor, besonders hört man noch nichts darüber, wie die Mächte die Einschiffung Scherwatsch's nach Kreta aufnehmen. Im übrigen theilen wir folgende Telegramme mit:

Paris, 23. Juli. Nach hier aus Konstantinopel eingegangenen Nachrichten ist zwischen den Völkern und Temist Pascha über den Vorläufer der Klauseln der Friedenspräliminarien betreffend die Grenzregulirung ein Einvernehmen erzielt worden. Die Türkei nimmt die von den Militär-Attachees der Mächte vorgeschlagene Grenzlinie mit einigen unbedeutenden Abänderungen technischer Natur an, welche letztere die Zustimmung der Mächte gefunden haben. Die nächste Zusammenkunft am morgigen Sonnabend wird der Fortsetzung der Redaktion der Friedenspräliminarien gewidmet sein.

London, 23. Juli. "Standard" meldet aus Konstantinopel, daß die Volkspartei, nachdem die Grenzregulirung erfolgt ist, in die Ferien gehen würden.

Ein neuer Konkurrent auf dem internationalen Getreide- und Mehlmarkt. Die Köln-Volke-Zeitung meldet: "Schon im Jahre 1896 waren Versuche gemacht worden, eine regelmäßige Dampferverbindung zwischen England und Sibirien herzustellen. Dieselben gingen von der Londoner Firma Francis Popham aus, scheiterten aber daran, daß die Kapitäne dieses Dampfers es für unmöglich ansehnten, mit dem ihnen zur Verfügung stehenden Dampfer von Vardö nach dem Jenissei sich zu begeben. Neuer will die genannte Firma jedoch die Versuche mit anderen Kapitänen wieder aufnehmen, und zwar beabsichtigt sie, auf unmittelbarem Wege nach Sibirien zu befördern: nach dem Jenissei 2000 bis 3000 Tonnen verschiedener Frachten, nach dem Ob bis zu 6000 Tonnen, wobei als Rückfracht möglichst viele Rohstoffe aufgenommen werden sollen, wie 150 000 Pfd Weizen, 42 000 Pfd Hafer und etwa 60 000 Pfd andere Getreide-Arten, Hanf, Flach u. s. w. Gegenwärtig sind bereits in England 5 Dampfer beauftragt, die von dem im Karischen Meer befindlichen Dampfer Lorna Doone, Lancaster, Glamore und Scotia, die für die Flußschiffahrt sich eignen, zur Lena- beziehungsweise Ob-Mündung geleitet werden sollen. Der russische Doppelschraubendampfer Oleg Krasnodarski wird die Expedition von Tomsk nach dem Jenissei begleiten. England werden die Dampfer zwischen dem 15. und 25. Juli verlassen, so daß auch die langsamer gehenden Fahrzeuge sich zur bestimmten Frist mit den schnelleren in Vardö vereinigen können. So werden russische Getreide. Mit der Ausfuhr sibirischen Getreides nach den europäischen Verbrauchsländern scheint es also schon jetzt Ernst zu werden."

Wenn das ungeheure Gebiet erst durch den Ausbau der sibirischen Eisenbahnen erschlossen sein wird, hat die mitteleuropäische Landwirtschaft einen neuen sehr ernsthaften Konkurrenten mehr zu ertragen.

### Türkisches Reich.

Die dringend nöthige Milderung des Pfandwesens soll in dem Entwurf zur Reform der Zivil-Prozessordnung vorgesehen sein.

Zur Frage der Revision der Arbeiter-versicherungs-Gesetze wird den "Berl. Politischen Nachr." geschrieben: In den letzten Tagen tauchte in einigen Blättern die Nachricht auf, daß die verübundenen Regierungen daraus verzichteten, in der Novelle zum Invaliditäts- und Altersversicherungs-Gesetz die Aenderung in der Verteilung der Rentenlast zu verlangen. Die Nachricht ist schon deshalb nicht wahr, weil der Bundesrath noch keine Veranlassung gehabt hat, sich über diese Frage schließend zu machen. Man sollte jedoch wohl schon aus dem Umstande, daß die Vertreter der verübundenen Regierungen in der in der letzten Tagung stattgehabten ersten Lesung der Novelle die Aenderung in der Verteilung der Rentenlast mit Eifer und Energie verfochten haben, entnehmen können, daß auf eine so wichtige und so ausdrücklich begründete Aenderung nicht ohne besonderen Anlaß verzichtet wird. Ein solcher Anlaß ist aber unseres Wissens nicht in die Erscheinung getreten. Auch die in derselben Meldung niedergelagte Betrachtung über das Verhältnis zwischen den beiden Novellen zur Unfall- sowie zur Invaliditäts- und Altersversicherung trifft nicht zu. Ein Beschluß über den Kreis der Vorlagen, welche dem Reichstage in der nächsten Tagung unterbreitet werden sollen, ist, wie natürlich, noch nicht herbeigeführt. Es ist deshalb auch nicht bestimmt, in welcher Reihenfolge die beiden Novellen dem Reichstage zugehen sollen. So viel aber ist, wie wir schon früher angeführt haben, sicher, daß die zuständigen Behörden nach dem Verlaufe, welchen die Beratungen der letzten Tagung genommen haben, wohl erwägen werden, ob es

zweckmäßig ist, dem Reichstage wieder in derselben Tagung beide Entwürfe zu unterbreiten. Wollt man die Entscheidung dahin aus, daß die Entwürfe auf zwei Tagungen vertheilt werden sollten, so ist es leicht möglich, daß zuerst das Invalidenversicherungs-Gesetz wieder beim Parlament erscheint, da die Mängel bei der Unfallversicherung nicht so groß sind, daß sie nicht noch einige Zeit ertragen werden könnten.

Die "Deutsche Tageszeitung", das Hauptorgan der Wähler, ist ganz kleinlaut über die Ablehnung des beantragten Einfuhrverbotes. Späher ist, daran zu erinnern, wie zur Zeit des Abschlusses der Handelsverträge die Konservativen den Bruch der abgeschlossenen Verträge beurtetheilten.

Graf Kanig nahm damals überhaupt auf dieser Bestimmung, worauf sich jetzt der Bund der Landwirthe stützt, Anstoß und versuchte darzutun, daß aus diesen "schwerwiegenden Gründen" ein Verbot der Einfuhr von russischen Getreide für beliebige Artikel erlassen könne; die Verbitte traute er natürlich nur Rußland zu, und er führte als Beispiel an, daß Rußland im Interesse der russischen Viehwirtschaften, die sich über deutsche Konkurrenz beschwerten, ein Einfuhrverbot für Viehwaren erlassen könnte. Darauf stellte Herr v. Marschall fest, daß die angefochtene Bestimmung auf Wunsch Deutschlands in den Vertrag aufgenommen ist, und zwar wesentlich mit Rücksicht auf die Landwirtschaft, weil wir aus sanitären Gründen freie Hand haben wollten, alle diejenigen Produkte der russischen Landwirtschaft auszuscheiden, von denen wir in sanitärer Beziehung irgend welche Gefahr für uns erwarten könnten. — In der zweiten Lesung ist dann noch der damalige Abgeordnete Freiherr v. Hammerstein auf die "schwerwiegenden Gründe" zurückgekommen und hat bestritten, daß diese Bestimmung von Rußland abelvollendet angewendet werden könnte. Darauf hat der damalige Kommissar des Bundesraths, Freiherr v. Thielmann, jetzt präsident der Reichsversammlung, geantwortet und erklärt: Wir wollten jede Möglichkeit uns wahren, Schädlinge irgend welcher Art, welche die Gesundheit nicht nur der Menschen, sondern auch des Viehes in Deutschland zu beeinträchtigen vermöchten, auszuschließen zu können, also Schädlinge, welche Epidemien, welche Viehseuchen verursachen. Wir wollten aber noch weiter gehen. Es ist die Bazillenkunde, die Insektenkunde nicht weniger als abgeschlossen. Es werden sich, wie die Mehltau, auch andere Schädlinge, welche ich, haben. Gegen die Einführung aller dieser Schädlinge wollten wir eine Waffe in den Händen haben, und deshalb haben wir diese Fassung beantragt und russischerseits zugestanden erhalten."

Der Bund der Landwirthe und die Haftpflicht-Versicherung. In einer Zuschrift an die "Nat.-Zeitung" war kürzlich von einem Posener Landwirthe die Behauptung aufgestellt worden, der "Allgemeine deutsche Versicherungsverein gegen Haftpflicht in Stuttgart" gewähre den Mitgliedern der Landwirtschaftskammern und dem "Bund der Landwirthe" Vergünstigungen bezüglich der Prämie und bevorzuge so die eine Kategorie von Mitgliedern auf Kosten der anderen und thue dies, obwohl er auf "Gegenseitigkeit" basire sei.

Wenn die Mitglieder des Vereins sich das gefallen lassen, so ist es ihre Sache. Bei unserer kapitalistischen Wirtschaft ist das gang und gäbe und durchaus nicht ungewöhnliches.

Aber das ist auch nicht alles. Nach Maßgabe der eingetretenen Mitgliederzahl wird der Bundeskasse noch ein Extraprofit zu zugestehen, wie von den meisten Versicherungs-Gesellschaften so auch in der Haftpflicht-Versicherung. Die Versicherten sind aber Mitglieder der verschiedensten politischen Parteien, der Bund der Landwirthe hat ein brutales politisches Programm, das er rücksichtslos durchzuführen beabsichtigt. Die Versicherungsprojekte werden also in der Bundeskasse direkt in Waffen gegen jede andere politische Richtung verwandelt und so auf Kosten der anderen gestimmten Mitglieder dem Bund der Landwirthe die Agitation erleichtert. Es ist eigentlich merkwürdig, daß sich die Mitglieder solcher Gesellschaften, die gleiches Recht (auf dem Papier) haben, sich gegen diese parteipolitische Einseitigkeit ihrer Institute nicht verwahren.

Zum Bruderkrieg in Ostelbien. Die "Konservative Korrespondenz" bringt folgenden Artikel, der als von der konservativen Parteileitung ausgehend kennlich gemacht ist: "Die Korrespondenz des Bundes der Landwirthe" bringt in ihrer neuesten Nummer eine Erwiderung auf unsere letzte Jurisdiktion. Der Ton, den das Bundesorgan dabei anschlägt, verriet uns, daß wir näheren auf diese Kundgebung einzugehen. Eins aber müssen wir hervorheben. Die "Korrespondenz" schreibt:

"Und zum Schluß fordert die 'Konserv.' die konservativen Bundesmitglieder auf, das nicht länger gleichmüthig hinzunehmen! Wir verstehen, anfrichtig gesagt, diese Aufforderung nicht, sind uns aber auch unser konservativen Mitglieder so sicher, daß wir glauben, sagen zu dürfen, sie würden unbedingt zum Bunde halten, falls es einmal zu Differenzen zwischen "händlerisch" und "gouvernemental" — wohlverstanden nicht zwischen "händlerisch" und "konservativ" — kommen sollte!"

Es ist nicht ganz klar, welchen Zweck hier die Vergewichtung der Begriffe "gouvernemental" und "konservativ" haben soll. Auf die konservativen Partei darf der Ausdruck "gouvernemental" doch ebensicher Weise nicht angewendet werden; denn deren Führer sowohl im Reichstage als auch im Herrenhause und im Hause der Abgeordneten haben bis in die letzte Zeit bewiesen, daß sie auch oppositionell aufzutreten gewillt sind, wenn ihrer Ueberzeugung nach die Regierung sich in falschen Vorhaben bewegt. Versteht aber die Bundeskorrespondenz unter einer nichtgouvernementalen Partei eine solche, die grundsätzlich opponirt, so muß demgegenüber betont werden, daß die konservativen Führer auf das entschiedenste stets hervorgehoben haben, daß die konservativen Partei niemals prinzipielle Opposition oder demagogische Agitation treiben dürfe, ohne sich selbst auszugeben. Dabei muß und wird es bleiben. Was schließlich den Hinweis der "Korrespondenz" des Bundes der Landwirthe auf einen sicher erwarteten Abfall der konservativen Bundesmitglieder von unserer Partei bei etwaigen "Differenzen" zwischen den beiden Organisationen betrifft, so haben wir denn doch von der Treue und Klugheit unserer Parteimitglieder eine weit höhere Meinung, als sie in den oben zitierten Bemerkungen dokumentirt ist."

Vorläufig wird die Kampfstimmung zwischen den feindlichen Brüdern noch immer wärmer. Gegen uns werden die agrarischen Ausbeuter der verschiedenen Konkreten immer zusammenhalten, der Regierung wird aber die Uneinigkeit im Lager der Ostelbier recht gelegen sein.

Die Art, wie Herr v. Thielmann sich zum Schatzsekretär ernennen ließ, haben wir neulich schon besprochen. Jetzt spricht sich auch die nationalliberale "Magdeburger Zeitung" sehr unzufrieden über gewisse Vorkommnisse bei der Neubesezung der hohen Staatsämter aus. Bezüglich der Ernennung des Freiherrn v. Thielmann sagt das Blatt: "Diese abgeklärte Form der Erledigung von Neubesezungen hoher Staats- und Reichsämter ist vielfach praktisch, aber vom staatsrechtlichen und politischen Standpunkt aus doch wahrlich nicht ohne schwere Bedenken."

Aus der deutsch-sozialen Reformpartei. Dr. König in Witten, früher Vorsitzender dieser Partei, erläßt eine Erklärung, in welcher er sagt, das Verhalten des Reichstags-Abgeordneten Förster, der vor kurzem seinen Austritt aus der Partei erklärt habe, schädige die Partei schwer. Auf die Bemerkung Dr. Försters, "ein ausländischer Antifemist würde sich nicht zu dem Judasdienste begeben, ihm in seinem Wahlkreise als Gegenkandidat bei den nächsten Reichstagswahlen entgegenzutreten, da er ja die Hand zu weiterer Mitarbeit biete, soweit er es verantworten könne," erwidert König: "Könnte ich aus genannten Gründen (d. h. aus Gesundheitsrücksichten) überhaupt eine Kandidatur annehmen, so würde ich es nach seinem in keiner Weise zu rechtfertigenden Schritte für meine Pflicht halten, ihm in seinem jetzigen Wahlkreise entgegenzutreten, falls der Parteivorstand meine Kandidatur für zweckmäßig halten sollte. Herr Professor Förster kennt mich politisch und persönlich

zur genüge, so daß ich es seinem Urtheil überlassen kann, ob er mich einer unanständigen Handlungsweise oder gar eines Judasdienstes für fähig halten will."

Wir sind auf die weitere Entwicklung der Angelegenheit begierig.

Die ausländischen, lohnbrückenden Arbeiter den Großgrundbesitzern zu sichern, scheint die neueste von den Ostelbieren gewünschte Maßregel zu sein. Die hochkonservative "Schlesische Zeitung" schreibt nämlich, es mache sich neuerdings unter den von anderswärts aus Rußland und Galizien wegen des Arbeitsmangels herangezogenen landwirtschaftlichen Arbeitern eine außerordentlich gesteigerte Neigung zu willkürlichen Verlassen des Arbeitsverhältnisses bemerkbar. Zurückgeführt wird diese Erscheinung auf die Thätigkeit russisch sprechender Agenten, welche diese Arbeiter, indem sie ihnen bessere Löhne an anderen Orten in Aussicht stellen, heimlich veranlassen, ihre Arbeit aufzugeben, und dabei für jede anderweitige Verbindung eines Arbeiters eine Gebühr erhalten. Um diesem Unwesen entgegenzutreten, sind die Landräthe seitens des Regierungspräsidenten zu Breslau veranlaßt worden, die zuständigen Polizeibehörden zu erhöhter Wachsamkeit anzuregen und, sofern es sich um ausländische Agenten handelt, die sofortige Ausweisung derselben in Rußland zu bringen.

In solchen Fällen fehlt es nie an Energie.

Die Nachricht, daß ein Disziplinärverfahren gegen den Elmshorner Bürgermeister Thomsen eingeleitet sei, wird dementirt.

Wegen Freiheitsberaubung bezw. Nöthigung, thätlicher Beleidigung, Mißhandlung und Sachbeschädigung ist von dem Ruch Giese aus Schneisen gegen den Premierlieutenant v. Pönninghausen der 9. Kompanie 2. hanseatischen Infanterie-Regiments Nr. 76, bei der Hamburger Staatsanwaltschaft Straf-antrag gestellt worden mit dem Ansuchen, das Verfahren auch auf Helmsel, Sergeanten und Mannschaften der betreffenden Abtheilung auszudehnen. Es handelt sich hierbei um das Nonotone, das zwischen dem Ruch Giese und den genannten Mannschaften an der hamburgisch-preussischen Grenze stattfand und von dem wir vor einigen Tagen Mitteilung machten.

Seinen Austritt aus der katholischen Kirche hat der katholische Geistliche und Gymnasialprofessor Wilhelm Bunkofer in Warkentin dem erzbischöflichen Kapitularvikar zu Freiburg angezeigt. Wie er in der "Straß. Post" in einer öffentlichen Erklärung, die das Motto trägt "Besser Vergeßnis als Verächtlichung der Wahrheit", sagt, habe ihn zu diesem Schritt unter anderem bewogen die fortgesetzte Erfahrung, wie die vom Vatikanismus durchdrungene römische Kirche vielfach auch auf der Kanzel den Geist Jesu Schritt für Schritt zurückdrängt; die Wahrnehmung einer fortwährend wachsenden Veräufelung der öffentlichen Aufachtübungen, die Wahrnehmung, wie überhaupt der Stills des Abflusses Dimensionen annimmt, die einen gebildeten Katholiken empören müssen" u. s. w. — Herr Bunkofer tritt zu den Alt-Katholiken über.

Zur Reichstags-Nachwahl in der Oberpfalz. Der Tod Lehners, schreiben die "Münch. N. N.", hat das Zentrum unipflichtig vor eine weitere Neuwahl gestellt, die um so interessanter zu werden verspricht, als Lehner der Abgeordnete von Fuchs in Aßl war, man bisher seit 1898 bei Wahlen noch nicht numerisch gesehen konnte, wie die Bauernbewegung in der Oberpfalz angenommen und Lehner selbst, wie schon betont, in der Fuchswahl Angelegenheit keine besonders rühmendwerthe Rolle gespielt hat. Seit 1884 vertrat Lehner den Oberpfälzer Kreis Neustadt im Reichstage; 1898 mit 102 Stimmen neuerlich in den Landtag gewählt, stand er zum ersten Male einer bemerklichen Opposition gegenüber, die mit 56 Stimmen den Bürgermeister Kugler von Remmth in München entenden wollte. Lehner war ein stiller Mann in der Kammer, so recht nach dem Herzen der Wähler, Daller und Genossen; auf seine Stimme konnten die Patriotenführer ganz nach ihrem Sinne rechnen. Gemessenmaßen der einzige Vertreter der Rangkategorie in der Abgeordnetenkammer, eignete er sich auf die Wünsche dieser Mitarbeiter im Staatsorganismus nicht an. Lehner wäre wohl aus den Reihen der Parlamentarier verschwunden, wenn 1898/99 an den mehr als Siebzehnjährigen neue Wahlen herangetreten wären. Im Reichstage erschien Lehner erst dann, wenn er bei dritten Lesungen zu Abstimmungen beordert wurde, und abgesehen hatte er stets nach Kommando, entsprechend der läublichen Zusammenfassung seines entlegenen Wahlkreises. Nun wird in und um Fuchswahl herum ein ziemlich heftiger Wahlkampf entbrennen, bei dem auch die Münchener Sozialdemokratie nicht fehlen dürfte. Wie die "Allg. Ztg." aus guter Quelle erzählt, wird für das erledigte Landtagsmandat namens des Zentrums der bekannte ultramontane Wanderverdiger Reallehrer Dr. Heim in Aßlbach kandidiren, dem dadurch nach der seitherigen Uebung auch das Reichstagsmandat zufallen dürfte.

Jedenfalls wird es sich in diesem Kreise um einen der interessantesten Wahlkämpfe handeln.

### Ungarn.

Budapest, 23. Juli. Das Abgeordnetenhause setzte heute die Beratung des Antrages des Ministerpräsidenten auf Verlängerung der Sitzungen fort. Graf Stefan Tildza erklärte, er sei nicht für die Unmöglichkeit eines jeden Ausgleichs eingetreten, sondern nur für die Unmöglichkeit eines Ausgleichs, bei welchem die Mehrheit das Ausgehen der Obstruktion um den Preis von Zugeständnissen erkaufe. Wenn die parlamentarischen Verhandlungen ruhiger würden, dann erachte er einen Kompromiß bezüglich des § 18 für möglich und er werde dann einem solchen Kompromiß freundlich gegenüberstehen. Pader (Volksp.) brachte hierauf einen Beschlusantrag ein, das Haus müsse über den Antrag des Ministerpräsidenten zur Tagesordnung übergehen.

Der Abgeordnete Oskicsanyi bekämpft den Antrag des Ministerpräsidenten. Der Abgeordnete Pulsky erklärt, wenn man eine Sanierung der Lage wünsche, müsse man wieder zu normalen parlamentarischen Verhältnissen zurückkehren. Was den § 18 betreffe, so könnte ein Kompromiß wohl zu Stande kommen, doch dürfe die Opposition den Ausgleich nicht diktiren wollen. Gelegentlich der Detailberatungen hätten auch ohne Obstruktion Abänderungen vorgenommen werden können. Trotzdem liehen sich heute immer noch geordnete parlamentarische Zustände herstellen. Lehner schließt, zur Linken gewandt: Wenn Sie diesen Antrag nicht annehmen, dann beweisen Sie, daß es nöthig ist, zu anderen Mitteln zu greifen."

### Frankreich.

Paris, 21. Juli. (Sig. Ver.) Die Regierung hat nun endlich den Schluß der ordentlichen Session verstanden können, nachdem sie durch die bereits besprochenen Anlässe die Steuerreform zum zweiten Mal "vertagt" hatte. Die Ordnungsmehrheit der Kammer ist mit rührender Selbstlosigkeit der Regierung in dem freien Bruch der den Wählern gegebenen Versprechungen gefolgt. Der Einkommensteuer-Entwurf des Radikalen Cavagnac wurde mit 282 gegen 249 Stimmen verworfen von derselben Kammer, die im März vorigen Jahres die Einführung der Einkommensteuer im Prinzip mit ungelähr der gleichen Mehrheit votirt hatte. Und von der diebzehnjährigen Steuervorlage des Radikalen Meline wurde in letzter Stunde ein kleines Reichen votirt, aber auch das nicht in der vom Radikalen vorgeschlagenen Form. Es ist ein von zwei opportunistischen Abgeordneten eingebrachter Gegenentwurf auf Bewunderung der staatlichen Grundsteuer um ca. 26 Millionen zu gunsten des kleinen Grundbesitzes, während der Regierungsentwurf des Steuergesetzes hauptsächlich für den großen und mittleren Grundbesitz bestimmte. Dausch werden die Grundsteuerhöhe bis zu 10 Fr. vorläufig, die von 10 bis 15 Fr. zu 1/4, von 15-20 Fr. zur Hälfte und von 20-25 Fr. zu 1/2 erlassen. Die Urheber des Gegenentwurfes berechnen, daß mehr als 7 Mill. kleiner Grundbesitzer dadurch vollständig entlastet werden. Auf jeden einzelnen Kleinhäuser fällt aber nach anderweitiger Verrechnung eine Entlastung von bloß 1 Fr. 76 Cts. durchschnittlich. Man

erwiese danach die Bedeutung der „Reform“. Dazu kommt, daß bei der Ungleichheit der Grundsteuer-Bertheilung (die Bourgeoisrepublik hat bisher nicht die nötigen 6-7 Millionen zu einer neuen Katastereinschätzung aufbringen können) die Entlastung vielfach gerade den ohnehin bevorzugten Grundsteuerzahlern zu gute kommen wird. Schließlich hat das Ministerium wohl ein Voch von 26 Millionen im Budget machen lassen, ohne aber die entsprechenden Mittel zur Ausführung des Loches zur Veratung gebracht zu haben. Das soll in der Herbst-Session geschehen. Meline hatte es eben mit dem Sessionschluss sehr eilig. Bekannt doch heute ein ministerielles Blatt, das Gefahr im Verzuge war.

Das Ergebnis der ordentlichen Session ist ebenso negativ, wie das der fünfzehnmönatlichen Regiererei Meline's überhaupt. Seiner großbürgerlich-reaktionären Mission getreu, hat Meline die Steuerreform zum endgiltigen Scheitern in dieser Legislatur gebracht, den Zundermillionären in der Gestalt von Ausfuhrprämien weitere 18 Millionen jährlich zugeschanzt und den Bankmilliardären das Privilegium der Banque de France bis 1920 gesichert. Für die Arbeiter wurde durch die Schuld der Regierung eine Arbeitsnachweis-„Reform“ votiert, welche den bisherigen Zustand verschlimmert. Der Rest der für „Arbeiterfragen“ bestimmten Freitagsstunden wurde mit der Veratung einer harmlosen Reform der gegenseitigen Unterstühtungskassen und des „Hängeschloß“-Zollgesetzes angefüllt, welches letzteres sich wenigstens der Achtung nach gegen die Konventionen richtet. Das ist alles... Die französische Wählermasse mühte mit Blindheit geschlagen sein, wenn sie bei den nächsten Wahlen die Meline'sche Mehrheit nicht zu Paaren treibt.

Trotz des Sessionschlusses wird die Panama-Kommission ihre Arbeiten ununterbrochen fortsetzen. Der plötzliche Frontwechsel des Cornelius Herz, der seine Enthaltungen von unannehmbaren Bedingungen abhängig macht, hat den Eifer der Kommission nicht abzuschwächen vermocht. Das sozialistische Kommissionsmitglied, Monanet, hat gestern beim Justizminister die Herausgabe des Süd-Asien-Untersuchungsaktes erzwungen. Der Minister hatte dies verweigert unter dem Vorwand, daß die Kommission nur mit der Aufhellung der Panama-Affäre beauftragt sei. Monanet zeigte nun der Kommission die enge Verbindung der beiden Affären an der Hand eines Chefs auf den Namen Yves Guyot's, des ehemaligen Bankenministers und berühmtesten Sozialistenfriseurs, der gegenwärtig als Chefredakteur des „Journal des Debats“ täglich den Sozialismus vernichtet und die Panama-Kommission bespöttelt. Der Chef lautet auf 10 000 Franken und ist, trotzdem er für Rechnung der Südbank-Gesellschaft angestellt wurde, in den Panama-Untersuchungsakten aufgefunden worden. Eine Anzahl zu den gleichen Bedingungen angestellter und aufgeschuldigter Chefs auf den Namen weiterer Parlamentarier drohte Monanet in offener Kammer zu verlesen. Das hat den Justizminister müde gemacht. — Cornelius Herz Frontwechsel hat die Panamisten mit unbändiger Freude erfüllt. Die antipanamistische Presse behauptet indes übereinstimmend, daß Herz' Schweigen von der Regierung bezw. von den Panamisten um schweres Geld gekauft worden sei. Henri Rochefort versichert sogar bestimmt, daß der Minister des Inneren, Panotau, in den letzten Tagen durch einen Vertrauensmann mit Herz unterhandelt habe... Das Anerkennen von Enthaltungen seitens des geriebenen Finanzmannes wäre also von vornherein weiter nichts als ein gegen die Panamisten und ihre Regierung gerichteter Erpressungsveruch.

**Paris, 23. Juli.** „Lanterne“ meldet, daß am Sonnabend oder am Montag die Sitzungen der Panamakommission geschlossen werden. Das Blatt veröffentlichte die Namen von 11 Personen, von Senatoren und Abgeordneten, die wegen des Panama-Scandals verfolgt werden.

**Italien.**  
**Rom, 23. Juli.** Die „Opinione“ bestätigt, daß die Regierung die Verträge mit dem Vranz über die endgiltige Regelung der erzhäufig-abessignischen Grenz genehmigt habe.

**Spanien.**  
— In 22 Städten Spaniens fanden am letzten Sonntage Arbeiterversammlungen statt, in denen gleichlautende Entschliessungen bezüglich der Vorgänge in den baskischen Grubenbezirken angenommen wurden. Darin wird erklärt, daß alle im Inn- und Auslande verbreiteten beunruhigenden Meldungen über die angebliche revolutionäre Bewegung unter den Grubenarbeitern erfunden seien. Die einzige Ursache der Beunruhigung sei der „Grubenkönig“ Chavarrri in Bilbao, der sich in seiner unumschränkten Herrschaft innerhalb des Grubenbezirks durch die Wahl einiger Arbeitervertreter gefährdet glaube. Er habe daher bei dem Minister des Innern durchgesetzt, daß diese in aller Gesehmächtigkeit gewählten Arbeitervertreter durch ein königliches Dekret ihrer Ämter für verlustig erklärt wurden, weil sie als Sozialisten angeblich die Staatsgesetze nicht anerkannten. Und nun diese Willkürhandlung zu rechtfertigen, verbreitete Chavarrri in der ganzen Welt das Märchen von Arbeiterunruhen und Massenstreiks in den baskischen Provinzen.

**Portugal.**  
**Lissabon, 23. Juli.** In der Deputiertenkammer theilte die Regierung mit, sie habe die Nachricht empfangen, daß bei Ghinde an der Sambesi-Mündung die Mannschaft eines portugiesischen Kanonenbootes niedergemacht worden sei. Die Regierung habe den Kapitän Coutinho beauftragt, gegen die Aufständischen im Sambesi-Gebiete einen Strafzug zu unternehmen.

**Ungland.**  
— Die Gewerbe-Inspektion und die Gesehe über das gegenseitige Verhältnis der Arbeitgeber und Arbeiter sind vom 1./18. Juli auch auf das Don-Kofalen-Gebiet und auf 8 (von 10) Polen-Gouvernements ausgedehnt werden.

**Amerika.**  
**Washington, 22. Juli.** Im Repräsentantenhaus wurde heute eine Vorlage eingebracht, durch welche Präsident Mac Kinley ermächtigt wird, eine Kommission zu ernennen, die untersuchen soll, welche Änderungen in der Bank- und Währungs-gesehmgebung notwendig oder förderlich seien, sowie welche künftige Gesehmgebung wünschenswert sei in bezug auf das nationale Bankwesen und den Staatspapier-Umlauf an Noten und Zertifikaten.

## Der Handnawische Arbeiterkongress.

**Stockholm, den 22. Juli.**  
Die Verhandlungen wurden um 2 Uhr nachmittags aufgenommen. Aus Norwegen sind noch zwei Delegierte angekommen, so daß die Zahl der Delegierten sich jetzt auf 176 beläuft. Der Kongress begann die Behandlung der Frage des politischen Wahlrechts und des Generalstreiks. Folgende Resolution wurde gegen wenige Stimmen angenommen:

Der Kongress hält fest an der Anschauung der internationalen Sozialdemokratie, daß die Befreiung der Arbeiterklasse auf friedlichem Wege nur dadurch geschehen kann, daß die Arbeiter mit Hilfe des allgemeinen Wahlrechts die politische Macht erobern. Das allgemeine Wahlrecht muß daher voll und ganz durchgesetzt werden in Staat und Gemeinde. Der Kongress empfiehlt, in den drei Ländern eine kräftige Agitation zur Erreichung dieses Zieles zu entfalten.

Der Kongress ist ferner der Meinung, daß die jetzigen politischen Verhältnisse in Schweden der schwedischen Arbeiterklasse die Er-wägung nahe legen, daß sie sich mit dem Gedanken einer um-fassenden Arbeitseinstellung als des wirksamsten Mittels für die Eroberung des allgemeinen Wahlrechts vertraut machen müssen. Der Kongress fordert die Arbeiter Norwegens und Dänemarks auf, daß sie, wenn es nötig werden sollte, in Schweden zu einem solchen äußersten Mittel zu greifen, die schwedische Arbeiterklasse auf das kräftigste moralisch und finanziell unterstützen sollen.

Das Ziel der modernen Arbeiterbewegung wurde in folgender Resolution dargelegt:

Die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen der Arbeiter haben die gemeinschaftliche Aufgabe, die Arbeiter zum Kampf für die Anerkennung ihrer Menschenrechte zu sammeln, um unter den gegenwärtigen kapitalistischen Verhältnissen die bestmöglichen ökonomischen Bedingungen und die politische Freiheit zu erreichen und die Arbeiter aufzuklären über die wirtschaftliche Entwicklung und ihre Folgen.

Um Verbesserungen in den Existenzbedingungen der Arbeiter zu erreichen, sollen die gewerkschaftlichen und politischen Organisationen Einfluß auf die gesetzgebenden Körperschaften zu gewinnen versuchen, damit diese die wirtschaftliche Lage der Arbeiter behandeln und eine Gesehmgebung anbahnen, welche die Arbeiter gegen rücksichtslose Ausbeutung seitens der Arbeitgeber sichert. In Uebereinstimmung hiermit sollen die Organisationen bei jeder Gelegenheit solche Fragen behandeln, die in sozialökonomischer oder politischer Beziehung für die Arbeiter von Wichtigkeit sind.

Der gewerkschaftliche Kampf der Arbeiter ist in der kapitalistischen Gesellschaft unumgänglich notwendig, um die Uebermacht des Kapitals einzuschränken und die Stellung der Arbeiter zu verbessern. Ohne gewerkschaftliche Vereine würde es den Arbeitern nicht gelingen, dem Kapital einen anständigen Arbeitslohn oder verkürzte Arbeitszeit abzufragen. Aber durch diesen Kampf wird die Ausbeutung nur gemildert, nicht abgeschafft. Die Ausbeutung des Arbeiters hört dann erst auf, wenn die Gesellschaft selbst die Produktions-, Distributions- und Verkehrsmittel in Besitz nimmt.

Der Kongress erklärt deshalb in Uebereinstimmung mit den Beschlüssen der internationalen politischen Kongresse, daß die Arbeiter danach streben müssen, die politische Macht in die Hände zu bekommen, um die Sozialisierung der Produktions- und Verkehrsmittel zu bewirken und die Organisation der Produktion unter die demokratische Kontrolle der Gesellschaft zu stellen, wodurch die Arbeiterklasse und alle übrigen Unterdrückten befreit werden von der Herrschaft des Kapitals.

Diese Resolution wurde unter Hochrufen angenommen.

## Partei-Nachrichten.

Zur Unterstühtung der Agitation unter den proletarischen Kranen sind von der Vertrauensperson Frau Wengels, Berlin O., Gruchstr. 80, Sammellisten in Umlauf gesetzt worden. Die Genossinnen aller Orten werden dringend ersucht, sich solche Listen kommen zu lassen und fleißig für Ausbringung von Mitteln zu wirken.

Proportionalwahlen für das Gewerbegericht beantragen unsere Genossen in Frankfurt a. M., die zur Zeit sowohl die Stige der Arbeiterbewegung wie der Arbeitgeber-Verstärker inne haben. Ob der Antrag die Genehmigung der Regierung finden wird, ist allerdings sehr zweifelhaft. Denn der Frankfurter Ortstasse wurde am 2. Juli vom Bezirks-Ausschuß eine Statutenänderung abgelehnt, die u. a. gleichfalls Proportionalwahl für die Generalversammlung-Vertreter einführen wollte. Der Bezirks-Ausschuß, gegen dessen Entscheidung Berufung eingelegt ist, begründet seinen Standpunkt damit, daß er das vorgeschlagene System für sehr unständlich und andererseits geeignet erklärt, das Wahlrecht des einzelnen Kassennitgliedes zu beeinträchtigen, da letzteres bei seiner Wahl an die auf der Vorschlagsliste bestimmten Personen gebunden sein würde. Wie bei der jetzigen Wahl mit einfacher Majoritätsentscheidung das einzelne Kassennitglied sein Wahlrecht besser zur Geltung bringt, ist vorläufig Geheimnis der weiten Herren des Bezirks-Ausschusses in Wiesbaden, die im übrigen ihre Stellung genügend damit dokumentieren, daß sie der Ortstasse die Instruktionen in der „Vollstimmte“ unterfagen wollen, weil diese ein sozialdemokratisches Blatt sei!

Sozialistische Frauenbewegung in Italien. Der Regional-kongress der lombardischen Parteigenossen, der kürzlich in Sodi tagte, hat beschlossen, eine von der sozialistischen Frauengruppe in Mailand begonnene Enquete über die Bedingungen der Frauen- und Kinderarbeit in Italien zu unterstühten. Ferner sobald als möglich eine lebhaftige Agitation vermittelt von Arbeiterinnenkomitees ins Leben zu rufen, und zwar behufs Unterstühtung eines von den sozialistischen Abgeordneten einzureichenden Gesetzentwurfs, den staatlichen Schutz der Frauen- und Kinderarbeit betreffend.

Hollzeilliches, Gerichtliches etc.

Der ehemalige Redakteur der Breslauer „Volkswacht“ Genosse Steiger wurde vom Breslauer Landgericht zu 150 M. Geldstrafe verurteilt, weil er den Bergwerksinspektor Höfert durch eine Schilderung der Zustände in einigen Waldenburger Gruben beleidigt haben soll.

Genosse Hofrichter, Redakteur der „Rheinischen Zeitung“ in Köln, wurde wegen Verleumdung des Notars Wurcharz zu einem Monat Gefängnis verurteilt. Der betreffende Notar hatte bei Uebernahme einer Proxis die Behälter seiner zwei Bureaubeamten, die er von seinem Vorgänger übernommen, bedeutend angefüllt. Der eine junge Mann erhielt so anstatt 90 M. nur noch 60 M. Monatsgehalt. Der bisher unbescholtene junge Mann hatte sich nun im Laufe der Zeit 8 Unterschlagungen zu schulden kommen lassen. Nach dem dritten Fall denunzierte Herr Wurcharz seinen Schreiber beim Strafanwalt; als der junge Mann das erährt, nimmt er sich das Leben. Die „Rheinische Zeitung“ hatte das Verhalten des Notars abfällig kritisiert und dabei soll sie sich der Verleumdung schuldig gemacht haben.

Zu der am 30. Mai im Brauereigarten zu Stötterich bei Leipzig abgehaltenen öffentlichen Volksversammlung, in der Genosse v. Bollmar über die preußische Vereins-gesetz-Novelle und ihre Gefahren für das Reich sprach, soll der Genosse Leichwaller dadurch eine unerlaubte öffentliche Geldsammlung veranstaltet haben, daß er in dem Handstreich mit einer Pappbüchse Gelder gesammelt habe. Die Amtshauptmannschaft Leipzig hatte ihn deshalb mit einem Strafmandat über 50 M. oder zehn Tagen Haft bestraft. In der Schöffengerichts-Verhandlung erklärte L., daß ihm die Büchse gesteckt worden sei und bestritt die Sammlung. Das Schöffengericht erkannte auf 30 Mark Geldstrafe.

## An die auf grund des Unfallversicherungs-Gesehes gewählten Arbeitervertreter im Deutschen Reich.

Werthe Kollegen!  
Zur Vermeidung von Stimmensplitterung bei der jetzt von uns zu vollziehenden Wahl von zwei nichtständigen Mitgliedern und 30 Stellvertretern derselben zum Reichs-Versicherungsamt, und um eine möglichst gleichmäßige Vertheilung der Kandidaten über das ganze Reich herbeizuführen, hat im Einverständnis mit Süddeutschland der Berliner Arbeitervertreter-Verein, — wie schon bei den letzten Wahlen im Jahre 1898, — es übernommen, nach den Vornahmenvorschlägen aus den Provinzen, eine Kandidatenliste aufzustellen und dieselbe sämtlichen Arbeitervertretern zu übersenden.

Werthe Kollegen! Wir können nicht umhin, Sie auf einiges aufmerksam zu machen, was sich bei der letzten Wahl als unpraktisch herausgestellt hat. Obwohl wir die beiden letzten Wahlen im Jahre 1898 in dieselben Bahnen geleitet und den Kollegen ein großes Stück Arbeit abgenommen haben, ist dies doch von einem großen Theil der Kollegen nicht erkannt worden, indem die Stimmensplitterung doch einen derartigen Umfang angenommen, wie wir es nicht erwartet hatten. Zur Veranschaulichung der Thatsache diene folgendes: Von den 3196 im Deutschen Reich gewählten Arbeitervertretern haben nur 2671 ihr Wahlrecht rechtzeitig ausgeübt, während 525 an der Wahl sich nicht betheiligten. Trotz der Betheiligten von nur 2671 Personen, hat die Stimmensplitterung sich doch auf 2611 Personen erstreckt, mithin auf 415 Personen mehr, als es im Deutschen Reich Arbeitervertreter gegeben hat.

Werthe Kollegen! Es ist dies nur auf die Gesehedunkelmäßig zurückzuführen, sonst könnte es nicht geschehen, daß soviel

Kandidaten mehr vorgeschlagen wurden, als in Wirklichkeit wählbar sind — nämlich 3196 Personen. — Es sind also Personen in Vorschlag gebracht worden, von deren Wahl überhaupt gar keine Rede sein konnte, und das muß in diesem Jahre vermieden werden. Noch eins wollen Sie bedenken! Bei der letzten Wahl im Jahre 1898 hat jede der gewählten Personen, durchschnittlich gerechnet, über 8214 000 Stimmen erhalten! Was hat das nun bei dieser kolossalen Stimmzahl für einen Zweck, wenn einzelne Vertreter ihre eigenen Kandidaten aufstellen; an eine Wahl ist hierbei doch absolut nicht zu denken und wenn schon mehrere Großstädte oder Provinzen zusammengeben, so giebt das nur eine übermäßige Zersplitterung, aber keine einheitliche Wahl.

Wir haben bereits in unserem ersten Wahlausruf darauf hingewiesen, daß nicht jede einzelne Großstadt oder Provinz berücksichtigt werden kann, und dieses sollten die Kollegen sich doch bei der zu wählenden geringen Zahl von Vertretern vor Augen führen. Sollen einzelne Kollegen es dennoch nicht beherzigen und neben uns noch für andere Kandidaten agitieren, so bitten wir die Kollegen allerorts, uns hiervon in Kenntniß setzen und uns derartiges Material zuzusenden zu wollen.

Indem wir nun den Kollegen nachbenannte Kandidaten zur Wahl bestens empfehlen, glauben wir versichern zu dürfen, daß mit dieser Wahl tüchtige und bewährte, gewerkschaftlich und politisch organisierte und auch mit der sozialen Gesehmgebung vertraute Männer bei den Reichs-Versicherungsamt-Entscheidungen mitwirken werden, von denen auch schon ein großer Theil längere Zeit mitgewirkt hat.

Berlin, den 23. Juli 1897.  
Mit kollegialischem Gruß und Handschlag  
Der Berliner Arbeitervertreter-Verein  
J. W.:  
Eugen Siemanowski, Vorsitzender  
(Nr. 1408 des Verzeichnisses).  
Berlin N., Gartenstr. 78, Portal II, 2 Treppen.  
Kandidaten-Liste.

Nr. 1. nichtständiges Mitglied: 1894\*) Karl Rämpfe  
Bamberg.  
Als Stellvertreter: 708 Julius Grünert, Bamberg, 1089 Friedrich Höner, Bamberg, 1405 August Däbe, Bamberg, 1430 Ernst Erbort, Dörfeldorf, 1807 Alwin Winter, Magdeburg, 1019 Friedrich Tich, Halle a. S., 861 Friedrich Pieschel, Berlin, 1804 Johann Karl Rebs, Weihenfels a. S., 112 Heinrich Schmidt, Grabow a. d. Ober., 1001 Friedrich Stügelmaier, Berlin, 1426 Julius Lerch, Graudenz, 1778 Otto Riedel, Leipzig-Vollmarzdorf, 817 Franz Anton Rickmann, Chemnitz, 998 Hermann Profig, Breslau, 528 Albert Voigt, Berlin.

Nr. 2. nichtständiges Mitglied: 267\*) Karl Gutheit, Berlin.  
Als Stellvertreter: 1525 Julius Fräsdorf, Uebigau b. Dresden, 1709 Gregor Birthmann, Bamberg, 1780 Gustav Günther, Berlin, 696 August Scholla, Slamen b. Spremberg, 265 Robert Straube, Chemnitz, 1762 Conrad Wendler, Stuttgart, 917 Hermann Meyer, Halle a. S., 995 Joseph Kubon, Breslau, 54 Richard Jacob, Gersdorf (Reg.-Bez. Suidan), 154 Georg Seih, München, 982 Paul Starke, Dresden, 254 Karl Wilsenack, Gohlschuld bei Solingen, 1408 Eugen Siemanowski, Berlin, 800 Karl Reifert, List b. Hannover, 248 Wilhelm Gotthusen, Düsseldorf.

An die auf grund der Arbeiterversicherungs-Gesehe gewählten Arbeitervertreter im Deutschen Reich.

Werthe Kollegen!  
Zur Vermeidung von Stimmensplitterung bei der jetzt von uns zu vollziehenden Wahl von zwei nichtständigen Mitgliedern zum Reichs-Versicherungsamt und 30 Stellvertretern derselben und um eine möglichst gleichmäßige Vertheilung der Kandidaten über das Deutsche Reich herbeizuführen, hält die Unterzeichnete es für räthlich, praktisch und empfehlenswert, die beigefügte Liste der Kandidaten einzig und allein berücksichtigen zu lassen.

Wir glauben versichern zu können, Ihnen tüchtige und bewährte Männer zur Wahrnehmung der Verlehen, der Hinterbliebenen der ermittelten verstorbenen Arbeiter, gestellt zu haben. Die Liste des Arbeitervertreter-Vereins ist also maßgebend.

Berlin, den 23. Juli 1897.  
Die Berliner Gewerkschafts-Kommission.  
J. W.: H. Millarg, Kammstr. 16.  
Alle Arbeiterblätter werden um Nachdruck der vorstehenden Aufrufe ersucht.

## Gewerkschaftliches.

Berlin und Umgebung.

Zu der Buchbinderei von Friedberg u. Sedlmayer, Nitterstr. 50, legten am Mittwoch 22 Arbeiterinnen und 9 Gehilfen die Arbeit nieder. Grund hierzu war die Weigerung der Beschäftigten, ihren Bedarf an Speisen und Getränken aus einer bestimmten Kantine zu entnehmen. Die Chef verbot den Arbeitnehmern jedwedes Einholen von Frühstück und Vesper. Die Annahme des Chefs ging sogar soweit, den Beschäftigten das Einholen in der Mittagszeit in nachdrücklichster Weise zu untersagen. Den eindringlichen Vorstellungen des Arbeits-Ausschusses wollte die Firma in keiner Weise nachgeben; sie verweigerte zuletzt sogar jede Verhandlung mit demselben. In letzter Zeit ist die Behandlung des Personals — namentlich die der Vertrauenspersonen der Arbeiter — von Seiten des Stellvertreters Herrn Pothoff eine solche gewesen, daß schließlich am Mittwoch der Vertrauensmann die Arbeit niederlegte. Ihm schlossen sich sämtliche Arbeiter und Arbeiterinnen anßer 7 Arbeitswilligen an. Der Versuch des Mitgliedschafts-Vorstandes, diese Angelegenheit zu schlichten, ist an dem trotigen Auftreten des Herrn Friedberger gescheitert, da derselbe in keiner Beziehung nachgeben wollte. Diese Vertheilung ist somit als gesperzt zu betrachten. Der Bevollmächtigte.

Folgendes geheime Zirkular des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister vertritt sich in das Bureau der Lokalkommission der Berliner Zimmerer:  
Berlin, den 20. Juli 1897.

Werthe Herr Kollege!  
Der von der Junung am 12. d. M. eröffnete Arbeitsnachweis hat in der ersten Woche seines Bestehens sehr erfreuliche Resultate erzielt. Trotz des Infolge der Streibewegung nicht sehr günstigen Zeitpunktes und trotz aller Anfeindungen und Verdächtigungen von Seiten der gewerkschaftlichen Agitatoren haben die Arbeitnehmer durch die zahlreiche Benutzung der neuen Einrichtung gezeigt, welche ein dringendes Bedürfnis für sie die Errichtung eines Arbeitsnachweises gewesen ist. Aber auch die Arbeitgeber haben bewiesen, daß es ihnen um die Sache ernst ist, und daß sie das neue Unternehmen, welches sie unter Aufwendung großer Opfer zu ihrem eigenen Vortheil und zum Wohle ihrer Arbeiter geschaffen haben, durch intensive Benutzung kräftig erhalten wollen. Denn zu einer gedeihlichen Entwicklung des Nachweises ist es ein unbedingtes Erfordernis, daß die Arbeitgeber geschlossen und einmütig zusammenhalten und daß sie, ihrem Versprechen eingedenk, auch wirklich die Absichten durchzuführen, die sie einmal als die richtigen erkannt haben. Die Stärke eines Volkes liegt in dem ausgedehnten Bewußtsein seiner Zusammengehörigkeit, in dem lebendigen Gefühl, Brüder eines Stammes zu sein; die Stärke einer Gemeinschaft, die bereits das gleiche Band der Liebe zum heimathlichen Herde knüpft und die dazu noch durch den gleichen Beruf unter einander verbunden ist, sie hat ihren Nährboden in denselben Gefühle der Zusammengehörigkeit und vermag aus diesem heraus Früchte zu zeitigen, die dem einzelnen oder der zersplitterten Gemeinschaft nie hervorbringen möglich sind.

\*) Die Nummern vor den Namen bedeuten die entsprechenden Nummern im neuen Namenverzeichnis der Arbeiter-Vertreter, welches Ihnen jetzt vom Reichs-Versicherungsamt zugesandt ist.

Daher ergeht nochmals der dringende Appell an alle Arbeitgeber unseres Gewerbes, einig zu sein in der Unterstützung des neuen Unternehmens das uns allen zu nutzen bestimmt ist. Zum Schluss möchten wir uns erlauben, die Herren Kollegen noch darauf hinzuweisen, daß es, um dem bereits aufgetretenen Namensmißbrauch entgegenzuwirken, dringend erforderlich ist, die Bestellkarten auf Zusendung von Arbeitskräften außer mit der Namensunterschrift auch stets mit dem Firmenstempel zu versehen. Wir werden, um eine Schädigung des Nachweises zu vermeiden, für die Folge nur derartig ausgeführte Bestellungen erledigen lassen.

Schließlich bitten wir die Herren Kollegen ganz ergebenst, die überfandten Plakate an recht augenfälliger Stelle auf den Bauten oder Plätzen zum Aushang zu bringen.

#### Dachachtungsvoll Die Kommission für den Arbeitsnachweis (ohne Unterschrift).

Wir bringen das phrasengefüllte Schriftstück zum Abdruck, damit weitere Kreise an dem schönen Erguß sich ergötzen können. Mit dem Gefühl der Zusammengehörigkeit scheint es bei den Herren doch nicht allzu weit her zu sein, denn sonst brauchte die Kommission wohl nicht mit so hochtönenden Phrasen für den Arbeitsnachweis, der bekanntlich von den Bauarbeitern vorläufig nicht benutzt wird, Tam-Tam zu schlagen.

Das geht auch aus den Mitteilungen der Lohnkommission hervor, welche schreibt: Die Kommission für Arbeitsnachweis ert aber auch sehr, wenn sie behauptet, daß der Arbeitsnachweis in seiner jetzigen Zusammenfassung als eine Wohlthat von den Arbeitern angesehen wird und trotz der Anfeindungen und Verdächtigungen der gewerbmäßigen Agitatoren rege besucht wird. Wir werden, da Zahlen nicht angeführt, diesem Uebelstande nachhelfen. Bis jetzt sind durch den Nachweis 120 Arbeitscheine für Zimmerer ausgestellt, von diesen haben etwa die Hälfte die Arbeit angetreten, aber zum größten Teil wieder niedergelegt, als ihnen die Höhe des Lohnsatzes bekannt gegeben wurde, was aus dem Arbeitsnachweis nicht geschieht. Nach unseren Informationen werden augenblicklich 300 Zimmerer verlangt, mithin kann von einer „regen Benutzung“ nicht die Rede sein; der Arbeitslohn zieht es vielmehr vor, lieber arbeitslos zu bleiben, als daß er sich mit Leib und Seele verkauft.

Die Berliner Zimmerer mögen aber aus diesen Machinationen die nötige Lehre ziehen und für die Stärkung ihrer Organisationen, sowie für das Gelingen der diesjährigen Lohnbewegung mit aller Energie eintreten.

Die Friedrichshagener Bantischerei von Magdeburg ist wegen Mißregelung bis auf weiteres gesperrt. Der Bevollmächtigte.

#### Deutsches Reich.

In Torgelow im Regierungsbezirk Stettin haben sämtliche Maurer, etwa 60 bis 75 an der Zahl, am Dienstag wegen Lohnstreiks die Arbeit niedergelegt. Den Anlaß dazu gab, wie dem „Post.“ geschrieben wird, hauptsächlich der Mord für die inneren Putzarbeiten. Bisher erhielten die Maurer für den Quadratmeter 15 Pf., und sie verlangen jetzt 17 Pf., während die Arbeitgeber nur 16 Pf. bewilligen wollen.

500 Bergarbeiter in Kattowich haben der „Rdn. Ztg.“ zufolge die Arbeit eingestellt. Ein weiteres Umsichgreifen des Ausstandes wird befürchtet.

Die Harburger Waggonarbeiter, welche seit einigen Tagen streiken, verlangen in erster Linie anstatt der jetzt üblichen dreiwöchentlichen Lohnzahlung eine achtstägige.

Zum Diamantarbeiterstreik in Hanau. Da von einigen Streikenden behauptet worden war, daß ein größerer Teil der Streikenden die Arbeit wieder aufnehmen möchte, dies aber bei einer öffentlichen Abstimmung nicht auszusprechen wage, so wurde dieser Tage geheim, und zwar nur von den Streikenden darüber abgestimmt, ob der Streik weiter geführt werden soll oder nicht? Das Resultat war der einstimmige Beschluß für die Weiterführung des Streiks. Die Versammlung war sehr stark besucht, so daß nur ganz wenig Leute fehlten; von den Fehlenden dürften vielleicht einige abgesprungen.

#### Ausland.

Die Zahl der streikenden Banarbeiter in Meran beträgt über 1200. Bis jetzt haben sich nur etwa 100 Mann gefunden, welche unter den alten Bedingungen weiterarbeiten.

Und Trieste wird gemeldet: Die Agitation unter der hiesigen Arbeiterchaft ist im Steigen begriffen. Der Streik der Tischlergehilfen ist im vollen Gange. Ferner wird für einen allgemeinen Streik der Lastträger in den Lagerhäusern und der Arbeiter in den städtischen Werkstätten agitiert. Auch in anderen Industriezweigen herrscht lebhafteste Agitation unter den Arbeitern.

Die schwedischen Seeleute, die, wie wir bereits mitgeteilt haben, am 23. d. M. in den Ausstand treten wollen, werden auch von den Hafenarbeitern unterstützt werden. Diese haben beschlossen, bei Ausbruch des Streiks keinerlei Arbeiten der Seeleute zu übernehmen. Die Feiler und Zimmerer wollen sich ebenfalls der Lohnbewegung anschließen. Der Vorsitzende des Vereins der schwedischen Transportarbeiter hat der Direction des internationalen Transportarbeiterverbandes in England von dem Beschluß Mitteilung gemacht und um sekundäre Unterstützung der Streikenden gebeten. Wie noch erinnerlich sein dürfte, hat sich der im Juni d. J. in London abgehaltene internationale Transportarbeiter-Kongress für eine solche Unterstützung der Lohnbewegung der schwedischen Seeleute ausgesprochen, als diese durch den schwedischen Delegierten angezeigt wurde.

Zur Achtstundebewegung der englischen Maschinenbauer. Nach den Angaben des Unternehmerversandes (Londoner Zweigverein), der am Mittwoch Sitzung hatte, sind in London insgesamt nur 3186 Gewerkschafter ausgesperrt, dazu kommen noch 420 Hilfsarbeiter. Die Firmen, welche an den Aussperrungen sich beteiligen, beschäftigen vor Beginn der Differenzen 14 820 Personen. Von einem Versuch auf Beilegung des Konflikts, so äherte sich der Vorsitzende Herr Siemens, wisse er nichts. Wegen die Gewerkschaften habe er nichts, nur dagegen wende er sich, daß diese den Unternehmern vorschreiben wollten, wie sie ihre Betriebe zu leiten hätten. (Mit anderen Worten: Herr Siemens reklamiert die volle Ausübungsfreiheit für sich. Red.) Im ganzen seien die Unternehmer sehr mit dem Gange der Dinge zufrieden.

Der jetzige Kampf der Maschinenbauer — so wird uns aus England geschrieben — erinnert lebhaft an den Kampf, welchen diese im Jahre 1871/72 um den Neunhundentag führten. Damals wurde von Seiten der Unternehmer geltend gemacht — gerade wie jetzt — die Verkürzung der Arbeitszeit werde die englische Maschinenindustrie dem Auslande gegenüber konkurrenzunfähig machen. Die Maschinenarbeiter bewiesen aber an zahlreichen Beispielen, daß die Industrie da am meisten blüht, wo die Arbeitszeit am längsten ist; die öffentliche Meinung trat auf ihre Seite und die Schlacht wurde gewonnen. Heute, nach 25 Jahren, ist statistisch festgestellt, daß die englische Maschinenproduktion, weit entfernt, zurückzugehen, sich seit Einführung des Neunhundentages verdoppelt hat, und daß sie heute in relativ noch günstiger Lage sich befindet als 1871.

Italienische Banarbeiter haben in diesem Jahre dem Bauhandwerker zufolge in der Zahl von etwa 50 000 die Gotthardbahn passiert. — Es ist bekannt, daß die importierten italienischen Arbeiter leider noch meist als Streikbrecher sich gebrauchen lassen. Hier haben die organisierten Arbeiter noch viel Aufklärungsarbeit zu verrichten.

#### Soziales.

Die drakonischen Nachmittage, deren man sich bedient, um die Eisenbahnen abzuhalten, das gesetzlich gewährleistete Koalitionsrecht auszunutzen, sind bekannt. Wie es scheint, will man es nun außerdem auch mit einer Art „geistigen Kampfs“ gegen das Vordringen des sozialistischen Giftes in den Reihen der Eisenbahner versuchen. Dem Verbands der Eisenbahner Deutschlands

soll durch Gründung anderer Organisationen entgegenzuwirken werden. So ist gegenwärtig die Gründung eines allgemeinen Eisenbahnbeamten-Vereins für den Eisenbahn-Direktionsbezirk Bromberg mit dem Sitz in Bromberg im Werke. Nach dem Plane der Gründer soll der Verein, an dessen Spitze der Eisenbahnpräsident Pape steht, nicht allein die Bureaubeamten, die höheren sowohl wie auch die Subaltern- und Unterbeamten, sondern auch die Beamten des Fahrpersonals und die Werkstathtarbeiter, soweit sie bereits ein Jahr beschäftigt sind, umfassen. Auch in anderen Direktionsbezirken soll die Gründung solcher Vereinigungen in die Wege geleitet werden.

**Bergarbeiterschuh.** Der Handelsminister hat jüngst verfügt, es solle in jedem der preussischen Oberbergamtsbezirke eine Kommission berufen werden, welche Mittel und Wege vorschlagen solle, wie den immer mehr überhand nehmenden Unglücksfällen im Bergbau durch Stein- und Kohlenfall gesteuert werden könne. In die Kommission sind für den Oberbergamtsbezirk Dortmund eine Anzahl Knappschaftskassälteste und Bergdirektoren gewählt. Im Oktober soll die Kommission in Berlin zusammentreten, um zunächst ihren Arbeitsplan festzusetzen.

Auf Anregung des Mainzer Fabrikinspektors hat die hessische Regierung alle Staatsanwälte und sonstige Justizbeamten verpflichtet, in allen Straffachen wegen Verletzung gegen die in den §§ 16, 105b—h, 106—113, 115, 119a, 120—120a und 134a bis 139b der Gewerbe-Ordnung enthaltenen Bestimmungen dem zuständigen Fabrikinspektor den Inhalt der Strafbefehle oder die Urtheilsformel nach Eintritt der Rechtskraft mitzuteilen. Das ist ein erheblicher Fortschritt für die hessische Fabrikinspektion.

#### Gerichts-Beilage.

Salb nach dem Beginn des großen Streiks der Hamburger und Altonaer Hafenarbeiter nahmen Streikende im Auftrage der Zentral-Streikkommission Hausfassungen vor. Die Sammler baten mündlich um Unterstufungen für die Streikenden und verzeichnete die erhaltenen Beiträge auf den mitgeführten Listen. Diergegen schritt, auch in Altona, die Polizei ein, indem sie die Sammlung für eine öffentliche Kollekte erklärte, die der obrigkeitlichen Genehmigung bedürftig hätte. Die Zentral-Streikkommission ließ nunmehr ein Zirkular, in dem Häusern der Stadt Altona vertheilt, worin sie erklärte, die Sammlungen insolge des politischen Vorgehens derart zu reorganisiren, daß sie die Einwohner Altonas bitte, eine dem Anruf beigebrachte „Erklärung“ mit dem Namen und der Adresse zu versehen. Dem war hinzugefügt, die Erklärung würde am nächsten Sonntag wieder abgeholt werden. Die Erklärung selbst lautete:

„Solange Heder, Stauer, Gwerfängerbaase und die sonst theilhaftigen Arbeitgeber jede Einigung mit den streikenden Hafenarbeitern ablehnen, beantrage ich den Inhaber dieses Scheines, zur Inempfangnahme eines Unterstufungsbeitrages für die Streikenden jede Woche regelmäßig einmal zu mir in die unten angegebene Wohnung zu kommen. (Datum — Name — Adresse).“ In dem Einsammeln unterschiedener Erklärungen beteiligten sich unter anderen auch die Genossen Will, Bild, Schwarz, Müll, Meer, Robertsz, E. Thieszen, Passarge, Petersen und P. Thieszen. Sie wurden dafür vom Schöffengericht jeder zu 20 M. verurtheilt. Sie sollten durch unbefugtes Kollektiren eine Regierungs-Polizeiverordnung vom 31. Jan. 1892 verletzen. Die Verurteilung macht die Veranstaltung öffentlicher Kollekten von einer behördlichen Genehmigung abhängig. Das Schöffengericht führte aus, die Angeklagten hätten eine öffentliche Sammlung veranstaltet bzw. abgehalten. Wenn auch der erwähnte Anruf nicht von den Streikenden unmittelbar, sondern von der Zentral-Streikkommission erlassen sei, so wären doch die Angeklagten als Teilnehmer an der Veranstaltung der Sammlung anzusehen, weil sie die Einsammlung der Zahlungssprechern, die der Zahlung baarer Gelder gleichzuachten seien, besorgt hätten, und da sie auch als Streikende an den einlaufenden Geldern partizipirten. (Weiteres ist theilhaftig unrichtig; nur einer der zehn Genannten ist Hafenarbeiter.) Für strafschärfend erklärte das Schöffengericht, daß den Angeklagten bekannt gewesen sei, daß öffentliche Sammlungen zu gunsten Streikender die polizeiliche Genehmigung nicht erhielten. Und ferner, daß ihre Thätigkeit eine erhebliche Belästigung des Publikums hätte herbeiführen und dazu hätte beitragen können, einen durchaus unbedeutenden Druck auf Gewerbetreibende auszuüben, die mit den Streikenden in geschäftlicher Verbindung ständen. Das denkwürdige Urtheil ist vom Amtsrichter v. Dähling gezeichnet. In der Berufung wurde betont, die Angeklagten seien nur die Voten der Streikkommission gewesen und hätten keine öffentliche Sammlung „veranstaltet“; es läge höchstens eine nicht strafbare Weisung zu einer Uebertretung vor. Das Landgericht belieh es aber bei der Vorentscheidung und wies auch den Berufungseinwand als unbegründet zurück, daß die angelegene Verurteilung der Rechtsgiltigkeit entbehre. Ob der Ertrag der Sammlung den Angeklagten selbst zu gute kommen sei oder anderen, sei vollkommen gleichgültig. Ferner beschlagnahmte sich nun das Kammergericht mit der Revision der Angeklagten, die Rechtsanwältin Bieber vertrat. Aus der Revisionsbegründung ist folgendes bemerkenswerth: Die Annahme sei irrig, daß jeder der Angeklagten eine öffentliche Sammlung veranstaltet hätte. Schon der Inhalt des Zirkulars der Zentral-Streikkommission spreche dagegen. Die Angeklagten seien mit der Einsammlung der abgetrennten Erklärungen lediglich einem Auftrage dieser Kommission nachgekommen. Eine totale Verkennung der Begriffe „Veranstaltung“ und „Beihilfe“ liege in der Feststellung, daß in diesem Einsammeln ein eigener, selbständig im Werk gesetzter Entschluß, Mittel für einen bestimmten Zweck zu werben, seine Verthätigung finde. Hier wäre es nur zulässig, event. Beihilfe anzunehmen. Die Angeklagten seien bis auf einen gar keine Hafenarbeiter und sie hätten sich nur an ihrem arbeitsfreien Sonntage der Zentral-Streikkommission als Voten zur Verfügung gestellt. Sie seien also an der Sammlung gar nicht direkt beteiligt gewesen und könnten ebenso wenig als Veranstalter gelten, wie der bezahlte Voten irgend eines Komitees. Dann sei es ganz falsch, die gesammelten Scheine als „gelobte Zahlungssprechern“ hinzustellen. Sie enthielten bloß die Erlaubnis zum regelmäßigen Betreten der Wohnung. — In der Revision wurde weiter ausführlich der Nachweis zu erbringen gesucht, daß die erwähnte Verordnung keine Rechtskraft habe. Das Kammergericht wies die Revision zurück. — In einer anderen ähnlichen Sache gegen Westfalen und Genossen wurde die Vorentscheidung aus formellen Gründen aufgehoben und die Sache in die Vorinstanz zurückverwiesen.

Ein Vergehen gegen das Nahrungsmittelgesetz, wie es schwerer kaum gedacht werden kann, wurde dem Handelsmann Hermann Mohr, Ballisadenstraße 69, zur Last gelegt, welcher gestern vor der dritten Ferienkammer des Landgerichts I stand. Am 11. März d. J. brachte der Geselle Nebring, der bei dem Angeklagten in Arbeit stand, ein Stück Schweinefleisch nach dem Untersuchungsamt mit dem Vermerken, daß es ihm von seinem Meister übergeben sei mit dem Auftrage, es zur Wurst zu verarbeiten. Der Thierarzt Dormeyer, welcher es untersuchte, gab über die Beschaffenheit des Fleisches ein Gutachten ab, welches nicht wiedergegeben werden kann, da es die Fester mit Ekel erfüllen würde. Es bestand aus in fränkisch übergegangenen Fleischtheilen von Schweinen beiderlei Geschlechts, welche von Schlächtern sortgeworfen werden, auch wenn sie gesund sind. Im gestrigen Termine traten vier Gesellen als Zeugen gegen ihren früheren Arbeitgeber auf, die ein haarsträubendes Bild von der Unsauberkeit entrollten, die in dem Geschäft des Angeklagten herrschte. Mohr pflegte seine Einkäufe auf dem Viehhoft selbst zu besorgen. Zumeist habe er Abfälle gekauft, die er schon in zerleinertem Zustande nach Hause brachte und selbst ablad. Die Gesellen mußten dies Material dann in einem halbdunklen Raum zu Blut- und Leberwurst verarbeiten. Der sogenannte „Fleischwolf“

eine Maschine, die gedreht wird, zerleinerte alles. Einige Male habe Mohr Abfälle zur Seifenfabrikation ausgekocht, aber in demselben Kessel, in welchem die Wurst bereitet wurde. Der Geselle Nebring bekundete, daß der Angeklagte ihn einmal aufgefördert habe, von der frisch bereiteten Wurst zu kosten. Er habe es abgelehnt mit den Worten: „Den Dr... koste ich nicht!“ Der Sachverständige Thierarzt Dormeyer begutachtete, daß schon das Ekel erregende Aussehen des Fleisches einen krankhaften Zustand hervorgerufen konnte. Die Zeugen bekundeten noch, daß die Fleischabfälle stets während der Nacht gekocht wurden, damit die Nachbarschaft nicht belästigt wurde. Der zweite Sachverständige, Schlächtermeister Hermann Koch, hielt es für ausgeschlossen, daß ein Schlächtermeister sein Gewerbe in der Art betreibe, wie es seitens des Angeklagten, der sich lediglich mit der Wurstfabrikation befasse, geschehen sei. Der Staatsanwalt beantragte gegen den Angeklagten wegen seines ekelregenden und gemeingefährlichen Treibens eine Gefängnisstrafe von sechs Monaten, dreijährigen Ehrverlust und — damit das Publikum auch erfahre, welche Delikatesse der Angeklagte feilbiete — auch Veröffentlichung des Erkenntnisses. Der Vertheidiger bestritt, daß ein Vergehen gegen das Nahrungsmittel-Gesetz vorliege, weil der Angeklagte gewisse Theile von Schweinen zur Wurst verarbeitet habe. An und für sich sei dies — wenn das Fleisch nicht verdorben sei — nicht strafbar, wie es ja Leute gäbe, welche beispielsweise bei Gänsen und Enten diese Theile mit Vorliebe äßen. Er nehme auch an, daß der Geselle Nebring das fragliche Fleisch nicht aus der zur Wurstbereitung bestimmten Masse genommen habe, sondern daß der Angeklagte es zur Seifenbereitung habe verwenden wollen.

Der Gerichtshof erkannte auf vier Monate Gefängnis und Veröffentlichung des Urtheils durch eine hiesige Zeitung.

Der Prozeß gegen die Mörder der Anna Simon in Philippopol nimmt mit der Zeugenvernehmung seinen Fortgang. Der Gerichtshof wies den Protest der Vertheidiger gegen die Vereidigung einer Chaussonnetensängerin und des Vaters der Anna Simon zurück. Letzterer wurde jedoch nicht vereidigt. Die Zeugen bestätigen die intimen Beziehungen Boitschew's zu Anna Simon, sowie die Vaterschaft desselben und stellen fest, daß Boitschew der Anna Simon wiederholt kleine Summen zukommen ließ. Boitschew leugnet alles.

Er bezieht den Stadthauptmann Noveltsch des Verbrechens und behauptet, daß dieser, als er die Anna Simon außer Land bringen wollte, wohl in dem Glauben, ihm einen Gefallen zu erweisen, das Mädchen umgebracht habe. Noveltsch weist dies entschieden zurück. Boitschew bestreitet auch, mit der Gemordeten im Briefwechsel gestanden zu haben. Das Gericht hat jedoch einige Briefe aufgefunden, die untrüglich den Beweis erbringen werden, daß die Angaben unrichtig sind. Der Hauptangeklagte, Boitschew, benimmt sich auch in dieser Sitzung wieder in herausfordernder, frecher Weise. Boitschew hat vom Gefängnisse aus Briefe an den Fürsten und die Fürstin geschrieben. Diese Briefe sind aufgefunden worden und nicht an ihre Adressen gelangt. Die Anklageschrift thut ihrer keine Erwähnung. Sie werden auch im Prozesse voraussichtlich nicht erwähnt werden. Zahlreiche Personen in Philippopol haben jedoch diese Briefe gesehen und gelesen. In einem derselben beklagt sich Boitschew über Noveltsch und Bogdan Wassiljew, sie hätten ihre Sache nicht so gemacht, wie er — wie der Fürst ja wisse — beabsichtigt habe. Einen Brief an die Fürstin, die er ansetzt, sie möge ausfragen, daß er am kritischen Abend bei Hofe gewesen sei, unterschreibt er sonderbarer Weise einfach mit seinem Vornamen — „Detscho“.

#### Depeschen und letzte Nachrichten.

Wien, 23. Juli. (B. S.) Der „N. Fr. Pr.“ geht aus Konstantinopel folgende Meldung zu: Auf der Pforte ist ein Telegramm der Christen eingegangen, worin die Befriedigung über die Ernennung Dschavad Pascha's zum Generalgouverneur ausgedrückt und hinzugefügt wird, daß es ihnen besser erscheine, im ottomanischen Staatsverband zu bleiben, als in englische oder russische Hände zu fallen. Ferner wird der Sultan gebeten, die richtigen Maßregeln zur Ordnung der Dinge zu ergreifen.

Wien, 23. Juli. (B. S.) Die Kreditanstalt, der Bodenkredit-Bank-Verein und die Münchner Rückversicherung-Anstalt gründen eine große, alle Zweige umfassende österreichische Versicherungsgesellschaft unter dem Namen „Union“. Die Kreditanstalt wird das Konzeptionsgeschäft dieser Tage an die Regierung einreichen.

Wien, 23. Juli. (B. S.) Der Gemeinderath nahm heute ohne Debatte einstimmig folgenden Beschlus an: „Der Gemeinderath spricht seine tiefste Enttäuschung über die seitens der Regierung gegen das Recht der freien Meinungsäußerung des deutschen Volkes angewandten Maßregeln aus und giebt der Hoffnung Ausdruck, daß das deutsche Volk in unserem Vaterlande Oesterreich zum Schutze desselben den ihm ausgedrückten Kampf siegreich bestehen werde.“ Ein Antrag des deutsch-nationalen Gemeinderathes Tomanel, nach welchem der Gemeinderath der Stadt Wien bedauern, sich den Beschlüssen vieler deutschen Städte, die Arbeiten in dem ihnen übertragenen Wirkungsbereich nicht mehr auszuführen, nicht anschließen zu können, weil er gesetzlich daran verhindert sei, wurde der geschäftsordnungsmäßigen Behandlung zugewiesen.

Budapest, 23. Juli. (B. S.) Abgeordnetenhaus. Johann Hod (Nationalpartei) mißt die Schuld am Scheitern des Kompromisses dem Grafen Stefan Tisza bei, der immer störend dazwischen trete, so oft eine Verständigung zwischen den Parteien angebahnt werde. Wenn man draußen Wahlfreiheit und Pressfreiheit, innen die Redefreiheit unterdrücken wolle, müsse die Opposition standhaft kämpfen.

Budapest, 23. Juli. (B. S.) Prozeß Boitschew. 3. Tag. Drei als Zeugen vernommene Genarmen bestätigen, daß Anna Simon die ganze Nacht weinend vor dem Balais blieb in der Absicht, Boitschew zu sehen. Als sie am nächsten Morgen wiederkehrte, versprach ihr ein untergeordneter Bediensteter namens Petrow Kurabatiro ihre Angelegenheit mit Boitschew zu ordnen. Die beschuldigungslose Rosalia Lebista, eine österreichische Staatsangehörige, welche der Simon Hebeamandienste leistete, erkennt die Handschrift des Boitschew in dem deutschen Briefe an die Simon. Hieraus wird die Tochter der Lebista vernommen, welche dieselben Details bestätigt. Mittags wird die Verhandlung unterbrochen.

Paris, 23. Juli. (B. S.) „Figaro“ meldet: Dem König von Siam werden, trotz der Opposition einiger Kolonialabgeordneter, bei seiner Anwesenheit in Frankreich königliche Ehren erwiesen. Es verlaute, der König sei bereit, alle Konzeptionen zu machen, um die französischen-flamesischen Streitigkeiten zu schlichten.

Paris, 23. Juli. (B. S.) Vor der Panama-Kommission erklärte heute Henri Rochefort, er halte Cornelius Herz für einen Possenreißer niedrigster Art; Rochefort sagte ferner aus, er habe von Marcel Habert gehört, ein Abgesandter des Ministeriums der Auswärtigen Angelegenheiten habe sich kürzlich nach Bouconmouth begeben. Die Kommission beschloß, morgen Habert zu verhören.

Konstantinopel, 23. Juli. (B. S.) In den nächsten Tagen gehen 32 türkische Bataillone von Kavalla nach Kreta ab.

Konstantinopel, 23. Juli. (Meldung des Wiener Telegr.-Corresp.-Bureaus.) Der serbische Gesandte Georgewitsch machte auf der Pforte erneut erste Vorstellungen wegen der fortwährenden Einfälle über die serbische Grenze; hierbei theilte er mit, daß in Protoplje ein serbisches Bataillon stationirt sei, das Befehl habe, erneuerte Einfälle bis auf türkischen Boden zu verfolgen.

Athen, 23. Juli. (B. S.) Unter den griechischen Truppen in den Thermopylen grassirt der Typhus. Der Kriegsminister verfügt die Beurlaubung von 10 pCt. dieser Truppen.

Verlag von Max Bading in Berlin. Hierzu 2 Beilagen.

Literarische Rundschau.

Stammhammer, Josef, Bibliothekar des juristisch-politischen Vereines in Wien. Bibliographie der Sozialpolitik. Jena, 1896. Gustav Fischer. IV und 648 S. 20 Pf.

Herr Stammhammer hat seiner bei uns eingehend besprochenen Bibliographie des Sozialismus und Kommunismus eine Bibliographie der Sozialpolitik folgen lassen. Weitere Bände, die die Finanzwissenschaft, die Volkswirtschaftspolitik und die theoretische Nationalökonomie behandeln sollen, sind in Vorbereitung. Durch eine Subventionierung seitens des österreichischen Unterrichtsministeriums ist das Weitererschließen der Bände gesichert. Leider haben die zahlreichen Ausstellungen, die der erste Band bei der gesammelten sachkundigen Kritik gefunden hat, den Verfasser nicht veranlaßt, sein System zu ändern. Auch im vorliegenden Band finden sich zahlreiche Mängel. So dankenswerth die Anführung der Abhandlungen aus den Zeitschriften ist, so wenig verständlich ist die Auswahl, die getroffen wurde. Wir wollen uns bei diesen auch von anderen Rezensenten gemachten Ausstellungen nicht des Weiteren anhalten, uns bloß auf die Anregung beschränken, daß durch Hinzuweisung in den anderen Bänden erwähnte Autoren ein Zusammenhang innerhalb der von Stammhammer geplanten Bibliographie der gesammelten politischen Ökonomie geschaffen werden möchte. Nicht nur ergänzen sich die Angaben in den verschiedenen Bänden zum Theil, es wird auch bei Benutzung dieser Anregung erleichtert, über die gesammelten literarischen Leistungen eines Verfassers Aufschluß zu erhalten. Speziell die beiden ersten Bände von Stammhammer's Bibliographie hängen so eng zusammen, daß die Anwendung dieses Werkes den Benutzern viel Zeit und Mühe ersparen können. Stammhammer's Werk ist alles eher, als eine Musterleistung, es wird nur zu oft unvollständige Auskunft ertheilen, manchmal auch ganz im Stich lassen, trotzdem ist das Buch allen, die sich als Politiker, Schriftsteller, Redakteure u. s. w. eingehend mit den Fragen der Sozialpolitik befassen, aufs wärmste zu empfehlen. Ist es doch die einzige moderne Bibliographie dieses Gebietes und bietet sie doch bei allen Mängeln so viele Erleichterungen in der Sammlung des Materials, daß sich die Anschaffung des Werkes bald bezahlt macht.

Dem Autor wünschen wir aber im Interesse seines Werkes, daß er die Anregungen seiner wohlmeinenden Kritiker künftighin nicht so sehr in den Wind schlägt wie bisher. — B.

Martin, Rudolf, Die Ausschließung der verheiratheten Frauen aus der Fabrik. Eine Studie an der Textilindustrie. (Separatdruck aus der „Zeitschrift für die gesammte Staatswissenschaft.“) Tübingen 1897. Verlag der J. C. C. Neumann'schen Buchhandlung.

Der Verfasser dieser Studie hat im Jahre 1892 als Referendar am Amtsgericht Krimmischau im Anschluß an die amtliche Industriearbeiter-Zählung eine statistische Untersuchung über die Verhältnisse der eheweiblichen Arbeit in der Textilfabrikation jener Gegend angestellt. Das von ihm gesammelte Material giebt recht werthvolle Aufschlüsse nicht nur über die Ausdehnung der Fabrikarbeit verheiratheter und verheirathet gewesener Frauen in dem genannten Bezirk, sondern auch über die Ursachen und die schädlichen Folgen derselben (hohe Säuglingssterblichkeit u. s.). Zudem er zu seinen eigenen Feststellungen die amtlichen Zählungen und sonstigen privaten Untersuchungen in England und Deutschland hinzuzieht, gewinnt er ein ziemlich umfassendes Bild über die fabrikmäßige Frauenarbeit.

Soweit der Verfasser dieses Thatfachenmaterial durchforscht und zusammengetragen hat, ist seine Arbeit durchaus dankenswerth. Aber er wollte höher hinaus. Er wollte sozialpolitische Bewegungen verzeichnen. Und dabei ist er, wie wir meinen, selbst geblieben in die Irre gegangen. Nachdem er gesehen, wie schlimme Folgen die Fabrikarbeit der verheiratheten Frauen für diese selbst, für das häusliche Leben, für die Wirtschaftlichkeit des Mannes und des Hausstandes, für die Gesundheit und Erziehung der Kinder mit sich bringt, kommt er dazu, die Forderung aufzustellen: die verheiratheten und verheirathet gewesenen Frauen müssen aus der Fabrik hinaus, in das Haus zurück!

Das ist gewiß eine löbliche Forderung und wenn der Verfasser die biederliche Richtung sowie die Zentrums-Sozialpolitik rühmt, daß sie dieselbe vertreten, so läuft doch seine Arbeit in den resignirten Schluß aus, daß die von ihm erhobene Forderung erst durch den allmähigen sozialen und wirtschaftlichen Fortschritt vorbereitet sein müsse und daß dieser Fortschritt „eine Entwicklung von unberechenbarer Zeitdauer zur Voraussetzung hat, so daß die Ausschließung der beanspruchten Fabrikarbeit zur Zeit noch aus dem Kreis der Fragen der aktuellen sozialpolitischen Ausscheidung.“

Obwohl Herr Martin dies erkennt, so macht er doch der Sozialdemokratie einen Vorwurf daraus, daß sie nicht für dieselbe Forderung eintrete. Er erhebt da recht schrullige Vorwürfe gegen die Sozialdemokratie. „Nichts“, sagt er, „ist so sozialdemokratisch, als die Fabrikarbeit verheiratheter Frauen... Der Sozialdemokratismus kann, wenn er sein eigenes Wesen nicht aufgeben will, von der Fabrikarbeit verheiratheter Frauen niemals lassen. Und das genügt, um seinen Verfall zu sichern...“ Herr Martin scheint ja zu meinen, daß er mit dem Wesen der Sozialdemokratie tief vertraut sei. Und aber zeigen seine Ausführungen, daß er davon herzlich wenig erkannt hat. Allerdings vertritt die Sozialdemokratie keineswegs die Forderung der Beseitigung der eheweiblichen Fabrikarbeit. Sie macht den löblichen salto mortale des Herrn Verfassers nicht mit: Weil diese Arbeit so schlimme Folgen hat, so muß sie gänzlich beseitigt werden. Es scheint uns, als ob Herr Martin zu dieser Schlussfolgerung nur gekommen ist, weil ihm das reaktionäre Ideal einer Wiederherstellung des Kleinbürgerlichen

Familienidyll vor Augen schwebt. Wenn man ohne Voreingenommenheit an die gestellte Frage herantritt, so kann es sich nur darum handeln, die schlimmen Folgen der eheweiblichen Fabrikarbeit zu beseitigen, diese Arbeit so zu gestalten, daß sie mit den Anforderungen der Gesundheit und des Familienlebens harmonisirt. Denn wenn man sich auf den Standpunkt des Herrn Martin stellt, so wäre gar nicht abzusehen, warum nur, wie er will, die eheweibliche Fabrikarbeit verboten werden solle; warum nicht die weibliche Fabrikarbeit überhaupt, da die Ursachen zur Degeneration der Frau und der übergroßen Kindersterblichkeit schon in den Arbeitsjahren vor der Ehe gelegt werden? Warum nicht auch die Frauenarbeit außerhalb der Fabrik, insbesondere in der Hausindustrie, im Handwerk, sogar auch in der Landwirtschaft, wo es allenthalben an schlimmen Folgen der heutigen Arbeitsart nicht fehlt?

Der Herr Verfasser sollte sich also besonders in einer wissenschaftlichen Studie wohl hüten, derartige oberflächliche und unbegründete Polemiken gegen eine Partei zu führen, die gewiß wie keine andere für die Beseitigung der gesundheitlichen und sonstigen Schädigungen der verheiratheten Frauen nicht nur, sondern aller Arbeitenden eintritt.

Zacher, Dr. R., Geh. Reg.-Rath und ständiges Mitglied des Reichs-Vericherungsamtes, Leitender der Arbeiter-Vericherung des Deutschen Reichs. Neu zusammengefaßt für die Brüsseler Weltausstellung vom Reichs-Vericherungsamte in Berlin. 26 S. 4 statistische Tafeln und Diagramme. Berlin 1897. Verlag von A. Usher u. Cie. Preis 20 Pf.

Diese bekannte, in hunderttausenden von Exemplaren in deutscher, französischer und englischer Sprache, vornehmlich im Auslande verbreitete amtliche Darstellung der Leistungen der deutschen Arbeiterversicherung liegt nun bis auf die Gegenwart ergänzt in neuer Auflage vor. Der sich in Kürze über Zweck und Leistungen der deutschen Kranken-, Unfall-, Invaliditäts- und Altersversicherung informieren will, dem kann das gut ausgestattete Schriftchen empfohlen werden.

Freund, Dr. jar. Richard, Vorsitzender der Invaliditäts- und Altersversicherung-Anstalt Berlin. Was hat die deutsche Arbeiterversicherung im ersten Jahrzehnt ihrer Wirksamkeit für die Arbeiter geleistet? Drei Tabellen, 16 Seiten u. 80. Berlin 1897. Siemenroth u. Trojel.

Das Schriftchen verfolgt im wesentlichen den gleichen Zweck wie das vorangegangene. Es geht näher auf die Leistungen der Arbeiterversicherung ein und setzt die Kenntniß der Aufgaben derselben voraus. —

Anton, Dr. G. R., Privatdocent der Staatswissenschaften an der Universität Jena, Die Entwicklung des französischen Kolonialrechts, Vortrag, gehalten in der Gehe-Stiftung zu Dresden am 20. Februar 1897, 38 S. gr. 80 mit einer Karte und zwei Nebenarten. Dresden 1897. Verlag von John u. Jaensch.

Als begeisterter Kolonialpolitiker, Lobredner auf Jules Ferry und in so manchen Eingelassungen fordert der Autor zum Widerspruch heraus; trotzdem ist seine Studie den Interessenten zu empfehlen als ein guter und frisch geschriebener Ueberblick über die äußere Geschichte der französischen Kolonialpolitik. Aus den Schlüsselaussagen des Verfassers sei der folgende Satz angeführt: „Die Franzosen sind mehr als andere Kolonialvölker jenem schönen Ziele nachgekommen: zu kolonisiren, ohne mit den Anforderungen der Sittlichkeit in Widerspruch zu gerathen.“ —

Obst, Georg, Bankbeamter, Kapitalanlage und Werthpapiere. Ein Rathgeber bei Ankauf, Verwaltung und Aufbewahrung von Werthpapieren. Mit einem Anhange: Die Börse und ihre Geschäfte. 72 S. u. 80. Heilbronn a. N. 1897. Verlag von Schröder u. Co.

Was der Verfasser an nationalökonomischen Ansichten und Lehren äußert, so über Sparen, Kapitalbildung u. dergl., beweist, daß er in seinen Studien über die Nachbeter von Bismarck nicht herausgekommen ist. Die neuere Nationalökonomie scheint er nur vom Hörensagen zu kennen, sonst würde er Schmolzer sicherlich nicht als einen der bedeutendsten Statistiker der Gegenwart bezeichnen. Dieses Urtheil muß um so betrübender für den Gelobten sein, als der Lobpreiser selbst vom ABC der Statistik keine Ahnung hat, vergleicht er doch den Antheil der Deutschen an der Reichsschuld mit dem Antheil der Engländer und Franzosen an den Schulden ihres Vaterlandes. Daß in Deutschland der Antheil jedes Bundesstaates an der Reichsschuld, vermehrt um die Schulden des betreffenden Bundesstaates erst auf den Kopf der Bevölkerung zu vertheilen ist, wenn ein solcher Vergleich unternommen wird, weiß der gute Mann noch nicht.

Auch auf die Rathschläge des unter die Schriftsteller gegangenen Bankbeamten ist nicht viel zu geben, stellt er doch die Sicherheit der Anlagen von Oesterreich in eine Reihe mit denen von Mexiko. Der Rath, sich über die Sicherheit von Anlagepapieren beim Bankier zu erkundigen, kann recht gefährlich werden. So über allen Zweifel ist die Zuverlässigkeit, Objektivität und Uninteressiertheit des „Bankiers“ doch nicht erhaben, daß man solche Rathschläge verantworten kann.

Ein weiterer Mangel des Buches, das doch für Laien bestimmt ist, ist das Fehlen der Erklärungen technischer Ausdrücke, wie Lombard-Darlehen, Diskontirung, Ultimogeschäft. Auszudeckend ist seine Erklärung des Solowechsels; nicht zu billigen sein Rühmen der Prämienanleihen. Bei Besprechung des Kurszettels ist unterlassen worden, auf die Verschiedenheit der Einrichtung der Kurszettel an den verschiedenen Börsen hinzuweisen. Ungenügend ist der Hinweis, daß

die Kurse sich durch Angebot und Nachfrage reguliren. Angebot und Nachfrage sind bloß der Ausdruck tiefer liegender Ursachen. Wir haben uns bei diesem Buche, das übrigens ein vergleichsweise harmloses seiner weit verbreiteten Gattung u. s. w. länger aufgehalten, weil heute auch oft an Arbeiter, die in Verwaltungen von Krankenkassen, gewerkschaftlichen Organisationen u. s. w. thätig sind, die Frage der Kapitalanlage von Geldern herantritt. Im allgemeinen ist vor derartigen Werken zu warnen. Das vorliegende Buch erfüllt die Aufgabe, die sich der Verfasser im Titel giebt, nicht; vortheilhaft von Werken mit ähnlichen Titeln unterscheidet es sich dadurch, daß es nicht zum Würfelspiel anzuregen sucht. —

Der Kampf der Polizei gegen den Saalbau in Ganau. Ein Appell an das Rechtsbewußtsein der Einwohnerschaft Ganau's. 60 S. u. 80. Ganau, Verlag von Gustav Koch. Preis 20 Pf.

Der Zweck dieser Schrift sollte sein, an der Hand des authentischen Aktenmaterials der Offenlichkeit ein Bild von der Thätigkeit der königl. Polizeidirektion gegen den Ganauer Saalbauverein zu geben. Dies ist geschehen und damit ein sehr werthvoller Beitrag zur politischen und Kulturgeschichte unserer Tage gegeben worden. Gerade zur Zeit des Kampfes gegen die Vereins- und Versammlungsfreiheit der Arbeiter ist der altentworfene Nachweis, wie schon unter der Herrschaft des noch nicht verbesserten Versammlungsrechtes die Vereinigungsmöglichkeit der Arbeiter seitens der Behörden unterbunden wird, doppelt interessant. Das Schriftchen verdient es, gelesen und aufbewahrt zu werden. —

Hinter den Kulissen des Tausch-Prozesses. Enthüllungen von einem altenkundigen Politiker. 77 S. u. 80. Zürich, Casar Schmidt. 1,20 M.

Von Astenkenntniß des Verfassers, von Enthüllungen, von Blicken hinter die Kulissen, ja von irgend einer Aufklärung über den Prozess, seine Vorgeschichte und seinen Folgen ist nichts in dem Schriftchen zu finden. Zur Charakteristik der so sensationell aufgedruckten, aber gänzlich inhaltlos, im wesentlichen aus nebeneinander geliebten Zeitungsausschnitten bestehenden Broschüre genügt wohl die Bemerkung, daß die ganze Anlage auf die Autorschaft des Bismarck-begeisterten und großemwahnsinnigen Polizeispießes Sebaldt hindeutet. —

Die Sprachenverordnungen vom 5. April 1897. 51 S. u. 80. Prag 1897. Verlag des „Klubs der deutschen Landtags-Abgeordneten in Prag“.

Die Schrift enthält weder den Text der alten von Taaffe, noch den der neuen von Badien erlassenen Sprachenverordnungen. Wie schon der Verlag andeutet, ist die Schrift eine einseitige Darstellung vom liberalen Standpunkte. Nach einer Statistik des geschlossenen deutschen Sprachgebietes in Böhmen folgt ein eingehender Bericht über den Zeplyher (Deutsch-böhmischen liberalen) Parteitag vom 2. Mai 1897, der anlässlich der Sprachenverordnungen einberufen wurde und den Widerstand gegen die badien'sche Politik zu organisiren hatte. Den Schluß der Schrift bilden die Petitionen der Professoren an der deutschen Universität und an deutschen Polytechniken in Prag gegen die Sprachenverordnungen.

Die Schrift genügt nicht zu einer vollkommenen und unparteiischen Information über den Sprachenstreit in Böhmen, aber als Material hierzu ist sie von Werth. Freilich von dem, was uns am meisten interessiert, von dem wirtschaftlichen Untergrunde der Nationalitätenkämpfe und ihren sozialen Begleiterscheinungen, erfährt man rein gar nichts. An solcher Literatur ist überhaupt großer Mangel. Die sozialistische Literatur ist an solchen Schriften auch sehr arm, wir können, abgesehen von einigen Bemerkungen Kautsky's in der „Neuen Zeit“ und in seiner Einleitung zu Marx's nachgelassener „Schrift Revolution und Konterrevolution“, nichts anführen. Aus der überreichen bürgerlichen Literatur über die Nationalitätenfrage in Oesterreich wären als lesenswerth zu empfehlen: Bittelshöfer, politische und wirtschaftliche Gesichtspunkte in der österreichischen Nationalitätenfrage (Preussische Jahrbücher, Band 76 Heft 3), Herkner, Die Zukunft der Deutsch-Oesterreicher (Wien, Leopold Weiss, 1893, Preis 35 Pf.) und als Grundlage dieser beiden vorgenannten Arbeiten: Hainisch, Die Zukunft der Deutsch-Oesterreicher. Eine statistisch-volkswirtschaftliche Studie (Wien, Dentice, 1893, 3 M.).

Diekmann, Prof. A. G. Freitag's Reichsraths-Wahlkarte aller fünf Kurien von Oesterreich nebst statistischen Daten über die Wahlen von 1873 bis 1897. Verlag und Druck von G. Freitag u. Berndt, Wien VII/1. Preis 1 fl. 80. (1,70 M.).

Das Werkchen enthält sämtliche Wahlkreise aller fünf Kurien, kolorirt nach den Wahlergebnissen und bedruckt mit den Namen ihrer Vertreter. Ein genaues Verzeichniß der Abgeordneten mit Angabe der Partei-Angehörigkeit. Gruppierung des österr. Reichsraths nach politischen und nationalen Parteien von 1873—1897. Das procentuelle Stärkeverhältniß der Parteien nach den Wählerklassen bei den Wahlen 1891—1897. Die Vertheilung der Abgeordnetenmandate auf die einzelnen Kronländer. Die Höhe der durchschnittlich entfallenden Bevölkerungszahl eines Kronlandes auf einen Reichsraths-Abgeordneten. Die Summe der durchschnittlich entfallenden Gesamt-Steuerleistung eines Kronlandes auf einen Reichsraths-Abgeordneten. Einen Vergleich der direkten und indirekten Steuerleistung der einzelnen Kronländer im ganzen, sowie einen Vergleich der direkten und indirekten Steuerleistung der einzelnen Kronländer auf den Kopf der Bevölkerung.

Da die Aufmerksamkeit des Auslandes auf die Entwicklung der Verhältnisse in Oesterreich gelenkt wird, dürfte diese Karte als politisches Anschauungsmittel auf lange Zeit Werth behalten. —

Zur Frage der Betheiligung an den Landtagswahlen.

Einiges zur Abwehr.

In dem P. H. unterzeichneten Artikel in Nr. 158 des „Vorwärts“ finden sich einige Bemerkungen über die von mir in der „Neuen Zeit“ aufgestellte und vom „Vorwärts“ reproduzierte Tabelle von Landtagswahlen, Resultaten des Jahres 1893, die den Eindruck erwecken können, als sei ich bei Aufstellung der Tabelle mit durchweg ungenügender Sachkenntniß vorgegangen. So sagt P. H. hinsichtlich der von mir für Königberg gegebenen Zahlen: „Bernstein stellt es nun so dar, als ob der eine der... Abgeordneten der Stadt Königberg, der zweite... Königberg-Land vertritt, während er den dritten... offenbar nirgends unterzubringen weiß.“ Mit anderen Worten, ich habe nicht einmal gemerkt, daß Königberg Stadt, Land und der Bezirk Fischhausen zusammen einen Landtagswahlbezirk bilden.

Diese Annahme ist durchaus irrig. Sie ist wahrscheinlich dadurch hervorgerufen, daß der Seher meines Artikels, zweifelsohne verleitet durch meine nicht sehr deutliche Handschrift, irrthümlich in der Rubrik der Bezirke Königberg Stadt und Königberg Land trennte, statt einfach „Königberg Stadt und Land“ zu setzen. Daß mir aber die Natur des Wahlbezirks wohl bekannt war, erhebt P. H. daraus, daß ich die Zahl der gewählten Wahlmänner für Stadt und Land zusammen auführte. Ein Blick in die amtliche Liste, der meine

Zahlen entnommen, wird ihm zeigen, daß ein Irrthum wie er ihn voraussetzt, bei mir gar nicht aufkommen konnte. Zudem sage ich im Text des betr. Artikels ausdrücklich, daß auf meiner Liste alle Einzelwahlkreise fortgelassen sind.

Nun wird mir das Eingehen auf diese rein formelle Frage verzeihen, wenn man sich erinnert, daß ich in der angenehmen Lage bin, von jedem Gegner meines Vorschlages mir Unkenntniß von Dingen vorwerfen lassen zu müssen, über die ich nun so ziemlich ein Menschenalter leidlich unterrichtet bin.

Weiter sagt P. H., unter Bezugnahme auf die von mir für die Wahlkreise Westhavelland-Brandenburg und Zauch-Buckenwalde angegebenen Zahlen: „Was nützen uns denn die 7712 in Westhavelland-Brandenburg für den Reichstag abgegebenen Stimmen, wenn etwa in Zauch-Belzig hauptsächlich konservative Stimmen abgegeben sind!... Diese Möglichkeit hat Bernstein ganz außer acht gelassen.“

Zunächst sei darauf bemerkt, daß gerade die hier genannten Kreise mir besser bekannt sind, als irgend welche anderen preussischen Wahlkreise außerhalb Berlins. Gestützt auf das, was ich von ihnen weiß, habe ich von den 7768 Stimmen, welche der sozialdemokratische Kandidat bei der Reichstagswahl von 1893 im Kreise Zauch-Buckenwalde erhielt, 5400 dem Kreise Buckenwalde und 2300 dem Kreise Zauch zugewiesen. Es wird sich leicht feststellen lassen, ob ich darin so weit von der Wirklichkeit abgewichen bin. Ist meine Schätzung aber richtig, so können zu den 1893 in Westhavelland abgegebenen 7712 noch über 2000 in Zauch-Belzig abgegebene sozialdemokratische Stimmen und wir hätten für den aus diesen zwei Kreisen be-

stehenden Landtagswahlbezirk mit 10 000 Wählern der Sozialdemokratie zu rechnen.

Diese Möglichkeit wollte ich auf meiner Tabelle veranschaulichen. Daß ich diese Tabelle nur als Illustration, nicht als Beweis für eine These vorführte, glaube ich in meinem Artikel deutlich genug betont zu haben. Ein besseres Mittel, das Stärkeverhältniß der Parteien zu illustriren, als die Wahlfähigkeit haben wir nicht. Sie hat ihre großen Tücken, aber einen bedingten Werth wird man ihr nicht abschreiben können. Gewiß macht die öffentliche Stimmabgabe, die Umständlichkeit des Wahlakts und die Klaffenstellung der Wähler einen gewaltigen Unterschied zwischen Landtags- und Reichstagswahl, aber immerhin — die große Masse der Reichstagswähler sind auch Landtagswähler, und darum habe ich mich für berechtigt gehalten, die Reichstags-Wahlziffern der Sozialdemokratie neben die Landtags-Wahlziffern zu stellen.

P. H. meint nun ferner, ich berücksichtige nicht, daß die sozialdemokratischen Wähler in ihrer überwiegenden Mehrheit bei der Landtagswahl in der dritten Wählerklasse zu wählen haben würden, wo die Freistimmigen ohnehin vielfach die Majorität hätten. Das letztere scheint mir zweifelhaft; was das erstere anbetrifft, so gebe ich die „überwiegende Mehrheit“ zu, bin aber der Ansicht, daß der Prozentfuß sozialdemokratischer Wähler, der bei der Landtagswahl in der zweiten Klasse zu wählen hätte, darum doch keine so unbedeutende Menge darstellt. Wir wissen ja ganz gut, daß heute eine ganze Anzahl bürgerlicher Wähler bei der Reichstagswahl für sozialdemokratische Kandidaten stimmen, weil ihnen die anderen Oppositionsparteien nicht scharf genug sind. Gar mancher von ihnen würde sich freilich

Bei der Landtagswahl dies Vergnügen nicht leisten können, aber es giebt unter ihnen auch Leute, die aus ihrer Stimmabgabe gar keinen Hehl machen. Von den anderen würde, wenn die entsprechende Parole ausgegeben wird, ein großer Prozentsatz wenigstens für radikale Freisinnige stimmen, die schärfere Tonart im freisinnigen Lager verstärken können. Man kann sagen, sie werden es diesmal auch ohne die ausdrückliche Weisung thun. Möglich, aber sie werden, so lange die Masse der sozialdemokratischen Wähler fernbleibt, wenig ausrichten können. Wenn fallen sie nicht ins Gewicht, anders jedoch, wenn sie die Masse sozialdemokratischer Wähler neben sich haben.

Was wollen oder wünschen diejenigen, die die Theilnahme an der Landtagswahl bekämpfen? Ich verstehe es, wenn jemand sagt: sie schlimmer, um so besser. Je reaktionärer der Landtag, je gewaltthätiger die Reaktion, um so eher der Zusammenbruch. Demen, die so denken, möchte ich aber eines zu erwägen geben. Wie sich die Parteiverhältnisse in Deutschland entwickelt haben, könnte ein Zusammenbruch infolge übermäßigen Druckes der machthabenden Gewalten keine andere Partei als Auser bringen als die Sozialdemokratie. Ein bürgerlich-radikales Zwischenstadium ist unter dieser Voraussetzung ausgeschlossen. Wer aber nur ein wenig die Geschichte kennt, wird sich auch sagen können, daß eine Katastrophe, die damit beginnt, was ihr Ausgang sein sollte, durchaus kein unzweifelhafter Segen sein würde. Ich will aus dieses Thema, das ich demnächst in anderer Zusammenhänge zu behandeln haben werde, hier nicht weiter eingehen, diese Andeutung dürfte genügen, die Gefahr einer Argumentation darzutun, die populär sein mag, weil sie radikal klingt, die aber nach meiner Ueberszeugung nur rabiat ist und auf Selbstbetäubung beruht.

Es ist so ziemlich klar und allseitig zugegeben, daß der nächste Reichstag oppositioneller sein wird als der gegenwärtige. Das würde bei der jetzigen Verfassung der maßgebenden Regierungsfaktoren dieselben zur Befestigung des Reichstagswahlrechts auf dem Wege des Staatsrechts hindern, und mit einem reaktionären Landtag in Preußen würden sie es versuchen. Dann käme die deutsche Arbeiterklasse vor dem Entweder — oder. Das kann für die Staatsrechtler persönlich recht unerwünschte Konsequenzen haben, aber ich halte die ökonomische Entwicklung der Dinge in Deutschland nicht für derart, um überzeugt zu sein, daß das Ende von Liebe für die Sozialdemokratie ein unbedingt günstiges sein müßte. Im Interesse des deutschen Volkes im allgemeinen und der deutschen Arbeiterklasse im besonderen scheint mir eine weniger melodramatische Lösung vorläufig noch wünschenswerter. Dieser würde durch eine Verstärkung des demokratischen Elements im Landtage nachgeholfen werden können. Mit einer aus Zentrum, Freisinn und anderen oppositionellen Elementen bestehenden Landtagsmehrheit wäre eine Aktion gegen das Reichstagswahlrecht ziemlich zwecklos und nebenbei auch sehr erschwert.

Damit sollen Zentrum und Freisinn durchaus nicht idealisiert werden. Ich habe keinen Augenblick angenommen, daß diese Parteien die Dinge durch die sozialdemokratische Brille anschauen und nach sozialdemokratischen Grundrissen handeln werden. Es ist mir ganz gut bekannt, daß das Zentrum stark mit agrarisch-konserverativen Elementen durchsetzt ist, die ihr Herz zur antisemitischen konservativen Partei zieht, und daß, wenn der Freisinn zwischen Sozialdemokraten und Nationalliberalen zu wählen hat, ein großer Theil seiner Anhänger in den letzteren Blut von seinem Blut entdecken wird. Das kann bei der Zusammenfassung dieser Parteien gar nicht anders sein. Aber wie für die Individuen, so giebt es auch für die Parteien, wenn ich mich so ausdrücken darf, Grenzen ihrer Veranlagung zur Verrätheri. Innerhalb dieser Grenzen wird man von ihnen aller möglichen Unfälle gewärtig sein müssen, aber sie hinaus kann man, außer in ganz extremen Fällen, auf sie rechnen. Das Zentrum hat auf seine rheinischen und schlesischen Wähler Rücksicht zu nehmen, in deren Reihen es ein gut demokratisches Element giebt, und ist auch sonst durch seine Tradition vielfach gebunden. Die Freisinnigen aber wissen, daß sie ihre ganze Existenzberechtigung als Partei verlieren, sobald sie den Widerstand gegen das Junkertum in Industrie und Landwirtschaft aufgeben.

Das Zentrum ist bei der Landtagswahl in Preußen nicht auf die Sozialdemokratie angewiesen, so lange dieselbe dem Wahlkampf fernbleibt. Es geräth in vielen Kreisen von ihr in Abhängigkeit bezw. hat mit ihr zu rechnen, wenn sie ihn aufnimmt. Der Freisinn aber bringt es zu nichts, wenn die Sozialdemokratie ihm die nicht-latholischen radikalen Wählermassen vorantreibt. Darüber besteht wohl kein Streit. Was soll nun unter diesen Umständen geschehen? Bisher hat die Sozialdemokratie ihren Anhängern die Wahlenthaltung bei der preussischen Landtagswahl zur Pflicht gemacht, die Wahlenthaltung als Demonstration betrieben. Soll sie das 1898 wieder thun? Nach meiner Ueberszeugung würde die Partei durch Ausgabe dieser Parole einen großen Fehler begehen, und es scheint auch für Wahlenthaltung wenig Stimmung vorhanden. Die meisten Gegner der Wahlbeteiligung der Partei scheinen es vielmehr für der Sache am besten entsprechend zu halten, wenn die Partei zwar als solche nach wie vor dem Wahlkampf fernbleibt, es aber ihren Anhängern freistellt, unter bestimmten Bedingungen beziehungsweise bestimmten verpflichtenden Versprechungen für oppositionelle Kandidaten zu stimmen. Das wäre aber nach meinem Dafürhalten eine große Aufgabe. Hält die Sozialdemokratie eine Stärkung der Opposition im preussischen Landtage für wünschenswert, so darf sie es bei der bloßen Freigabe nicht bewenden lassen. Gerade ihr würde es dann geziemen, eine bestimmte Weisung auszugeben, ihre Wähler zur entsprechenden Aktion aufzufordern. Es wäre nicht nur politischer, es wäre auch einer großen Partei würdiger, offen und mit ganzer Kraft für das einzutreten, was das Interesse der von ihr vertretenen Klassen erfordert.

Sie kann dies ohne jede Gefahr einer moralischen Niederlage thun. Kein Mensch verlangt, daß die Sozialdemokratie beim „Kleinsten aller Wahlsysteme“ Erfolge wie mit dem Reichstagswahlrecht erzielt. Jeder weiß, welchen Zwang die offene Stimmabgabe einer großen Masse der Wähler aussetzt. Selbst ein Mißerfolg würde die Partei nicht entehren. Ich bin aber fest überzeugt, daß wenn die Partei will und mit Energie den Kampf aufnimmt, sie trotz aller Vergewaltigungen der Wähler durch Behörden und Borgebote mit ausdauernden Zahlen aus dem Kampf hervorgehen wird.

Man bestreitet mir, daß sich in der politischen Situation in Deutschland Aenderungen vollzogen haben, die eine solche Aenderung der Taktik rechtfertigen und von ihr irgend welche Erfolge erwarten lassen. Nun, wer nicht sehen will, der sieht eben nicht. Aber wenn man im „Vorwärts“ Berichte zu lesen bekommt, wie wenig denn aus Dahme, daß sogar in einem so abgelegenen, verpflegten Landstädtchen der Verdruß über die reaktionäre Regierungspolitik so groß ist, daß die Sozialisten, was sie seit Jahren nicht vermochten, wieder einen Saal zur Veranstaltung einer Volksversammlung erhalten konnten, dann wird es doch wohl erlaubt sein, eine hinlänglich starke Aenderung der Stimmung weiter Kreise des Bürgerthums anzunehmen, um die Frage einer veränderten Taktik bei der Landtagswahl für zeitgemäß zu halten. Ich habe in der „Neuen Zeit“ schon bemerkt, was ich von dem Schlagwort halte, man solle den preussischen Landtag verlassen lassen; darum hier nur soviel, daß es mir genau so viel werth erscheint, als wenn man der Partei vorschläge, die heutige Gesellschaft ruhig verkaufen zu lassen.

Es giebt Leute, die von einer Unterthürung der freisinnigen Partei bei der Landtagswahl eine Stärkung bezw. „Salvanisirung“ dieser Partei auf Kosten und zum Schaden der Sozialdemokratie befürchten. Aber erstens lassen die bisherigen Erfahrungen der Partei diese Furcht als wenig begründet erscheinen, und zweitens kann eine solche Entwicklung gerade durch eigenwilliges Verhalten auf einer als unwirksam erwiesenen Taktik herbeigeführt werden. Die sozialdemokratische Partei hat ihre Wähler nicht für ewige Zeiten verdrängt. Die Gegner der Wahlbeteiligung erkennen dies selbst an, wenn sie sagen, daß von ihr eine Irrführung oder Ver-

wirrung der Wähler der Partei zu befürchten sei. Wir wissen alle, daß sozialdemokratischer Wähler und Sozialdemokrat sich heute noch nicht überall deckt. Die Partei wird den ersten durch nichts leichter verlieren, als wenn sie den Eindruck erweckt, sie lasse ihre Taktik dadurch bestimmen, daß sie Selbstzweck und nicht Mittel zum Zweck sein wolle.

Zum Theil auch mit Rücksicht darauf möchte ich ihr noch einmal dringend ans Herz legen, die wichtige Frage der Landtagswahl-taktik ohne Rücksicht auf frühere Beschlässe, persönliche Empfindungen und lokale Nebereien mit den Freisinnigen eingehend zu prüfen. Es ist sicherlich nicht Nothwendigkeit, was mich veranlaßt, hier schon wieder zu diesem Punkt das Wort zu nehmen. Ich gestehe gern zu, daß dieser Schritt, den ich empfehle, große Bedenken gegen sich hat, daß noch vielerlei dabei zu erörtern ist, und daß diejenigen, welche diese Bedenken zur Sprache bringen, sich ein Verdienst um die Sache erwerben. Aber es ist meine feste Ueberszeugung, daß noch mehr Bedenken, wie gegen die Theilnahme an der Landtagswahl, gegen das Festhalten an der Wahlenthaltung sprechen, daß die Partei garnicht darum herumkommen wird, ihre bisherige Taktik in dieser Frage aufzugeben, und daß es sich in letzter Instanz hierbei nur noch um ein Früher oder Später handelt. Später ist aber gleichbedeutend mit Versteppung, während doch die erste Pflicht der Partei darin besteht, zur rechten Zeit in den Gang der Ereignisse einzugreifen.

Unleugbar, das preussische Landtags-Wahlrecht ist ein widerliches, die abstoßendste politische Waffe, die man sich denken kann. Aber eine Partei, die den Anspruch erhebt, die größte treibende Kraft im modernen Staatswesen darzustellen, muß die Fähigkeit besitzen, gegebenenfalls auch die schwerfälligste, widerwärtigste Waffe zu benutzen, sofern dieselbe ihr nur einen Griff darbietet, woran sie zu packen. Der Griff wenigstens fehlt dem Landtagswahlrecht nicht, und wenn ein starker Arm sich seiner bemächtigt, ein Arm, der geleitet wird durch einen klaren Kopf und einen kräftigen Willen, dann läßt sich jedenfalls mehr ausrichten, als wenn man im Vertrauen auf die allmächtige, alles von selbst ausrichtende Entwicklung nach dem Muster des edlen Ritters Loggendorf verfährt:

„Und dann leg' er froh sich nieder,  
Schief getrostet ein,  
Still sich freuend, wenn es wieder  
Morgen würde sein.“

London, im Juli. Ed. Bernstein.

### Kommunales.

Der Magistrat versendet soeben das in seinem Auftrage verfaßte und getruckte Verzeichniß der Friedländer'schen Sammlung zur Geschichte der Bewegung von 1848. Es ist ein stattlicher Band in Großformat von etwa dreihundert Seiten und umfaßt die aus dem Nachlaß des Dr. med. Friedländer (gestorben 1892) dargebrachte Sammlung, die im wesentlichen eine Literatur des liberalen Reformgeistes in Deutschland bis zum Jahre 1896 ist. Den Mittelpunkt bilden die literarischen Quellen zur Geschichte der Jahre 1848 und 1849 in Berlin und zu den preussischen Verfassungskämpfen, daran schließen sich die Vorgänge der Frankfurter National-Versammlung sowie die Bemühungen um eine freie Reichs-Versammlung, endlich die mannigfachen Äußerungen fortschrittlicher Bestrebungen aus den vorhergehenden Jahrzehnten. Unter diesen sind die freien Mitteilungen im freilichen Leben, die besonders in den dreißiger und vierziger Jahren auftraten, nicht vergessen, ebenso ist den Anfängen des Sozialismus in Deutschland eine Stelle eingeräumt. Da die liberale Partei, den Deutschen Schleswig-Holstein und den Polen politische Freiheit und Selbstständigkeit zu erringen, sympathisch gegenüberstand, so haben Friedländer die Literatur über die Entwicklung der schleswig-holsteinischen und polnischen Frage mit in den Rahmen seiner Sammlung auf. Bei dem ersten Ziele seines Sammlerthums, die geschichtlichen Zeugnisse für die Vorgänge von 1848 und 1849 (Zeitschriften, Broschüren, Flugblätter, Zeitungen, gedruckte Maueranschläge, Abbildungen) zusammenzubringen, gelangte der unermüdete Friedländer zu einer Vollständigkeit, wie sie sonst wohl in keiner öffentlichen Bibliothek geboten wird, dagegen weisen andere Abschnitte Lücken auf. Der soeben veröffentlichte Katalog kann als ein außerordentlich werthvolles Hilfsmittel für eine eingehende Geschichte der Bewegung von 1848 und deren Verbreitung bezeichnet werden. Um das Andenken des verdienstvollen Sammlers zu ehren, hat die Verwaltung der Magistratsbibliothek jede Nummer der Sammlung mit einem Exemplar versehen lassen, das unter dem städtischen Wappen die Bezeichnung: „Aus der Stiftung des Dr. George Friedländer“ trägt.

Auf Vorschlag der städtischen Deputation und der städtischen Baukommission hat das Magistrats-Kollegium beschlossen, bei der Aus schmückung der neuen Volkshalle Brücke durch Figurengruppen die Erscheinung und Wirkung der Elektrizität zur Darstellung zu bringen. Diese Gruppen würden darzustellen haben:

- a) die wissenschaftliche Beschäftigung mit der Elektrizität,
- b) die elektrische Telegraphie,
- c) die Anwendung der Elektrizität als motorische Kraft beziehungsweise Beleuchtung,
- d) die Verbindung der Elektrizität mit der Photographie.

Als Repräsentanten der Spezialgebiete werden Helmholz, Gauß, Werner Siemens und Möntgen in Aussicht genommen. Die Ausführung soll ohne Verzug nunmehr erfolgen.

### Lokales.

Der Feldzug gegen die Droguisten ist eröffnet. Die viel-erörterte Verordnung vom 10. Mai ist am 1. Juli in Kraft getreten. Die Bezirksphysici, die bisher in Begleitung eines Apothekers die Revisionen der Droguengeschäfte abhielten, sind durch zwei Chemiker, ehemalige Apotheker ersetzt worden, die am 15. d. M. ihr Amt angetreten haben. Gewöhnlich erscheinen diese Herren in Begleitung eines uniformirten Schutzmannes, und werden während der Revision nicht selten überhaupt die Geschäftsräume geschlossen. Fast jede Büchse und Flasche wird auf ihren Inhalt geprüft. Waaren, die nicht in fest verschlossenen Büchsen, Flaschen oder Kästen, also in Däsen oder, wie es bei Kräutern gewöhnlich geschieht, in Säcken aufbewahrt werden, werden beanstandet, was eine Strafe von 10 bis 30 M. nach sich zieht. Nur von der Erfüllung der Vorschrift, daß die Gefäße eine deutsche Aufschrift tragen müssen, wird vorläufig abgesehen. Die Durchführung dieser Bestimmung soll erst am 1. Januar beginnen, aus dem einfachen Grunde, weil sie früher nicht möglich ist. Um so rücksichtloser wird mit den Waaren verfahren, die der Droguenhändler nicht führen darf, wie Habarber, Brustthee, Säuerungen, Kolloidum, Salicylsäure. Vor den Augen des Delinquenten werden sie einfach in die Wasserleitung oder in den Abflüssen geschüttet oder wenn ein Droguist gegen dieses summarische Verfahren protestirt, dem Schutzmann zur Uebermittlung an die Vernehmungsstation des Polizeipräsidiums übergeben.

Wenn sich die Thätigkeit der Behörde darauf beschränkte, verdorbene und schlechte Waaren zu konfiszieren, so könnte man gegen eine solche Maßnahme wenig einwenden, sie entspräche derselben Aufgabe, das Feilbieten von verdorbenen Nahrungsmitteln zu verhindern und zu bestrafen. Hier geht aber die Befugniß der Behörde weit über dieses Maß hinaus. Als gelegentlich der Beratung der Novelle zur Gewerbeordnung die Regierung strenge gesetzliche Bestimmungen gegen den Droguenhandel verlangte und der Reichstag — wenn auch in etwas gemildeter Form — leider diesem Verlangen nachkam, wurden vielfach im Reichstag Wünsche laut, die bisherige Verordnung, die den Verkauf sogenannter indifferenten Mittel in sehr eingeschränkter Weise den Droguengeschäften gestattet, möchte dahin erweitert werden, daß überhaupt die Medikamente der Handverkaufstage (Mittel, die in Apotheken ohne

Rezeptur verabfolgt werden) gänzlich freigegeben werden. Dem Regierungsrath erfolgte eine Antwort, die annehmen ließ, daß man geneigt sei diesen Wünschen entgegenzukommen. Nun hat aber die neueste Verordnung den bisherigen Zustand noch verschlimmert. So ist es geradezu unheimlich, daß in Droguen-Geschäften nunmehr eine verbotene Karbolsäure verkauft werden darf, aber ausdrücklich nur zum Gebrauch für Vieh. Der Droguist muß also den Kunden höflich fragen: Gebrauchen Sie das verbotene Bittersalz für das Vieh oder wollen Sie es selbst einnehmen? Weib der Kunde das letztere an, dann kann der Verkäufer das Mittel nicht geben. Ist der Kunde mit der Verordnung bekannt und ertheilt er den Befehl: Ja, ich brauche es für mein Vieh, dann kann ihm der Droguist Bittersalz ruhig verabfolgen. Aber er kann nicht verhindern, daß der betreffende Käufer demnach vor seinen Augen das Abfährmittel einnimmt. Der Verordnung ist genüge geschehen. Unzweifelhaft werden mit solchen Vorschriften die unerträglichsten Polizeipfändereien entstehen. Das Publikum hat von diesen Dingen absolut keinen Vortheil. In weit auseinanderliegenden Ortschaften ist in vielen Fällen ein Droguengeschäft weit eher zu erreichen, als eine Apotheke, da diese Geschäfte, weil sie nicht auch andere Artikel führen, auch in dünnbesiedelten Gegenden weit eher besuchen können, wie Apotheker. Wie nöthig ist aber manchmal der Gebrauch eines ganz einfachen Hausmittels. Künftig muß man alle diese Dinge aus der Apotheke holen und nicht selten theuer bezahlen. In der Qualität dürfte aber kaum ein Unterschied sein, da heute große Gemische karbolen diese Arzneimittel für den Zwischenhandel in Masse in den Verkehr bringen und Apotheker wie Droguist hier ihre Waaren beziehen. Die vielen Uebertretungen, die den Droguisten zum Vorwurfe gemacht werden, sind nur eine Folge solcher Polizeimaßnahmen, die beim besten Willen gar nicht unterhalten werden können. Und wenn hier und da von den Droguisten urtheilt die Regierung ausgesetzt würde, so werden diese Dinge heute schon ziemlich empfindlich bestraft; und es braucht nur darauf hingewiesen zu werden, daß auch in den Apotheken nicht alles tadellos funktioniert; sind doch in letzter Zeit wiederholt Fälle vorgekommen, wo schwere Fehler bei der Zusammenstellung der Medicamente den Tod des Kranken herbeiführten. Die ganze Verordnung läuft auf eine Begünstigung der Apotheken hinaus, wenn es auch nicht der ausgesprochene Zweck ist, so kann die Wirkung keine andere sein. Und dazu dürfte wohl wenig Stimmung in der Bevölkerung vorhanden sein, die durch Privileg schon so geschädigt, mit ungeheuren Profitten arbeitenden Apothekensbesitzer noch weiter zu begünstigen. Die Befestigung gerade dieses Privilegs würde den Bezug der Medicamente um ein Enormes verbilligen und den Krankenlassen in Deutschland jährlich Hunderttausende ersparen, die sehr zum Nutzen der Kranken in anderer Weise verwendet werden können. Die Lösung dieser Frage harret seit Jahren ihrer Erledigung zum Schaden der großen Zahl versicherungspflichtiger Arbeiter.

Gegen die Beschäftigung schulpflichtiger Kinder in Fabriken oder dergleichen wendet sich eine Verfügung der Regierung. Abtheilung für Kirchen- und Schulwesen, zu Frankfurt a. O. Wie ein Berichterstatter meldet, ist es mehrfach vorgekommen, daß Lehrer oder Rektoren Kindern noch schulpflichtigen Alters Erlaubnißscheine ausgefertigt haben, in denen die Beschäftigung der betreffenden Kinder in Fabriken oder diesen gleichgestellten Anlagen in irgend einer Form gestattet wird. Dies erklärt die Regierung für absolut unzulässig und sie untersagt daher den Lehrern, Rektoren und Schulspektoren ganz allgemein wie unbedingt, solche Erlaubnißscheine fortan auszustellen. Dieselbe sei nur dazu angehen, Angelegenheiten zu bewirken, welche für die Arbeitgeber auch nachtheilige Folgen haben könnten, da diese sich durch die Beschäftigung von Schulkindern trotz jener Erlaubnißscheine kräftig machen. Dem das Gesetz betreffend die Aenderung der Reichs-Gewerbe-Ordnung bestimmte im § 135 ausdrücklich, daß Kinder unter 13 Jahren in Fabriken überhaupt nicht beschäftigt werden dürfen, Kinder aber 13 Jahre aber nur, wenn sie nicht mehr zum Besuch der Volksschule verpflichtet seien. Hiernach dürfen in Fabriken und gleichgestellten Anlagen nur solche Kinder beschäftigt werden, die über 13 Jahre alt seien, ihrer Schulpflicht vollständig genügt hätten und ordnungsmäßig aus der Schule entlassen seien. Und sie hierüber durch das ihnen in jedem Falle zu ertheilende Schulentlassungsgenugniß sich auszuweisen in der Lage seien, so solle jede Veranlassung zur Ausstellung besonderer Erlaubnißscheine für Fabrikarbeit weg. Etwas auf die Gewährung derselben gleiche Anträge und Gesuche seien daher, von welcher Seite sie auch kämen, in jedem Falle abzulehnen.

Gegen den Anarchisten Tempwof ist der Verhandlungs-termin wegen Anreizung zum Klassenhaß auf den 24. d. M. vor dem Landgericht I angelegt worden. Es handelt sich um Verfamulungsredes, die der seitdem in Untersuchungshaft befindliche Angeklagte mit Bezug auf die Zentenerfeier gehalten.

Eine Vorrichtung zur Aethmung in Räumen, die mit schädlichen Gasen angefüllt sind, „Pneumatophor“ genannt, für den Dienst von Feuerwehmannern, Bergleuten und andere, hergestellt von Direktor Rud. Ritter v. Wächter, Prof. Dr. Gustav Fritner und Kaufmann Gustav Wenda zu Wien, wurde am Mittwoch früh auf der Hauptfeuerwache in der Lindenstraße durch den Berg-Ingenieur Hugo Höpfer vorgeführt und dann im Beisein des Branddirektors Giersberg und einer Anzahl von Aerzten und Ingenieuren von zwei Oberfeuerwehmannern benutzt. Die Anordnung zur Herstellung gab die furchtbare Dynamitexplosion im Hoheneggerschacht am 16. März 1896. Im Gegensatz zu den gewöhnlichen Rauchhelmen und Rauchmasken, denen komprimirte Luft zugeführt werden muß, macht der „Pneumatophor“ den Mann von solcher Zubereitung unabhängig und ermöglicht das Eindringen in Räume, die mit Schwaden, Gasen oder Rauch angefüllt sind, ohne daß man stets ängstlich auf die geschickte Luftzuführung Bedacht nehmen muß, auch dann, wenn befürchtet werden muß, daß der Nachzug verstopft werden könnte. Der Apparat ist nach seinen einzelnen Theilen etwas schwer zu erklären, im Gebrauch aber einfach und handlich. Er besteht im wesentlichen aus einem Aethmungsbeutel, einer Sauerstoffflasche, einem Augenapparat, einer Nasentrommel, einer Papiertasche und einer Schutzbrille. Verpact ist der Apparat mit allem Zubehör nur 85 Centimeter lang, 20 Centimeter breit und 10 Centimeter dick. Beim Gebrauch gelangt nach Oeffnung eines Ventils der in der Flasche befindliche Sauerstoff in die Lunge. Bei Arbeiten in schlechter Luft genügt der Sauerstoff für mindestens 30 Minuten. Die Handhabung ist, wie die „Postische Zeitung“ berichtet, einfach. Die beiden Ober-Feuerwehmannern hielten sich jeder längere Zeit in einem verqualmten Raume auf, das Alkamen verbranntes Sauerstoffes hatte keinen Nachtheil im Gefolge. Für Feuerwachen und für das Arbeiten in Gruben und Gängen scheint der Apparat von großem Werth zu sein. Die Patentinhaber der Berliner Feuerwehr einen solchen Pneumatophor überlassen.

Der Betrieb der Nachtomnibusse, der infolge des großen Brandes in der Chausseestraße eine Zeit lang hatte eingestellt werden müssen, weil der Gesellschaft durch den Brand ein bedeutender Schaden an Pferden, Wagen und Geschirren zugefügt worden war, ist jetzt in seinem vollen Umfange wieder aufgenommen worden, nachdem vor Kurzem die Verhandlung mit der Hamburg-Bremer Feuerversicherungs-Gesellschaft, welche den Brandschaden zu decken hat, beendet und die vielen verbrannten Pferde durch neue ersetzt, auch die beschädigten Wagen reparirt worden sind. Es verkehren also jetzt wieder die Nachtomnibusse auf den Linien Liefenstraße — Wellcallenstraße — Stettiner Bahn — Schöneberg und Lohowstraße — Alexanderplatz genau in derselben Weise wie früher. Von den ungefähr 35 durch den Brand nur beschädigten, aber nicht getödteten Pferden, die hauptsächlich durch die starke Rauchentwicklung gestitten haben, sind nur wenige für den schweren Omnibusdienst wieder tauglich geworden. Die der Gesellschaft gehörende einzige Loge-Linie Kottbusser Thor — Neues Thor, welche erst vor einigen Monaten eingerichtet worden war, und auf welcher der Verkehr infolge des Brandes ebenfalls hatte eingestellt werden müssen, kann erst in einiger Zeit wieder eröffnet werden.



**Frau auf;** wenden Sie sich an ihn mit dem Antrag, die Ausschlagung und Herausgabe zu bewirken. — **K. P. 3.** Im Sommer nächsten Jahres. — **G. 26. 87.** Die Gebührenordnung für praktische Ärzte beim Besuche folgender Gebührensätze: Der erste Besuch des Arztes beim Kranken kostet 2 bis 20 M., der folgende im Verlauf derselben Krankheit 1 bis 20 M. Die erste Konsultation in der Wohnung des Arztes 1 bis 10 M., jede folgende auf dieselbe Krankheit bezügliche 1 bis 5 M. Sind mehrere zu einer Familienangelegenheit gehörige Personen zu behandeln, so ermäßigt sich der Gebührensatz für jede folgende Person auf die Hälfte der angegebenen Sätze. Für Besuche, die auf Verlangen des Kranken sofort oder zu einer bestimmten Stunde gemacht werden sollen, kann eine höhere Gebühr berechnet werden. Für Krankheitsberichte sind 3 bis 10, für Untersuchungen 9 bis 30, für Bescheinigungen 2 bis 5, für Entbindungen 10 bis 40, für Partosen 5 bis 15, für besondere Operationen Sätze bis 100 Mark in der Gebührenordnung festgesetzt. — **V. 23. 26.** Nur Annahme von Kautenzahlungen ist die Gläubigerin (außer bei Beschießungen) nicht verpflichtet. Sie können ihr aber den Eintritt zu ihrer Wohnung verbieten: ein Recht zum Zinsen in ihrer Wohnung steht ihr nicht zu. — **G. 23. 1000.** 1. Für die verschiedenen Teile Deutschlands, auch innerhalb derselben Provinz, bestehen sehr verschiedene Erbverfallsregeln. 2. Ihre Frage ist ohne nähere Kenntnis der Orte, an denen der erste Wohnsitz nach der Ehefrau genommen und an denen der Erbverfall erfolgt ist, nicht zu beantworten. — **K. 2. 1.** Die gesetzliche Kündigungsfrist für Handlungsgehilfen beträgt, falls nichts anderes vereinbart ist, sechs Wochen zum ersten des Quartals, 2. Rechn. — **G. 2. 100.** Ob und welche Kündigungsfrist zutrifft, hängt von der Art der Stellung ab. Liegt ein gewerbliches Verhältnis vor, so beträgt die Kündigungsfrist 14 Tage, für das eines Handlungsgehilfen und eines städtischen Gehilfen 6 Wochen zum 1. des Quartals, für andere Verhältnisse andere Fristen. Sehen Sie also eventuell auseinander, um welche Art Stellung es sich handelt. — **G. 2. 17.** Die Verlobten setzen zunächst ein genaues Verzeichnis des Vermögens der Braut auf und begeben sich dann beide mit dem Verzeichnis zum Amtsgericht. Dort erklären beide ihre Absicht, sich heiraten zu wollen, der Bräutigam anerkennt ferner, daß das im Verzeichnis stehende seiner Braut gehört, versichert auf sein künftiges ehemännliches Nießbrauch- und Verwaltungsrecht auf sein künftiges selbständig erworbene Vermögen zu verzichten. Durch solchen gerichtlichen Vertrag wird die Frau am sichersten gestellt, — auch ohne denselben leben aber hier die Eheleute außer Gütergemeinschaft. Die

Höhe der Kosten für den Vertrag richtet sich nach der Höhe des Vermögens. — **K. 6. 99.** 1. Die Voraussetzungen für Erlangung einer Altersrente sind: 1. Vollendung des 70. Lebensjahres. 2. Zurücklegung von 1410 Wochen Beitragszeit. Diese Beitragszeit vermindert sich für die vor dem 1. Januar 1881 Geborenen, falls sie nachweisen, daß sie in der Zeit vom 1. Januar 1888 bis 1. Januar 1891 mindestens 141 Wochen hindurch in einem Arbeitsverhältnis gestanden haben, welches die Versicherungspflicht begründet hätte, wenn damals schon das Arbeitsgesetz bestanden hätte. Die Verminderung der Beitragszeit beträgt (sozial Beitragsjahre und Beitragswochen, als der betreffende am 1. Januar 1891 an Jahren und Wochen das 40. Lebensjahr überschritten hatte. Jedes Jahr rechnet aber nur 47 Wochen. Beispiel: August ist am 9. Januar 1891 geboren. Also war er am 1. Januar 1891: 57 Jahre und 8 Tage alt. Sein Lebensalter übersteigt mithin am 1. Januar 1891 40 Jahre um 17 Jahre und eine volle Woche. Die Beitragszeit von 1410 Wochen vermindert sich also für ihn um 17 x 47 + 1 = 799 + 1 = 800, beträgt also 610 Wochen. 2. Ja. 3. Vom Parier. — **H. 2. 25. G. M. 52. Varieties.** 1. Die Dampfmaschinen sind im Lokalen Teil erörtert. — **H. 2. 25. G. M. 52. Varieties.** Die Dampfmaschinen sind im Lokalen Teil erörtert. — **H. 2. 25. G. M. 52. Varieties.** Die Dampfmaschinen sind im Lokalen Teil erörtert. — **H. 2. 25. G. M. 52. Varieties.** Die Dampfmaschinen sind im Lokalen Teil erörtert.

alle vier, bei beweglichen alle zwei, bei Dampfmaschinen alle zwei Jahre statt. Proben auf Wasserdruck müssen bei feststehenden Maschinen alle acht, bei den übrigen alle sechs Jahre vorgenommen werden.

**Briefkasten der Expedition.**

R. Bro Inverat 1,80 M. netto.  
**Gruber, Bubach.** Das Postabonnement ist billiger als unter Kreuzband. Der von Ihnen für jede Nummer zu zahlende Kreuzer ist die in Oesterreich-Ungarn erhobene Zeitungstempel-Gebühr.

**Witterungsübersicht vom 23. Juli 1897.**

Stationen.	Barometer-stand in mm, reduziert auf d. Meereshöhe.	Windrichtung.	Windstärke (Scala 1-12)	Wetter.	Temperatur nach Celsius (70° F. = 10° C.)
Eutinmünde . . .	760	SW	4	halb bedeckt	18
Hamburg . . .	757	SW	5	Regen	15
Berlin . . .	761	SW	2	wolfig	17
Lübeck . . .	764	SW	1	bedeckt	17
München . . .	768	SW	4	bedeckt	15
Wien . . .	—	—	—	—	—
Saparanda . . .	758	SW	0	heiter	19
Verderburg . . .	—	—	—	—	—
Gotha . . .	764	SW	3	bedeckt	17
Merdeben . . .	763	SW	1	bedeckt	16
Paris . . .	767	SW	1	heiter	16

**Wetter-Prognose für Sonnabend, den 24. Juli 1897.**  
 Ein wenig wärmer, theils heiter, theils wolfig, mit etwas Regen und mäßigen südwestlichen Winden.  
 Berliner Wetterbureau.

**Heute**

# Grosses Sommer-Fest

in der „Neuen Welt“, Hasenhaide

arrangirt von den

## Parteigenossen des 3. Berliner Reichstags-Wahlkreises.

Zu recht zahlreichem Besuch ladet ergebenst ein

213/13 **Das Komitee.**

### Allgem. Kranken- u. Sterbekasse der Drechsler und Berufsgenossen (E. d. 86 Hamburg).

## Mitglieder-Versammlungen

finden statt:

- Für Bezirk A. am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Nowack**, Mantelstraße 9.
- Für Bezirk B. am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Krüger**, Reichensbergerstraße Nr. 16.
- Für Bezirk C. am Sonntag, den 25. Juli, vormittags 10 Uhr, bei **Grube**, Mariendorferstraße 5.
- Für Bezirk D. am Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, bei **Babiel**, Rosenthalerstraße Nr. 57.

Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftliches. 2. Berichtspräsidenten-Rollenbericht pro 2. Quartal 1897.  
 3. Verschiedenes.  
 Die Zahlstellen, in welchen an jedem Sonnabend Abend von 8-10 Uhr neue Mitglieder (bis 45 Jahren) aufgenommen werden, befinden sich Raunowstraße 78 bei **Böcker**, Andreasstraße 15 bei **Reumann**, Reichensbergerstraße 24 bei **Rieburg**, Stallstraße 66 bei **Krause**, Alte Jakobstraße 69 bei **Venz**, Mariendorferstraße 5 bei **Grube**, Eissastraße 11 bei **Kada**, Georgenstraße 26 bei **Saar**.

**Die Ortsverwaltungen.**

## Verband der Möbelpolirer.

Montag, den 26. Juli, abends 8 1/2 Uhr, Admiralsstraße Nr. 18c:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Der Kommunität im Altertum. Referent Kollege **Händel**.  
 2. Diskussion. 3. Berichtspräsidenten-Rollenbericht pro 2. Quartal zum Sommerfest im Schweizer Garten am Sonnabend, den 21. August.  
 Anfang der Spezialitäten-Vorstellung Donnerstag 4 Uhr. Im Saale Tanz. Der Vorstand.

## Zentral-Krankenkasse der Buchbinder

(Verwaltungssitz Berlin).

Am Sonnabend, den 24. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr, in **Cohn's Festsaal**, Beuthstraße 21:

### Haupt-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Geschäftliches pro 1897/97. 2. Rollenbericht pro 2. Quartal 1897.  
 3. Kontrollbericht. 4. Verschiedenes.  
**Die Ortsverwaltungen.**

## Verband der in Buchbindereien, der Papier- und Leder-Galanteriewaaren-Industrie beschäft. Arbeiter und Arbeiterinnen Deutschlands.

(Zahlstelle Berlin).

Montag, den 26. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr, in **Feuerstein's oberem Saal**, Alte Jakobstraße No. 75:

### Ordentliche General-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Geschäfts- u. Rollenbericht. 2. Ergänzungswahlen zur Ortsverwaltung. 3. Neuwahl der Rechtschutz-Kommission. 4. Verbandsangelegenheiten und Verschiedenes.  
 Da unter Verbandsangelegenheiten sehr wichtige Punkte zur Verhandlung kommen, ist das pünktliche und vollständige Erscheinen der Mitglieder dringend erforderlich. Mitgliederbuch legitimirt.  
**Der Bevollmächtigte.**

Am Sonnabend, den 31. Juli 1897:

### Dampfer-Partie u. Sommernachts-Ball

im Etablissement „**Rorussa**“, Nieder-Schöneweide.  
 Abfahrt abends 9 Uhr Jannowitzbrücke. Rückfahrt morgens 5 1/2 Uhr.  
 Um 12 Uhr: Um 3 Uhr morgens:

### Gr. Fackel-Polonaise. Großes Kaffeekochen.

Wieder nur bis 29. Juli zu haben. Spätere Nachfragen werden nur im Bureau, Kunitzstraße 50, bis 31. Juli mittags berücksichtigt.  
**Das Komitee.**

## Viktoria-Garten, Treptow, Morgen, Sonntag: Grosses Garten-Konzert.

(früher Kämpel), Köpenicker Landstrasse.  
 Jeden Mittwoch: Grosses Kinderfest, verbunden mit grosser Verloosung und Volksbelustigungen aller Art.  
 Verantwortlicher Redakteur: August Jacoben in Berlin. Für den Inseratenteil verantwortlich: Th. Gloke in Berlin. Druck und Verlag von Max Wading in Berlin.

## Lederarbeiter!

Sonntag, den 25. Juli, vorm. 12 Uhr, bei **Ulltz**, Badstraße 19:

### Oeffentliche Versammlung

aller in der Lederfabrikation beschäftigten Arbeiter (Weißgerber, Lohgerber, Lederzurichter, Färber und Berufsgeu.).

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag. 2. Redenschlussbericht des Vertrauensmannes, der Revisoren und Reumahl derselben. 3. Bericht der Delegirten zur Gewerkschaftskommission und Reumahl derselben. 4. Das internationale Sekretariat und die Lederarbeiter-Zeitung. 5. Gewerkschaftliches.  
**Der Vertrauensmann.**

## Achtung! Maurer! Achtung!

Montag, den 25. Juli, vormittags 10 1/2 Uhr, im Lokale „**Königshof**“, Bülowstraße 37:

### Mitglieder-Versammlung

der Filiale II Berlin d. Zentralverband. deutscher Maurer.

Tages-Ordnung:  
 1. Vortrag des Kollegen **H. Silberschmidt**. 2. Diskussion. 3. Gewerkschaftliches. 4. Die Kollegen vom Elden, Schöneberg und Bieser sind zu dieser Versammlung ganz besonders eingeladen. Die Verbandsmittelglieder sind verpflichtet, vollständig zu erscheinen, auch für guten Besuch dieser Versammlung zu wirken.

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblich. Arbeiter. Verwaltung Berlin B.

### Achtung!

Den Mitgliedern zur Nachricht, daß die Zahlstellen-Gewinnliste 3 von heute ab nach **Admiralstr. 21** bei **Herrn Schreiber** verlegt worden ist.  
 181/11 **Die Ortsverwaltung.**

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

und anderer gewerblich. Arbeiter. (Verwaltung Berlin C.)

Montag, den 26. Juli 1897, abends 8 1/2 Uhr, bei **Zabell**, Lindenstraße Nr. 106:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 2. Quart. 1897. 2. Besprechung und Erklärung über das am 1. Juli in freier getretene neue Statut der Kasse. 3. Andere Kassenangelegenheiten.  
 Es ist Pflicht eines jeden Mitgliedes, in der Versammlung pünktlich zu erscheinen. Mitgliederbuch legitimirt.  
 182/14 **Die Ortsverwaltung.**

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

Verwaltung Berlin G.

Montag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, in **Wille's Salon**, Andreasstraße 29:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1897. 2. Vortrag des Dr. med. **Weyl** über: „Lungenkrankheiten und deren neueste Behandlung.“  
 Die Damen der Mitglieder haben Zutritt. Die Sperrstunden fallen an diesem Abend aus.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 191/4 **Die Ortsverwaltung.**

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Tischler

Verwaltung Berlin G.

Montag, den 26. Juli, abends 8 Uhr, in **Wille's Salon**, Andreasstraße 29:

### Mitglieder-Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 2. Quartal 1897. 2. Vortrag des Dr. med. **Weyl** über: „Lungenkrankheiten und deren neueste Behandlung.“  
 Die Damen der Mitglieder haben Zutritt. Die Sperrstunden fallen an diesem Abend aus.  
 Die Versammlung wird pünktlich eröffnet.  
 191/4 **Die Ortsverwaltung.**

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands

„Einigkeit“

(Eingeführt. Mitgliedsbuch 60) Sitz Berlin.

Sonntag, 25. Juli, nachm. 2 Uhr, im Lokale Weinstube 11:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes in Kassenangelegenheiten.  
 F. A. 54/10  
**D. Barentzin**, Ortsvorsteher.

Die schwere Planklinik konzentriert täglich in Charlottenburg, Christophstr. 25 im Restaurant. 32306

## Zentral-Kranken- u. Sterbekasse der Dachdecker Deutschlands

„Einigkeit“

(Eingeführt. Mitgliedsbuch 60) Sitz Berlin.

Sonntag, 25. Juli, nachm. 2 Uhr, im Lokale Weinstube 11:

### Versammlung.

Tages-Ordnung:  
 1. Abrechnung vom 2. Quartal. 2. Verschiedenes in Kassenangelegenheiten.  
 F. A. 54/10  
**D. Barentzin**, Ortsvorsteher.

Die schwere Planklinik konzentriert täglich in Charlottenburg, Christophstr. 25 im Restaurant. 32306

Am 22. d. M. starb im St. Elisabeth-Krankenhaus in der Niederwallstraße unser Kollege, der Korrektor

## Wilhelm Nickel

nach kurzem Krankenlager im 65. Lebensjahre. 32440

Die Kollegen der

**Buchdruckerei Julius Sittenfeld.**

Bereidung: Sonntag Nachmittag 4 1/2 Uhr auf dem katholischen Friedhof in Südende.

Die Beerdigung, welche ich der Frau **K. u. d. c.**, Uledomstr. 16, auf dem Abschnitt der Hofmeyerstraße vom 1. Juli d. J. angefügt habe, nehme hiermit zurück. 32376

Berlin, den 23. Juli 1897.  
**Gust. Peritz**, Adenstr. 147, v. II.  
 Von der Reise zurück 33326  
**Dr. Julius Cohn**, O. Griner Weg 125.

Die Beerdigung, welche ich gegen Herrn **Richard Bräter** ausgesprochen habe, nehme ich hiermit zurück. 32296  
**Selene Wäpke**, Liebenwalderstr. 22.

Wünscht also 25 Taten in allen Gegenden Berlins. Off. mit Preisangabe unter **J. K. 10** Annoncen-Exp. Drehmer, Quälhestr. 54. 32380

3 Mann sucht möbl. Schlafst. allein, 1,8 Weg. Postamt. Off. R. Postamt 42.

## Mühlentstraße Nr. 8

nahe Oberbaum u. Reichensbergerstraße, sind billige fremdliche Wohnungen vom 1. April zu vermieten. Näheres beim Vermöler. 20250

## Niederwallstr. 51

sind kleine Wohnungen, Stallung, Remise und gewölbte Keller sofort billig zu vermieten. 32268

Wohlf. Schlafst. Hoffmannstr. 36, v. III. r. 32380

Wohlf. Schlafst. f. 2 Herren, Pläueling. (13 W. mit Kasse), Admiralstraße 20, v. 2 Tr., Bue. Bed. 32286

Wohlf. Schlafst. billig Frankfurtstr. 56. Regel. 32336

## Arbeitsmarkt.

### Zentral-Arbeitsnachweis der Töpfer Deutschlands.

Berlin, Rosenthalerstr. 57, 2. Eingang Gormannstraße.

### 20 tüchtige Seher

auf Chamotte können sofort noch in Dresden Arbeit erhalten. Wir erlauben die Kollegen, die dorthin reisen wollen, sich noch heute im Laufe des Tages in unserem Bureau einzufinden. Das Bureau ist bis abends 6 Uhr geöffnet. 196/2

Kartondruckerinnen verlangt sofort **D. Plant**, Blumenstraße 74.

Kartondruckerinnen, geübte, verlangt **W. Wolf**, Neue Friedrichstr. 68.

## Gas und Wasser.

Tüchtige, durchaus sauber und selbständig arbeitende 103/19

## Montenre,

welche mit besserer Handinstallation versehen sind, für dauernde Arbeit bei gutem Lohn von einem Installations-Geschäft Westdeutschlands per sofort gesucht. Meldungen ohne Zeugnisse finden keine Berücksichtigung. Best. Offerten unter **J. 35** an **Haasenstern & Vogler A. G., Dortmund.**

32316 **Glasschleifer**, tüchtig in Facetten, wird für Dresden gesucht. Meldungen Sonnabend, den 24. cr., mittags v. 11-1 Uhr, im Hotel Terminal, Friedrichstraße (vis-à-vis dem Bahnh.), Berlin. R. Barthel.

Verfasser: **berf. Winger**, Raritätsstr. 41.

## Möbel

verliehen gewaschen und neue, stannend billig. Theilzahlung gestattet. Beamtet ohne Anzahlung. 17919

## Neue Königstr. 59.

Beiten, spottbillig, Pfandleihen-Reanderstr. 6.

Wegen vollständiger Aufgabe verkaufe das Lager in Kurz-, Weiss- und Wollwaren

## 25 pCt.

unter Preis. Parthien an Händler noch billiger. Geöffnet von 3-8 Uhr. **Rostoderstraße 41.**

## Goldleisten.

Tüchtige Belegerinnen werden sofort verlangt **Adenstr. 100a.**

## Leder-Hosen



Bian gestreifte Regatta-Stoffe 1 Mk. 75

Mittelstarker Moleskin 2 Mk. 50

Sehr fester Moleskin 3 Mk. 75

Dickes festes Leder 4 Mk. 75

Prima Leder 6 Mk. 25

Mittelstarker Moleskin 2 Mk. 50

Sehr fester Moleskin 3 Mk. 50

Dickes festes Leder 4 Mk. 50

Prima Leder 6 Mk. 7,50 bis 7,50 bis

Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.

## Schlosser-Blousen

Mittelstarker Moleskin 2 Mk. 50

Sehr fester Moleskin 3 Mk. 75

Dickes festes Leder 4 Mk. 75

Prima Leder 6 Mk. 25

Mittelstarker Moleskin 2 Mk. 50

Sehr fester Moleskin 3 Mk. 50

Dickes festes Leder 4 Mk. 50

Prima Leder 6 Mk. 7,50 bis 7,50 bis

Als Maass genügen Leibweite und Schrittlänge.

## Baer Sohn

Chausseestr. 24a Brückenstr. II Gr. Frankfurterstr. 16.

Aufträge von Mk. 20,- an franco. — Preisliste gratis.

Obige Preise gelten für normale Figuren.

## Keel und billig

kauft man in der Norddeutschen Schuhfabrik von **W. Hitzsche**, gegründet 1872, Stallherstr. 13, Ecke Adenstr., am Rottbier Thor.

## Herren-Hüte 65 Pf.

Bessere Hüte enorm billig, verkauft an der Fabrik im Komptoir 1888

nur **Barnim-Strasse 4/5**, Sonntag geöffnet.

## Lanolinseife!

macht die Haut zart u. geschmeidig. 1 Stück Lanolinseife und ein reines Handtuch liefern ich f. 1,00 p. Woche. Handtuch-Berlin-Juli 2. Jäger. Neue Königstr. 17. Fernsprech-Anst VII. Nr. 2087.

Verfassungen.

Der sozialdemokratische Wahlverein für den ersten Reichstags-Wahlkreis hielt am 21. Juli bei Kohn, Weuthstraße, eine Versammlung ab. Genosse Wagner hielt einen beifällig aufgenommenen Vortrag über: Die industrielle Entwicklung und die Arbeiterbewegung. Eine Diskussion fand nicht statt. Unter verschiedenen stellte Genosse Koch den Antrag, in eine Diskussion über den Vortrag der letzten Versammlung. Die Stellung der Sozialdemokratie zu den preussischen Landtagswahlen einzutreten. Die Versammlung lehnte es ab, weil diese Frage in nächster Zeit doch wieder auf die Tagesordnung gesetzt werden muß. Zum Schluß forderte der Vorsitzende die Anwesenden zur Einnahme in die Wählerlisten zur Stadtverordneten-Wahl auf.

Der sozialdemokratische Verein für den V. Berliner Reichstags-Wahlkreis hielt am Donnerstag seine Generalversammlung in Buske's Lokal, Grenadierstraße, ab. Die verhältnismäßig gut besucht war. Den Bericht des Vorstandes erstattete in Vertretung des Genossen Sassenbach Genosse Dr. Weyl. Abgehalten wurden zwei statutengemäße Versammlungen. Die Agitation für Stärkung des Vereins habe der Vorstand sich, soweit möglich und die kurze Zeit es gestatte, angeeignet sein lassen. Die Versammlung sanktioniert alsdann die Wahl des Genossen Schulz als Abteilungsleiter für den I. Bezirk, worauf Genosse Zeise den Kassenericht gibt. Nach diesem steht der Einnahme von 305,50 M. eine Ausgabe von 84,30 M. gegenüber, so daß ein Bestand von 221,20 M. zu verzeichnen ist. Der Mitgliederbestand belief sich am Schlusse des Quartals auf 381. Leider sei zu konstatieren, daß ein beträchtlicher Teil Genossen mit den Beitragszahlungen im Rückstand sich befindet. Seitens der Revisoren wird die Richtigkeit der Angaben des Kassiers bezeugt und letzterem auf deren Antrag Decharge erteilt. Auf Antrag des Genossen Roth werden dem Abg. Rob. Schmidt 100 M. zum Zwecke der Agitation überwiesen. Nimmher hielt Genosse Wollheim einen beifällig aufgenommenen Vortrag über „Naturerkenntnis und Weltanschauung“. In der Diskussion vertrat Genosse Weyl seinen Standpunkt als Impiegier im Gegensatz zum Referenten, der in seinen Ausführungen das System der Bodenimpfung als einen Fortschritt bezeichnet hatte. Die Ausführungen Weyl's wurden von mehreren Rednern unterstützt. Unter verschiedenen verweist Genosse Lippmann auf das bevorstehende Sommerfest im Schweizergarten und Genosse Weyl gibt auf eine Anfrage bekannt, daß der fünfte Kreis an den Ortsparlamenten zur Stadtverordneten-Versammlung nicht beteiligt ist.

Die Möbelpolierer hielten am 19. d. M. ihre Generalversammlung bei Koller ab. Zum 1. Punkt der Tagesordnung führte Schulz aus, daß die diesjährige Meiserei in geradezu glänzender Weise durch vollständige Arbeitsruhe begangen worden sei. Die wenigen Gemahregelten haben an Unterstützung erhalten: die organisierten 2 M. pro Tag, die Nichtmitglieder 1 M. Weiter legte Schulz die Ursachen des Londoner Möbelpolierstreiks klar und ermahnte die Anwesenden, dort nicht in Arbeit zu treten. Ueber die Arbeitsverhältnisse in der Provinz konnte er nur über Breslau berichten, da weitere Berichte noch nicht eingegangen. Weiter theilte Redner mit, daß 5 Kollegen Rechtschutz erhalten haben, ebenso daß die Urania-Vorstellung einen Ueberschuß von 52,60 M. ergab. Dem Bericht des Kassiers zufolge ist ein festes Wachsen des Verbandes zu verzeichnen; die Einnahme nebst Bestand vom letzten Quartal betrug 3560,10 M., die Ausgabe 882,18 M., mithin Bestand Summa 2777,92 M. Dem Kassier wurde Entlastung zu theil. Die Hochkommission löste ihre Aufgabe durch Schlichtung verschiedener Differenzen, welche meist nur in größeren Werkstellen ausgebrochen waren. Der Arbeitsnachweis ist auch in diesem Quartal fleißig benutzt worden und waren etwa 500 Adressen eingelaufen, die zum größten Theil erledigt wurden. Auf Antrag des Vergütungskomitees findet am 21. August im Schweizergarten ein Sommerfest statt, das Stiftungsfest am 23. September bei Koller und am 2. Weihnachts-Feiertag eine Vorstellung in der Urania. Der Antrag Sulner, den im vorigen Jahre angenommenen Antrag betreffend freien Eintritt bei Vergütungen aufzuheben, wurde angenommen. Antrag Stranck, Zentralisierung des Arbeitsnachweises, wurde abgelehnt.

Die Freie Vereinigung der selbständigen Barbier, Friseur etc. wählte in ihrer letzten Generalversammlung vom 19. Juli Weiskopf zum 1. Vorsitzenden, Kusche zum 1. Kassier und Schroll zum 1. Schriftführer. Die Gehilfenforderung mußte wegen der kurzen Zeit — da am 3. und 4. August Kongress ist — bis nach demselben vertagt werden. Für Schulz als Delegierten tritt Saalman. Am Vorabend des Kongresses findet zu Ehren der Delegierten ein Komers in Gründel's Festsälen, Brunnstraße, statt.

Die Generalversammlung der chirurgischen Branche tagte am Dienstag, den 20. Juli, bei Gründel. Der Kassier Schuster gab den Kassenericht vom 2. Quartal. Demnach beträgt die Einnahme 612,55 M., die Ausgabe 332,40 M., bleibt Bestand 280,15 M. Der Reservefonds beträgt 950 M. Zum Punkt: Wie stellen sich die Kollegen zum Uebertritt in den Deutschen Metallarbeiterverband, suchte Genosse Litzin in kurzen Ausführungen die event. Vortheile, die sich dem Verein bieten würden, darzulegen, und stellte zur näheren Einsicht einige hundert Statuten zur Verfügung. Nach längerer Diskussion wird beschlossen, die Frage des Uebertritts auf die Tagesordnung der nächsten Generalversammlung, die am 17. August stattfinden soll, zu setzen. Eine Kommission, in die Keller, Brückner und Fendius gewählt werden, soll mit dem Vorstand des Metallarbeiterverbandes unterhandeln.

Verband der Töpfer und Ziegler. Am Mittwoch, den 21. Juli, fand im Englischen Garten eine Mitglieder-Versammlung der diesigen Filiale statt, in welcher Genosse Adolf Hoffmann einen interessanten Vortrag über „Moderne Eben“ hielt. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung wurde der Vorstand beauftragt, wegen Gründung von Zahlstellen mit den Vertrauensmännern der Vororte in Verbindung zu treten.

Eine öffentliche Metallarbeiter-Versammlung für den Westen und Schneberg fand am 21. Juli in Fichtel's Festsälen statt, in welcher Genosse Käthe referierte über: Die Unternehmerverbände und ihr Einfluß auf die wirtschaftliche Lage der Arbeiter. In den Vortrag schloß sich eine kurze Diskussion an. Hierauf wurde Kreuz zum Bezirks-Vertrauensmann für den Westen und Schneberg gewählt. Mit einem Appell an die Anwesenden zur regen Beteiligung an der Metallarbeiter-Bewegung schloß die mächtig besuchte Versammlung.

Der Verein der Arbeiter und Arbeiterinnen der Wäsche- und Arabatenbranche hielt am Mittwoch, den 21. Juli, eine Versammlung ab, in welcher Genosse J. Timm unter regem Beifall über „Die Bundesrats-Verordnung vom 1. Juli 1897 und ihre Bedeutung für die Wäschebranche“ sprach. Referent erläuterte dieselbe in ihrer ganzen Bedeutung und steht die Abhilfe aller bestehenden Uebelstände nur in der festen Zusammenschließung aller Arbeiter in den betreffenden Berufsorganisationen. Der gute Bestand derselben macht die Arbeiter zu Fabrikinspektoren, alsdann kann etwas Gutes geschaffen werden. Im Sinne des Referenten sprach noch Trinkl. Der Quartalsbericht ergab in der Einnahme incl. Vortrag vom ersten Quartal 361 M., in der Ausgabe 121,53 M. Ferner wurde noch bekannt gemacht, daß die nächste Versammlung erst im Anfang September stattfinden soll.

Die Barbier, Friseur und Perrückenmachergehilfen waren in stattlicher Anzahl in der Nacht vom 22. zum 23. Juli im Louissenstädtischen Konzertsaal versammelt, um die Antworten der Meister-

schaft über deren Stellung zu den von der Gehilfenschaft aufgestellten Forderungen entgegenzunehmen: 8 Uhr Ladenschluß; Festsetzung eines Minimallohnes; Kontrolle des Arbeitsnachweises durch die Gehilfen; freies Koalitionsrecht. Starosson und Wiesner berichteten hierüber. Die Freie Vereinigung der selbständigen Barbier, welche circa fünfzig Mitglieder zähle, habe sich zu Unterhandlungen bereit erklärt, und der ausnahmslosen Bewilligung der Forderungen zugestimmt. Die Junng habe durch Wollschläger mittheilen lassen, daß sie nur gewillt sei, mit dem Junngsgehilfen-Ausschuß zu verhandeln; die „Altreunde Junng“ habe Verhandlung zugesagt, doch weder Tag noch Stunde noch Ort hierzu mitgetheilt. Nach den persönlichen Aeußerungen Wollschläger's seien die Junngsmeister bereit, den 9 Uhr Ladenschluß einzuführen, wenn die Gehilfen energisch dafür eintreten; bezüglich eines Minimallohnes geschah ablehnendes Verhalten mit der Begründung, die Gehilfen hätten die angeforderte Preiserhöhung illusorisch gemacht; die Kontrolle über den Arbeitsnachweis giebt's nicht, habe Wollschläger rund heraus erklärt, Grund: die Junng leihe die Beiträge. Das Koalitionsrecht dagegen hätten die Gehilfen, sie sollen sich nur organisiren und ihre Macht beweisen, vorläufig bliebe es jedoch so, wie es sei. In der recht regen Diskussion wurde die Unzuverlässigkeit des gegenwärtigen Arbeitsnachweises an verschiedenen markanten Beispielen illustriert und das Hauptgewicht darauf gelegt, daß die Gehilfen hier durchaus Einfluß erlangen müßten, eventuell müßten sie einen eigenen Arbeitsnachweis gründen. Junngsmeister Kuhle konstatiert, daß nicht die Gehilfenschaft, sondern die Meister selbst die Preiserhöhung illusorisch gemacht haben und zwar infolge der Uneinigkeit unter der Meisterschaft und deren eigene Unterbietung. Die Junngsmeister Kose sowie Kuhle rügten noch viele Mißstände in der Junng und konstatierten nicht nur ihre eigene, sondern die Unzufriedenheit vieler Junngsmeister mit der Junng; beide Meister sowie alle übrigen Redner waren sich darin einig, daß den unheilbaren Zuständen im Barbiergeberde nur durch einen mächtigen Druck von unten abgeholfen werden könne. Die Gehilfen versprachen, sich eine Organisation zu schaffen, mittels welcher sie sich ihre Forderungen erlangen werden, da auf anderem Wege von den Meistern nichts zu erreichen sei. Einkünfte wurde folgende Resolution angenommen: „In voller Erkenntnis der in unserem Gewerbe herrschenden Zustände erklärt die Versammlung es als unbedingt nothwendig, daß die Arbeitszeit verkürzt und der Lohn aufgebessert wird. Die Versammlung weis, daß auf den guten Willen der Arbeitgeber nicht zu rechnen ist, und verpflichtet daher die Anwesenden zum Beitritt zur Organisation sowie zur eifrigen Agitation für dieselbe.“ Während der Bekanntgabe der Mitglieder-Versammlung am Donnerstag, den 20. Juli, in der Brunnstraße und nach Schluß der Versammlung ließ sich ganze Scharen von Berufskollegen in die Organisation aufnehmen. Vorher wurden Klotzmann, Gable und Wiesner zu Revisoren ernannt.

Die Maurer hielten am Donnerstag bei Koller, Koppentstraße, eine öffentliche Versammlung ab, in der Silberschmidt über die Bedeutung der Arbeitsnachweise referierte. Der Redner, der die Vortheile eines gut geleiteten Arbeitsnachweises schilderte und für eine gemeinsame Verwaltung durch Arbeiter und Unternehmer eintrat, unterzog sodann die von dem Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister eingerichtete Institution, genannt Arbeitsnachweis, durch die man den ausgetretenen Zweck erreichen will, nachtheilige Arbeiter von den Bauten fern zu halten, einer herben Kritik. Den beifällig aufgenommenen Ausführungen folgte eine kurze Diskussion, worauf folgende Resolution einstimmig zur Annahme gelangte: „Die Einrichtung von Arbeitsnachweisen ist ein erstrebenswerthes Ziel der Gewerkschaftsbewegung. Je größer der Ort, um so schwerer und umständlicher das Arbeitsuchen und je größer die Existenzunsicherheit. Als ein Werk der Humanität und Nächstenliebe sowie des volkswirtschaftlichen Wohles müßte darum die Einrichtung von Arbeitsnachweisen betrachtet werden, wenn derselbe jedem arbeitlosen Maurer ohne Ansehen der Person und seiner politischen oder wirtschaftlichen Anschauungen Arbeit nachweisen würde. Soll daher eine solche Institution segensreich für Arbeitnehmer und Arbeitgeber wirken, so muß sie so beschaffen sein, daß ihre von beiden Seiten Vertrauen entgegengebracht werden kann. Diesen Grundsätzen entspricht aber der Arbeitsnachweis der Junng des Bundes der Bau-, Maurer- und Zimmermeister nicht. Nach der Bekanntmachung des Bundes in Nr. 16 der „Baugewerks-Zeitung“ ist diese Institution gegründet, damit die Arbeitgeber sich vor den unzufriedenen „Freiwilligen Gesellen oder deren Agitatoren“ schützen können. Also der größte Theil der Gesellen soll von der Arbeit ausgeschlossen werden. Die heutige Versammlung erklärt daher diese Institution mit so reaktionären und volkfeindlichen Tendenzen nicht zu billigen. Jeder Maurer von Berlin und der Umgegend hat daher die Pflicht, diesen Arbeitsnachweis strengstens zu meiden.“

Im weiteren wurde die Lohnkommission beauftragt, dafür Sorge zu tragen, daß alle Maurer über die Zustände im Arbeitsnachweis aufgeklärt werden, damit derselbe von den Arbeitern nicht benutzt wird. Wie angeführt wurde, werden zur Zeit in anderen Städten ebenfalls von den Junngen derartige Arbeitsnachweise errichtet, durch die dann, in Verbindung mit der diesigen Institution, die „Aufwiegler“ durch das Schwarzgelde-System planmäßig von der Arbeit ausgeschlossen werden sollen. Die Regierung wird, wie aus der Antwort, welche die Junng auf ihre Anfrage erhalten hat, zu ersehen ist, gegen diese Arbeitsnachweise nicht einschreiten. Dem hierauf folgenden Bericht der Lohnkommission über den gegenwärtigen Stand der Bewegung, den Mehle erstattete, war zu entnehmen, daß die Bewegung sich bisher recht günstig für die Arbeiter gestaltet hat. Diejenigen Unternehmer, die, nachdem die offizielle Bewegung aufgehoben war, die früher bewilligten Forderungen wieder zurückgogen und damit den Ratsschlägen des bekannten Herrn Feilich folgten, müßten einsehen, daß die Maurer fest auf ihren Forderungen bestanden; sie waren gezwungen, die gestellten Bedingungen zu erfüllen. In den letzten Tagen haben wieder mehrere zur Junng gehörige Firmen die geforderten Arbeitsbedingungen einführen müssen. Darunter befindet sich auch die Firma Schumann u. Partner, die in der Voraussetzung, daß es an den nothwendigen Mitteln zur Unterstützung für die große Zahl der bei ihr beschäftigten Maurer fehlen wird, den früher schon bewilligten Stundenlohn zurückzog und glaubte, daß die Arbeiter zum Nachgeben gezwungen wären. Ueberhaupt sind, wie der Redner anführte, durch die von den Arbeitern eingeschlagene Kampfart sehr gute Erfolge erzielt worden, so daß dieselben bis auf weiteres beibehalten werden dürften. Zur Zeit ruht die Arbeit auf einigen Bauten der Firma Held u. Franke und wird besonders der in der Auguststraße von einem großen Aufgebot von Schulkindern bewacht. Wie mitgetheilt wurde, ist die gegenwärtige Bauhätigkeit, da die Unternehmer die Arbeiten im Frühjahr hinausgeschoben haben, aber jetzt die Bauten noch vor dem 1. Oktober zur Abnahme fertig gestellt werden sollen und infolge der zukünftigen Bauordnung eine außerst lebhaft, wie sie seit Jahren nicht vorhanden war. Diese Thatsache wird die Maurer ganz besonders veranlassen, für die vollständige Durchführung der Forderungen zu sorgen und das bisher Errungene festzuhalten. Um der Junng den Beweis zahlenmäßig zu liefern, daß die übergroße Mehrzahl der Berliner Maurer 9 Stunden und zu 60 Pfennig Stundenlohn arbeitet, was von der „Baugewerks-Zeitung“ bestritten und als unwahre Behauptung der Lohnkommission hingestellt wird, soll in den nächsten Tagen wieder eine Kontrolle vorgenommen werden und die einzelnen Bauten mit der Zahl der darauf beschäftigten Maurer namhaft gemacht werden. Nachdem ein Antrag, die Streikunterstützung von der zweiten Woche ab auf 3 Mark zu erhöhen, abgelehnt worden war, wurde beschlossen, als letzten Termin für die Abstempelung der Streikarten den 2. August festzusetzen. Nach dem 2. August sollen von der Kommission die Karten

nicht mehr abgestempelt werden. Bisher haben bereits über 4000 Maurer ihre Karten in Ordnung gebracht. Von mehreren Rednern wurde darauf hingewiesen, daß auf verschiedenen Bauten, wo die Zimmerer sich im Streik befinden, die Maurer veranlaßt werden, die Arbeit der Streikenden, wie Balkentragen u. s. w., zu verrichten. Es wurde ausgedrückt, unter allen Umständen diese Arbeiten auf das entschiedenste zu verweigern. Von einem Redner wurden die kaum glaublichen schlechten Klotseirichtungen am Kasernenbau für die Arbeiter, die, wenn sie ihre Bedürfnisse verrichten, von allem Seiten gefoltert werden können, kritisiert. Zum Schluß wurde zur Theilnahme an dem Stiftungsfest des Fachvereins der Maurer, das am 24. Juli bei Koller, Koppentstraße 29, stattfindet, eingeladen und zum regen Besuch der am Sonntag im „Königshof“, Bälowsstr. 57, stattfindenden Verbanderversammlung aufgefordert.

Charlottenburg. Eine gut besuchte imposante Versammlung der Maurer tagte am Montag, den 19. Juli, im Lokal Bismarckshöhe. Auf der Tagesordnung stand: 1. Situationsbericht über unsere jetzige Lage der Lohnbewegung. Diskussion. 2. Wie stellen sich die Maurer Charlottenburgs zur Gründung eines eigenen Generalfonds, sowie Beschlußfassung über die zu zahlenden Beiträge. — Referent Schulze schilderte die Lage der Lohnbewegung als eine günstige, so daß es im Orte nur noch ungefähr 80 Maurer gäbe, welche unter dem Stundenlohn von 60 Pf. arbeiteten, welche jedoch vom Redner als alte und gebrechliche Kollegen entschuldigt werden. Im weiteren berichtete Redner, wie es das Unternehmertum, der Bund der Bau-, Maurer- und Zimmermeister, verstanden hat, einen Arbeitsnachweis für Berlin zu gründen, welcher den Zweck hat, Streikbrecher zu erzühen, und für die organisierten und agitatorisch-thätigen Kollegen die sogenannte schwarze Liste einzuführen. Es sei die Verschärfung vorhanden, daß diese Art Arbeitsnachweis-Gründung ebenfalls in Charlottenburg Nachahmung findet, wogegen man entschieden Front machen müsse. Zum zweiten Punkt der Tagesordnung fand eine lebhafteste Auseinandersetzung statt zwischen den Lokal- und den Zentralorganisierten. Die Differenzen sind entstanden innerhalb der Lohnkommission selbst, in der beide Richtungen vertreten sind. Der Antrag, in Charlottenburg einen besonderen Fonds zu gründen und nur bei Lohnbewegungen Fühlung mit den Berliner Maurern zu nehmen, wird mit geringer Majorität abgelehnt. In weiteren legten Schulze und Bunge ihr Amt als Mitglieder der Lohnkommission nieder und versprachen, nur mehr für den Zentralverband der Maurer zu agitiren.

Schöneberg. In einer am 19. Juli stattgehabten gut besuchten Mitglieder-Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins referierte Genosse Dr. Kraus über das Thema: „Theilhaben wir uns an den Landtagswahlen?“ In eingehender Weise erläuterte der Redner die Nothwendigkeit der Theilnahme an den Landtagswahlen. Wenn es auch Opfer koste, so sei der Einzug der Sozialdemokratie in den preussischen Landtag doch von außerordentlicher Wichtigkeit. Durch den Umstand, daß dieselbe nur mit Hilfe des Reichstags, also durch Kompromiß, möglich sei, dürfe die Partei sich nicht abschrecken lassen. In der sehr regen Diskussion sprachen die Redner sich theils gegen, die meisten jedoch für die Theilnahme aus. Der vorgedruckte Zeit halber mußte die interessante Debatte abgebrochen werden. Der Vertrauensmann machte noch auf die am 20. Juli in der Schloßbrauerei stattfindende öffentliche Wollschlagers-Versammlung aufmerksam. Die nächste Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins findet am 2. August bei E. Döhl, Brunnenstraße 110, statt. In derselben wird Genosse Friedrich Kunert über das Thema: „Richard Wagner als revolutionärer Schriftsteller und Künstler“ referiren.

Heinoldsdorf. Der hiesige Arbeiter-Bildungsverein hielt am Sonntag, den 18. d. Mts., in Böttcher's Separat seine Generalversammlung ab, in der Genosse Kraus über „das Alter des Menschengeschlechts“ sprach. In der Diskussion beteiligten sich mehrere Redner im Sinne des Referenten. Hierauf erstattete der Vorstand Bericht über seine Thätigkeit. Dem Kassier wurde Decharge erteilt. Bei der Wahl des Vorstandes wurde der alte Vorstand wiedergewählt, neugewählt wurde Genosse Otto als Revisor. Nachdem noch einige nähere Angelegenheiten besprochen waren, wurde die Versammlung geschlossen.

Zehlendorf. Die hier am 18. d. M. im Lokal von Dohrmann einberufene Versammlung des Arbeiter-Bildungsvereins, für die bekanntlich vom Ortsvorsitzer die Bescheinigung der Anmeldung mit der Motivierung abgelehnt wurde, er kenne das Lokal nicht, wollten unsere Parteigenossen dennoch abhalten, da ihnen der ablehnende Bescheid des Amtsvorstehers ungeschicklich erschien und ein direktes Verbot der Versammlung in dem Bescheid nicht ausgesprochen war. Raum war jedoch die Versammlung eröffnet, so erschien der Gemeindebevollmächtigte und löste die Versammlung auf. Mithin mußte wohl dem Amtsvorsitzer nachträglich doch das Lokal bekannt gemacht worden sein. Der Einberufer wird natürlich den Bescheidweg beschreiten.

Arbeiter-Bildungsverein. Die Bibliothek in der Nordstraße, Brunnenstr. 26, ist vom 1. Juli ab bis auf weiteres geschlossen; die noch ausstehenden Bücher sind amgehend Donnerstags abends von 7 bis 10 Uhr zurückzuführen. Mitgliederbeiträge werden an diesem Tage in der Nordstraße eintreffend, ebenso in folgenden Zahlstellen: Gottf. Schulz, Brunnenstr. 40; Karl, Brunnenstr. 22; Habiel, Hohlfeldstr. 67; Meiner, Wollschlagersstr. 7; Paul Wüde, Wollschlagersstr. 129; G. König, Döhlstr. 30. Alle Zuschriften sind an den Vorstandsman W. Wüde jr., SO, Brunnenstr. 128, Gehilfenden an den Kassier G. König, S. Döhlstr. 30, zu richten.

Arbeiter-Bildungsverein Berlin und der Umgegend. Vorstand: G. Schell, Brunnstr. 107/108. Alle Zuschriften, den Vereinskalender betreffend, sind an G. Wüde jr., Kienbrunnstr. 109, zu richten.

Arbeiter-Bundverband Berlin und der Umgegend. Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Hermann Braun, Schwabstr. 20, 2. Hof.

Arbeiter-Bundverband Berlin und Umgegend. Vorstand: H. Neumann, Brunnstr. 160. Alle Veränderungen im Vereinskalender sind zu richten an Friedrich Kortum, Wollschlagersstr. 49, v. 2. Hof.

Schüler-Verein. Heute Abend 8 Uhr, Melchiorstraße 16: Versammlung. Abrechnung von der diesjährigen Landtagsparade.

Arbeiter-Bundverband Berlin und Umgegend. Sonntag, den 25. Juli, vormittags 9 Uhr, im großen Saal der Berliner Ressource, Kommandantenstr. 57: Versammlung. Preislose Barzahlung. Um 11 Uhr vormittags ebenfalls: Vortrag des Herrn Wilhelm Mann über: Sonderbare Feste. Gölle willkommen.

Zentral-Franken- und Herzkasse der deutschen Wagenbauer. (Bezirk 4, Berlin.) Sonntag, den 25. Juli, vormittags 9 Uhr, bei Ermold, Wollschlagersstr. 40: Versammlung.

Bildungsverein „Neue Licht“. Sonntag, den 25. Juli, nachmittags 4 Uhr: Besuch der Sternwarte in Trepzow. Treffpunkt von 2 Uhr an im Restaurant „Rappenteich“. Gölle sind willkommen.

Arbeiter-Bundverband Berlin und Umgegend. Sonntag, den 25. Juli: Nebungsbände und Ausgabe der Sängerblätter. (Siehe Inserat vom Sonntag, den 18. Juli.)

Berliner Arbeiterverband. Verein tagt jeden Dienstag nach dem ersten im Monat bei Döhl, Grenadierstr. 29, abends 8 Uhr. Unentschiedener Rath wird ertheilt:

Im Norden: Für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: abends von 7-9 Uhr: W. Buchholz, Döhlstr. 30, v. 2. Hof. A. Döhl, Brunnenstr. 49, v. 2. Hof. G. Wüde jr., Wollschlagersstr. 129, v. 2. Hof. G. König, Döhlstr. 30, v. 2. Hof. G. Simon, Wollschlagersstr. 129, v. 2. Hof. G. Simon, Wollschlagersstr. 129, v. 2. Hof.

Im Süd-Osten: Für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: abends von 7-9 Uhr: G. Wüde jr., Wollschlagersstr. 129, v. 2. Hof. G. König, Döhlstr. 30, v. 2. Hof. G. Simon, Wollschlagersstr. 129, v. 2. Hof.

Im Nord-Westen: Für Unfall-, Invaliditäts- und Alters-Versicherung: abends von 7-9 Uhr: G. Wüde jr., Wollschlagersstr. 129, v. 2. Hof. G. König, Döhlstr. 30, v. 2. Hof. G. Simon, Wollschlagersstr. 129, v. 2. Hof.

Für den Inhalt der Inserate übernimmt die Redaktion dem Publikum gegenüber keinerlei Verantwortung.

**Theater.**  
Sonnabend, den 31. Juli.  
Neues tgl. Operntheater (Arolh).  
Die Hugenotten. 7 Uhr.  
Kessling. Die Welt.  
Wesien. Der Postillon v. Constance.  
(1. Akt.) Die Nürnberger Puppe.  
Cavalleria rusticana. 7 1/2 Uhr.  
Neues. Der Stellvertreter. 7 1/2 Uhr.  
Friedrich. Wilhelmshäutchen.  
Vogmann's Kriegs-Abenteuer im Orient. 8 Uhr.  
Völk-Affäre. Spezialitäten. 8 Uhr.  
Scheid. Unsere Reichspost. 8 Uhr.  
Apollo. Remis auf Erden. 8 Uhr.  
Passage-Panoptikum. 30 Kinder der Wüste.

**Ufer-Theater.**  
Gr. Frankfurterstr. 132. Dir. G. Weich.  
Deute zum 50. Male:  
**Unsere Reichspost.**  
Anfang 8 Uhr.  
Im Garten: Anfang 5 1/2 Uhr:  
Großes Sommerfest. Auftreten sämtlicher Spezialitäten.  
Eugen Schulz. Alra Waldburg. - Paula Grigatti. - The Srenlow etc. Nebenbe Photographien. - Ringkampf. - In der Badewanne. - Endlich allein. - Morgen: Diefelbe Vorstellung.

**Apollo-Theater und Konzert-Garten.**  
Dir. J. Gluck.  
Um 9 Uhr:  
**Remis auf Erden.**  
Bühnenphantastische Operette mit Tanz in 1 Akt.  
Otto Reutter. - Kinetograph.  
Ferner:  
**10 hervorragende 10 Spezialitäten.**  
Koffertöffnung 6 1/2 Uhr. Konzert 7 Uhr. - Vorstellung 8 Uhr.

**W. Noack's Theater**  
Brunnen-Strasse 10.  
Täglich: Konzert, Theater-Vorstellung.  
**Die Zerstreuten.**  
Aufspiel in einem Aufzuge.  
Neu!!! Neu!!!  
**Flotte Burche.**  
Komische Operette von Fr. v. Suppé.  
Max Franke, Opernsänger.  
Anita Vernou, Opern-Soubor.  
Schorff's Rudolf, Orig. Humor.  
Geschw. Lehmann, Duettisten.  
Scheffler-Trippe.  
Jeden Sonntag, Montag, Dienstag und Donnerstag im Saale:  
**Grosser Ball.**

**Puhlmann's Vaudeville-Theater**  
Schönhauser Allee 118.  
Kastanien-Allee 97-99.  
Täglich:  
**Im Reiche der Sirenen.**  
Große Ausstattungsburleske mit Gesang und Tanz.  
Willy Clara, Travestienkünstlerin.  
Elsie Trudy Brygarby, das Wunderkind.  
Dolly Smolin, excentr. Chansonette.  
**Barbarina's Ballet.**  
Clown Zarafaul, m. f. dress. Thieren.  
Harry u. William Latouze, Piccolo-Theater.  
William, Gambistpode.  
Anfang 4 Uhr. Entree 30 Pf.

**Viktoria-Brauerei**  
(Garten resp. Saal)  
Lützow-Strasse 111/112  
nahe Potsdamer Platz.  
Täglich:  
**Stettiner Sänger**  
(Meißel, Vietro, Britton, Steidl, Krone, Röhl, Schneider und Schrader.)  
**Goldene Hochzeit.**  
Ensemble von Meißel.  
**Ein vergnügter Wahltag.**  
Ensemble von Meißel.  
Billets à 10 Pf. und Familien-Billets à 1 M. (für 3 Personen) nur in den Vorderausgängen.  
(Siehe Plakate.)  
Anfang 8 Uhr. Entree 50 Pf.

**Passage-Panoptikum.**  
30 Kinder der Wüste.  
Beduinen, Derwische, Schlangenschwärer, Bauchtänzerinnen etc.  
Vorstellung 12, 5, 7, 9 Uhr.  
Bitte genau auf Nr. 35 zu achten.

**Action-Brauerei Friedrichshain.**  
Heute Sonnabend:  
**Grosses Militärkonzert**  
in Uniform.  
Dir. G. Dippel.  
Eintritt 10 Pf.  
Anfang 7 Uhr.  
Im Neben-saal:  
**Familienkränzchen.**

**Castan's Panopticum.**  
Neu! Die elektrisch belebten und künstlich sprechenden Neu! Menschen. Neu! und hochkomisch!

Die anerkannt besten Darsteller  
**Der Lumpenball**  
Die Ballhaus-Muna  
Madame Sans Gêne und andere  
Novitäten werden abwechselnd mit dem allergrößten Erfolg im  
Konzerthaus Sanssouci,  
Kottbuserstr. 4a, Joh. G. Pierré,  
aufgeführt.  
Anfang 8 Uhr. Entree 30 Pf.  
Passepartouts gelten.

**Königstadt-Kasino.**  
Holzmarktstr. 72. Ecke Alexanderstr. 21.  
Befestigte Fest-Säle  
empfehlen den geehrten Vereinen  
Sonnabends und Sonntags zu allen  
Gelegenheiten unentgeltlich. 21892\*  
Heinrich Metzner junior.  
Neue Seizung! Neues Licht!

**Schulz Festsäle, vorm. Paster**  
Neue König-Strasse 7.  
Jeden Donnerstag: 18882\*  
**Damen-Kränzchen.**  
Jeden Sonntag:  
**Grosser Ball.**  
Bereinszimmer. Saal für Versammlungen frei. Ed. Schulz, Gaimwirth.

**Grünau.**  
G. Wagner's Restaurant  
früher Lietke.  
Großer Saal, Garten, Kaffeeküche,  
Regelbahn, Ausspannung.  
**Häferland's Restaurant,**  
Ober-Schönweide,  
empfehlen seinen Saal, Garten, Regelbahn, Kaffeeküche, Saftige Preise.

**Treptow.**  
Restaurant Jägerhelm  
Köpenicker Landstraße.  
Schattiger Garten, 4 Regelbahnen,  
Kaffeeküche empf. Felix Wlachowitsch.

**Restaurant Klugmann,**  
Rummelsburg, Schauffhaus.  
Geräumiger, schattiger Garten, Naturwald, 5000 Personen fassend, überdachte Regelbahnen, Kaffeeküche.

**Nonnenberg's Restaur.,**  
Treptow, Parkstrasse.  
Jeden Sonntag: Frei-Konzert.  
Schöner Garten. Gr. Saal. Kaffeeküche.  
**„Pferdebucht“, Köpenick,**  
schöner Landwald u. größte Spielplätze d. Umgeb., gr. Saal u. Halle, Kaffeeküche, Regelbahn, Schiessstand. W. Angedörfer.

Edw. Kämpel's Stechbierhalle,  
Treptow, Parkstrassen-Ecke.

**Künstliche Zähne.**  
H. Steffens, Rosenbühlstr. 61, 2 Tr.  
Zweijährige pr. Woche 1 M.

**Herren brauchen keine Anzüge mehr**  
für 100,- M., 80,- M., 60,- M., 50,- M. zu kaufen. 2177L\*  
Ich fertige solche nach Maß unter Garantie guten Sitzes, unter Leitung bewährter Kräfte:  
**Herren-Anzug**  
aus Prima Kammgarn I ohne Unterfutter, in besserer Qualität 30,- M.  
**Herren-Anzug**  
aus Prima Cheviot I 22,- M.  
**Herren-Anzug**  
aus Prima Melton und Wasserstoff 18,- M.  
Kinder und Manneleinrichtung stehen jedem gegen franco Retournierung zu Diensten.  
Größte Leistungsfähigkeit.  
**A. Priester**  
Herren-Kleider-Jobril  
Gr. Frankfurterstr. 10.

**Jede Uhr**  
reparieren und reinigen  
kostet bei mir unter  
Garantie d. Gütegegens  
nur 1 Mark 50 Pf.  
außer Bruch, keine Reparaturen  
billiger. Großes Lager neuer und  
gebrauchter Taschenuhren, Regula-  
toren und Wecker, alle Arten  
Ketten, sowie Brillen u. Binokles.  
Carl Lux, Uhrmacher,  
35 Chaussee-Strasse 35.

**Schweizer Garten.**  
Am Königsthor, Haltestelle d. Pferdebahn. Am Friedrichshain.  
Täglich: Theater und Spezialitäten.  
Little Parkins u. Miss Lizzi, Transformationskünstler. Theod. Lippardi, Tanzhumorist. Geschw. Tilly, Gesangs- und Tanz-duettisten. Emmy Dahl, Ueberläuferin. The two Buffalos, Kabarett - Humoristen. John & Paolo, Excentrics - Pantomimisten. Carla Walton, Koffischourette etc.  
Im Saale:  
**Volksbelustigungen** aller Art.  
Entree 30 Pfg.  
Jeden Mittwoch: Kinder-Freudensfest.  
Es ist nur noch ein Sonnabend im August für Vereine frei.

**Ostbahn-Park**  
Am Küstriner Platz Hermann Imbs. Am Küstriner Platz  
Täglich:  
**Konzert, Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Neu! Der Stumme und sein Affe.  
Aufführungs-Ensemble.  
Neue Attraktions-Nummern.  
Entree Sonntag 20 Pf., Kinder 10 Pf. Wochentags 10 Pf., Kinder 10 Pf.  
Kaffeeküche. Volksbelustigungen.  
Mittwoch: Kinder-Fest.

**Brauerei-Ausschank der Brauerei Stralau**  
Oeconomie: Birkholz & Mittag.  
Jeden Sonntag und Donnerstag:  
**Theater- und Spezialitäten-Vorstellung.**  
Garten-Konzert der 20 Mann starken Hauskapelle.  
Im Saale: **Grosser Ball** bei gänzlich freiem Entree. Sport- und Ruderboote in gr. Anzahl stehen zur Verfügung. Kaffeeküche v. 2-7 Uhr. Volksbelustigungen jeder Art. 2 verdeckte Kegelbahnen. Gute Biere, ausgezeichnete Küche zu soliden Preisen. Birkholz & Mittag.

**Carolinenhof. C. Mandt, Restaurant.**  
Dampfschiffs-Station. 10299\*  
Zwischen Grünau und Schmöwitz schönster Punkt der Obersee.  
Stündliche Omnibus-Verbindung Bahnhof Grünau. - Wald-Spielplätze.

**Wirthshaus Schwargendorf,**  
Warnemünderstr. 6, direkt an Grünowald, mit Garten, Tanzsaal, Bereinszimmer, Kaffeeküche (à la vier 60 Pf.). Vereinen und Gesellschaften angelegentlich empfohlen. - Borzähl. Speisen und Getränke zu soliden Preisen. Waghöfer Bier. Glas 10 Pf. 13212\*  
Jeden Sonntag: Grosser Ball.  
Karl Balzer.

**Bighelswerder.**  
Für Landpartien und Ausflüge empfehle mein Lokal. Bräuterrückgang wird vergütet. Auch Dampferanlegestelle. Es ladet ein 18842\*  
**Der Alte Freund.**

**Treptow, Kohlwein's Keglerschlösschen,**  
Köpenicker Landstraße, (4. Hof) hinter der Verbindungsbahn, Restaurant mit großem Garten (ca. 2000 Bst.), H. Saal für Vereine (100 Bst.), 2 neue verdeckte Kegelbahnen. Kaffeeküche.

**Gastwirthschaft von G. Lindenhayn**  
Friedrichstrasse 2. 17882\*  
Zimmer von 25-30 Personen.  
Saal bis 80 Personen mit Piano. - Garten u. Kegelbahnen.  
**Arbeiter-Verkehrszentral.**

**Dankjagung.**  
Vor längerer Zeit litt ich im hohen Grade an Gelenk-rheumatismus, so daß ich nicht im stande war, ohne große Schmerzen zu haben, Arme und Beine zu bewegen.  
Durch einen Bekannten erhielt ich zufällig ein Billet zu **Münsel's Lohtannin-Bädern,**  
Wallstraße 70/71. Trohdem ich wohl zuerst nicht daran glauben wollte, kann ich jetzt nicht umhin, Ihnen meine volle Anerkennung auszusprechen, denn ich habe, trohdem ich nur noch drei Bäder genommen, seitdem keine Schmerzen wieder verspürt und kann ich allen, an dieser Krankheit Leidenden Ihre Bäder auf das Wärmste empfehlen, was ich bereits gethan habe. Hochachtungsvoll  
**Paul Lierse, Zigarrengeschäft,**  
Chausseestraße 52.

**Bahn-Atelier.**  
Künstl. Zähne in tadelloser Ausführung v. 3 M., Plomben v. 2 M. an. Schmerzlos, Zahnziehen mit Cocain, Goldfüll, Chloroform und Lachgas unter Leitung eines prakt. Kräfte. Bei Bestellung v. künstl. Zähnen Zahnziehen, Zahnreinigung uniform; Kassenzahlung gestattet, Woche 1 M.  
Guckel, Kauliger Platz 2, Chausseestraße 12, Eckaltgerstraße 71.  
Wassersucht, halbes Bst. 50 Pf. fr. k. Zahnklinik, Kaiserstr. 129, Zellhaus.

**Hüte Parteigenossen!**  
nur mit **Kontrollmarke**  
Schirme, Stöcke, Kravatten  
Otto Gerholdt, Treppenstr. 2, Ecke Stollbergstraße 2.

**Wanzen-Ausrottung** mittels Dampf **Neu!**  
In die etw. mögliche radikalste Ausrottung von Wanzen und deren Brut aus Wänden, Tapeten, Möbeln, Tüchern, Wägen, Koffern u. Anwendung für Jedermann leicht. Preis eines Dampfapparates: Größe I M. 2,50, Größe II M. 3,-.  
**Schwabenfalle „Eclipse“**  
Einmalige Schwabenfalle. Billiger als Qualiferaulder. Unfehlbar die beste gründliche Ausrottung von Schwaben, Arden, Grunden, Rüden, Wier, Ingt Lumberie pro Nacht, nur Mk. 2,-.  
Berlin NW., Reuthstr. 17, I. Etage (fein Laden).  
**O. J. Engelke, Neue Katschstraße 26,**  
echten alten Nordhäuser Vitter Bl. 1,-, 1/2 M. 0,50, extra alte Waare 1,40, 0,70.  
Kleilverkauf von 10 Pfg. an.

**Achtung!**  
O. J. Engelke, Neue Katschstraße 26, echten alten Nordhäuser Vitter Bl. 1,-, 1/2 M. 0,50, extra alte Waare 1,40, 0,70. Kleilverkauf von 10 Pfg. an.



Preisliste von

# Carl Stier

Fabrik für Herren- u. Knaben-Garderobe

Berlin:  
168 Oranienstr. 168.

Potsdam:  
Brandenburgerstr. 23.

Zur Sommer- und Reise-Saison.

**A. Anzüge.**

	Mark
Jacket-Anzug aus gewirtem Waschstoff	6,-
Jacket-Anzug aus melirtem haltbaren Waschstoff	8,-
Jacket-Anzug aus festem gewirtem Sommerstoff	10,50
Jacket-Anzug aus sehr festem gemusterten Sommerstoff	15 und 18,50
Jacket-Anzug aus leichtem Wollstoff, schöne Muster	16,-
Jacket-Anzug aus lodenstoff, eleganter dauerhafter Anzug	22,50
Jacket-Anzug aus leichtem Sommer-Kammgarn, eleganter reinwollener Anzug	27,-
Jacket-Anzug aus gewirtem Stoff, praktische, melirte Muster	22,50
Jacket-Anzug aus leichtem blauen Cheviot	27,-
Jacket-Anzug aus feinem bayerischen loden, elegant und sehr dauerhaft	30,-
Jacket-Anzug aus feinem gewirtem Stoff	30,-
Jacket-Anzug aus feinem melirten Kammgarn, sehr elegant	36,-
Jacket-Anzug aus feinem melirten Cheviot, hochelegant	38,-
etc.	etc.

**B. Joppen und Jackets.**

	Mark
Joppe von grünmelirtem Stoff	1,25
Joppe von braunmelirtem Stoff	1,50
Joppe von grün- oder braunmelirtem Stoff	1,75
Joppe in starker Qualität, grün oder braun	3,-
Joppe in sehr starker Qualität, grün oder braun	3,75
Jacket von schwarz Lustre mit Aermelfutter	2,75
Jacket von schwarz Lustre mit Futter	4,50
Jacket von hellgrau oder hellmode Lustre	4,50
Jacket von melirtem Lustre	5,50
Jacket von schwarz Panama	5,50
Jacket von grau oder mode Panama	6,50
Jacket von elegantem Diagonal	6,-
Jacket von schwarz Cachemire mit Futter	7,50
Jacket von feinem schwarzen Lustre mit Futter	7,50
Jacket von feinem schwarzen Cachemire mit Futter	9,50
Jacket von prima Cachemire	12,-
Joppe von loden, grau oder mode	6,-
Joppe von loden, etwas kräftiger	7,50
Joppe von feinem loden	10,50
Joppe von bayerischem loden, sehr elegant	15,-
etc.	etc.

**C. Hosen.**

	Mark
Hose von Zwirnstoff	1,75
Hose von Moleskin, waschecht	2,-
Hose von Zwirnstoff, sehr haltbar	2,75
Hose von Moleskin, in schönen Mustern	3,50
Hose von Sommerstoff	4,50
Hose von leichtem Buckskin	3,50
Hose von Zwirnbuckskin, sehr haltbar	5,-
Hose von gestreiftem Cheviot, schöne Muster	5,50
Hose von leichtem Velour, schmal gestreift	9,-
Hose von leichtem Cheviot, elegant und sehr dauerhaft	10,50
Hose in allen übrigen Qualitäten von	4,50-16,50

**D. Staubmäntel und Havelocks.**

	Mark
Staubmantel in Drell	4,50
Staubmantel in Lustre	8,-
Staubmantel in feinen gestreiften und melirten Mustern	12,-
Havelock in loden, imprägnirt	9,-
Havelock in Diagonal-loden, imprägnirt	12,-
Havelock in Strich-loden	15,-
Havelock in reinwollenen loden	20,-
Havelock in feinen melirten loden	27,-, 25,- u. 32,50
Havelock in feinem Kameelhaar-loden	36,-

**E. Knaben-Anzüge.**

	Mark
Joppen-Anzug für Knaben von 7 Jahren an	2,50
Joppen-Anzug in Waschstoff	3,50
Joppen-Anzug in feinerem Waschstoff	5,50-5,50
Joppen-Anzug von Turntuch	4,50
Joppen-Anzug von vorchriftsmäßigem Turntuch	8,50
Joppen-Anzug von fl. Wollturntuch	9,50

Nach Ansehen sende Muster und Maassanleitung franco zu, doch nur von Qualitäten über 3 Mark. 2113L\*